

ZEITSCHRIFT FÜR

GEO POLITIK

XVIII. JAHRGANG 1941

6.

HEFT/JUNI

Zeck: Politik im Nordseeraum

Stamati: Finnische Probleme

Werner: Finnlands Hafen am Eismeer

Petersen: Dänemarks Landwirtschaft und die mitteleuropäische Raumfrage

**Kloß: Der sprachliche Rahmen der Nationalitätenfrage
in Großbritannien und Irland**

Haebler: Saudi-Arabien

Manz: Kolumbien — Objekt der USA.-Politik

Halderwang: Anschlußfragen in Südamerika

Lüdorf: Angelsächsische Film-Offensive in Latein-Amerika

**Heubner: Raumgedanken, geopolitische Anschauungen und Forderungen
bei Friedrich List**

Berichte — Kurznachrichten — Späne — Schrifttum

Postvertrieb ab Leipzig

ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

verbunden mit der Zeitschrift

WELTPOLITIK UND WELTWIRTSCHAFT

begründet von

Professor Dr. KARL HAUSHOFER und Professor Dr. ERICH OBST

Herausgegeben von

Dr. KARL HAUSHOFER

Generalmajor a. D., o. Professor an der Universität
München O 27, Kolberger Straße 18, Fernsprecher 480 444

SCHRIFTLEITUNG:

Kurt Vowinkel, Heidelberg, Wolfsbrunnenweg 36

Fernsprecher: Heidelberg 3742

Manuskript- und Buchzusendungen werden an die Schriftleitung erbeten

XVIII. JAHRGANG / HEFT 6 / JUNI 1941

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

Hans F. Zeck: Politik im Nordseeraum	309—313
Constantin von Stamati: Finnische Probleme	314—316
Matthias Werner: Finnlands Hafen am Eismeer	317
Nis Petersen: Dänemarks Landwirtschaft und die mitteleuropäische Raumfrage ..	318—323
Heinz Kloß: Der sprachl. Rahmen der Nationalitätenfrage in Großbritannien u. Irland	324—328
Rolf G. Haebler: Saudi-Arabien	328—334
A. H. Manz: Kolumbien — Objekt der USA.-Politik	335—337
Karl Halderwang: Anschlußfragen in Südamerika	337—344
Paul Friedrich Lüdorf: Angelsächsische Film-Offensive in Latein-Amerika	344—346
Paul Heubner: Raumgedanken, geopolitische Anschauungen und Forderungen bei Friedrich List	346—351

BERICHTE

***: Streiflichter auf den atlantischen Raum	352—356
Karl Haushofer: Bericht aus dem indopazifischen Raum	357—361
Kurznachrichten	361—362

SPÄNE

Wolfgang Schwarz: Papierkrieg und Blutskrieg / Pferde, Banderillo, Matador und Stier / Elf Hauptstädte ... / Auf dem Wege zum Wasserkopf	362—363
--	---------

SCHRIFTTUM

Heinz K. Haushofer: Ländliche Arbeitsverfassung, Landflucht und Siedlung	363—366
Karl Haushofer: „Kieler Blätter“ und Geopolitik	366
Kurt Vowinkel: Brief an Ralph Colin Roß	366—367
Rupert von Schumacher: Einzelbesprechungen	367—368

ANSCHRIFTEN DER MITARBEITER DIESES HEFTES:

Rolf G. Haebler, Karlsruhe, Sofienstr. 169 — Karl Halderwang, Anschrift durch den Verlag — Prof. Dr. Karl Haushofer (AfG), München O 27, Kolberger Str. 18 — Dr. Heins K. Haushofer (AfG), Wien IV, Argentinier Str. 33 — Dr. Paul Heubner, Dresden-A. 16, Hänelstr. 15 — Heinz Kloß, Stuttgart-Degerloch, Hainbuchenweg 47 — Paul Friedrich Lüdorf, Buenos Aires, Tacuari 591 — A. H. Manz, Anschrift durch den Verlag — Nis Petersen, Lyngby/Kopenhagen, Engelsborgvej 27 — Constantin von Stamati, Berlin-Grunewald, Wangenheimstr. 41 — Rupert von Schumacher (AfG), Berlin-Lankwitz, Melanchthonstr. 8a — Wolfgang Schwarz, Berlin W 35, Graf-Spee-Str. 20 — Kurt Vowinkel (AfG), Heidelberg, Wolfsbrunnenweg 36 — Matthias Werner, Berlin W 35, Potsdamer Str. 65 — Dr. Hans F. Zeck, a. Zt. Friedweiler über Neustadt/Schwarzwald

***, Anschrift durch den Verlag

Die Bezeichnung der (AfG) hinter dem Namen bezeichnet die Mitgliedschaft des Verfassers in der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik

Preis: Vierteljahr RM 5.50 / Studenten u. Mitglieder d. AfG RM 4.40 / Einzel n RM 2.— / Jahrg. m. Inhaltsv. RM 22.—
Gebunden (2 Bände) RM 28.— / **Register** für den Jahrgang RM —.90 / **Inhaltsverzeichnis** kostenlos / **Einbanddecke** für den Halbjahresband RM 2.—

Postcheckkonten: Kurt Vowinkel Verlag / LUDWIGSHAFEN 124 61 / Wien 559 18

Abbestellungen können nur anerkannt werden, wenn sie bis spätestens einen Monat vor Ablauf eines Vierteljahres dem Buchhändler bzw. dem Verlag bekanntgegeben werden.

KURT VOWINKEL VERLAG / HEIDELBERG / WOLFSBRUNNENWEG 36

HANS F. ZECK**Politik im Nordseeraum**

Die Geschichte des Verkehrs im Raume der Nordsee ist sehr alt. Das älteste bekannte Ruder — bei Duvensee in Holstein gefunden — reicht in die Zeit um 3500 v. Ztw. zurück und beweist, daß schon um diese Zeit der Mensch sich nicht mehr der Willkür der Strömung überlassen, sondern eigenwillig sich fortbewegen wollte. Für die Zeit um 350 v. Ztw. bezeugt Pytheas aus Massilia eine Schiffsverbindungsstraße zwischen Bergen und den Shetland-Inseln.

Die Versuche, im Nordseeraum eine politische Ordnung aufzubauen, sind jedoch kaum 1000 Jahre alt. Mitte des 9. Jahrhunderts gründeten norwegische Wikinger Militärstationen in Irland und Schottland und machten für kurze Zeit die nördliche Nordsee zu einem norwegischen Binnenmeere. Um eben dieselbe Zeit fuhren dänische Wikinger nach Süd- und Südostengland und machten die südliche Nordsee zu einem dänischen Binnenmeere. Ums Jahr 950 aber gab es auf dem Boden des heutigen Großbritanniens zwar viel Wikingerblut, aber keinen Wikingerstaat mehr. Die Sachsen hatten die politischen Ordnungsversuche der Dänen zerschlagen. Im ersten Jahrhundert nach der Jahrtausendwende gab es unter Knut d. Gr., der König in England und den nordischen Ländern war, nochmals eine großartig gefügte Wikingerherrschaft über den ganzen Nordseeraum, die wiederum Episode blieb.

Erst den Deutschen glückte die Errichtung einer dauerhaften politischen Ordnung. Gestützt auf das englische London, das norwegische Bergen und den Kranz der Städte am Südufer, schuf die deutsche Hanse die erste, den ganzen Nordseeraum umspannende politische Ordnung. Diese Ordnung ruhte auf der Idee des Reichsgedankens und wurde repräsentiert von der Macht des hansischen Städtebundes. Im 12. Jahrhundert schrieb der englische König dem deutschen Kaiser, der Kaiser möge befehlen, Englands König werde es an Gehorsam nicht fehlen lassen. Erst zwei Jahrhunderte später wagte England die erste Auflehnung gegen die Reichsordnung, als Eduard IV. die Hanse verjagen wollte. Der hansische Admiral Paul Benecke aus Danzig zwang ihn aber in die Reichsordnung zurück (Frieden von Utrecht 1474).

Zwar hatten schon die Könige aus den Häusern York und Lancaster versucht, ihren Staat gegen den Reichsgedanken, also die gesamteuropäische Lebensordnung zu stellen, hatten damit aber keinen Erfolg, da die eigene wie die Kraft ihres Staates zu schwach war. So schwach waren sie und so sehr den festländischen Lebenskräften verhaftet, daß Englands Könige den Kampf mit den Großen nur durch Verpfändung ihrer Kroninsignien zu finanzieren vermochten. Fast ein Menschenalter lang haben Kölner Patrizier die englische Königskrone und Dortmunder Hanseaten das englische Szepter als Pfänder verwahrt.

Nicht weil England besondere Kräfte entfaltete, sondern weil das Reich schwach wurde, konnten Englands Könige eigene Wege gehen. Es ist richtig, daß die Tudors das moderne England begründet haben; sie konnten es, weil sie einem zerfallenden Reich gegenüberstanden. Heinrich VIII. schuf die entscheidende Voraussetzung, aber erst Elisabeth zog daraus die Schlußfolgerungen und führte England — am Vorabende des Dreißigjährigen Krieges! —

aus der Lebensgemeinschaft Europa heraus, verabsolutierte England zum höchsten Eigenwert und stellte es so praktisch gegen Europa. Auf diesen Grundlagen ruht Englands Politik bis heute.

Seit England Europa nicht mehr als Lebens- und Schicksalsgemeinschaft, sondern als möglichen politischen Gegenspieler begreift, ist es eisernes Gesetz der englischen Politik, Europa schwach zu halten. England hat es verstanden, den Völkern Europas die Vorstellung vom „Gleichgewicht der Kräfte“ als selbstverständlich einzupflanzen. Mehr noch; es hat den Völkern Europas die Aufgabe zugeschoben, dies Gleichgewicht immer wieder selbst herzustellen (Koalitionen unter maßgeblicher englischer Führung!). Während England Europa lähmte und so im Schach hielt, raffte es in der ganzen Welt die Bausteine seines Empire zusammen, beutete sie aus und schuf sich, im Besitze ungeheurer Reichtümer, die Mittel zur Fortsetzung seiner Herrschaft über Europa und in der Welt.

Bei der Verwirklichung der Ziele der englischen Politik spielte zu allen Zeiten die Nordsee eine ganz hervorragende Rolle, nicht zuletzt, weil die Beherrschung der Nordsee den stärksten der möglichen Gegenspieler Englands, nämlich das deutsche Volk, zum kontinentalen Binnenvolk herabwürdigte und so zur Verkümmern zwang. Es ist kein Zufall, daß seit Elisabeth die englische Politik alles getan hat, um das deutsche Volk von der See, insbesondere von der Nordsee, abzudrängen und sich selbst im Nordseeraum stärkste Stellungen zu verschaffen.

Schon als die Niederländer im Kampf mit Spanien standen und ihre Lösung aus dem Reichsgefüge sich ankündigte, mischte England sich ein. 1578 drängte Elisabeth den Generalstaaten ein englisches Bündnis auf und gab 10 000 Pfund zur Anwerbung von Söldnern. Zum ersten Male kaufte England sich einen Festlanddegen. Als das nicht genügte, bestimmte Elisabeth im gleichen Jahre den Söldnerführer Prinz Kasimir von der Pfalz zum Zuge in die Niederlande. Zum dritten Male griff sie 1585 ein und schickte ihren Günstling Leicester mit 6000 Mann nach Holland. Die Engländer kamen mit der Phrase „Hilfe für die Niederlande“, haben jedoch nicht einmal gekämpft, sich jedoch um so eifriger um Gewinnung von Stützpunkten bemüht. Weil sie keinen Erfolg hatten, zogen sie 1587 ab, ohne einen Schuß abgegeben zu haben. Das hinderte Elisabeth nicht, auf Grund des Bündnisvertrages 1596 die vereinigte holländisch-englische Flotte unter ihrem Günstling Essex nach Spanien zu schicken. Vor Kadiz hatten die Holländer die Ehre, die Reste der spanischen Seemacht zu vernichten, indes die Engländer sich schonend zurückhielten, aber den ganzen politischen Gewinn einsteckten.

1648 lösten sich die Niederlande auch staatsrechtlich aus dem Reichsgefüge — eine einseitige Entscheidung übrigens, die der Deutsche Kaiser niemals ratifiziert hat! — und standen nun als selbständige Großmacht im Nordseeraum. Als Schwächung des Reiches und als Festlanddegen waren selbständige Niederlande den Engländern willkommen, keineswegs aber als eigenwillige Großmacht. 1652 schon brach England den Krieg vom Zaune. Zwei Jahre später war es besiegt. 1664—1667 führte England den zweiten Krieg gegen Holland. Wieder vergeblich. Durch zwei Fehlschläge gewarnt, brachte England ein Bündnis der drei Großmächte seiner Zeit zusammen. Unter englischer Führung traten Frankreich und Schweden gegen Holland an. Worum es ging, sagte ein zeitgenössisches Flugblatt mit diesen Worten: „Wenn man die Holländer weiterhin ihre eigenen Herren sein läßt, wird man den Interessen des englischen Königs nicht gerecht.“ 1672—1678, im dritten Seekriege, wurde Holland von einer selbständigen Großmacht zu einem von Englands Gnade abhängigen Kleinstaate degradiert und ist das bis heute geblieben.

Genau 100 Jahre von der ersten Einmischung 1578 bis zur endgültigen Begründung der Vormachtstellung über die Niederlande 1678 hatte der Kampf gedauert. Ein Beweis für die Bedeutung, die England der Herrschaft über den Nordseeraum beimaß. Alle erdenklichen Formen englischen Kämpfens sind dabei voll ausgeprägt zur Anwendung gekommen: Aufdrängen eines englischen Bündnisses, Kredite zur Kriegsfinanzierung im Dienste Englands, Einsatz des Bundesgenossen in erster Linie, Koalitionen um ihn zu vernichten und das „Gleichgewicht der Kräfte“

herzustellen, Mißbrauch des Besiegten als angeblich unabhängigen Staates . . . , kurz alle Formen, nach denen England noch heute glaubt, Politik treiben und seine Stellungen halten zu können. Man findet einmal mehr bestätigt, daß Englands politische Ziele und Methoden im Grunde stets die gleichen sind.

Die Ausschaltung der Niederlande bedeutete für England die Gewinnung der absoluten Herrschaft im Nordseeraum. Im Besitze dieser Stellung wandelte sich das konkrete Ziel der englischen Politik: Sicherung der gewonnenen Stellung wurde ihr Inhalt. Das bedeutete praktisch: Das deutsche Volk als der einzig mögliche Gegenspieler mußte von der Nordseeküste möglichst ferngehalten, also in binnenländische Enge gedrängt, und dort in möglichst großer Ohnmacht festgehalten werden. Dieses Ziel hat die englische Politik seit 300 Jahren mit konsequenter Zähigkeit verfolgt und dementsprechend auf jede Erscheinung im volksdeutschen Lebensraum, der als Kräftigung des deutschen Volkes zu werten war, ablehnend reagiert.

Auf dem Tiefpunkte volksdeutscher Ohnmacht, im Dreißigjährigen Kriege, versuchte England zum ersten Male auf deutschem Boden Stützpunkte zu gewinnen. Um das zu ermöglichen, mischte sich Cromwell in die schwedisch-dänische Auseinandersetzung ein, bot den Schweden englische Vermittlung an, verlangte aber bremisches Gebiet als Stützpunkt. Dieser englische Versuch, am Südrande der Nordsee eine festländische englische Machtbasis zu schaffen (damals war Holland noch selbständig!) und mit der Herrschaft über die Wesermündung zugleich Westdeutschland von sich abhängig zu machen, scheiterte, weil die damalige Großmacht Schweden sich stark genug fühlte und die englische Einmischung ablehnte. Mittelbar kam England zwei Menschenalter später doch ans Ziel. 1714 bestieg der Kurfürst von Hannover den englischen Thron, und 1719 erwarb das in Personalunion vereinte Hannover-England aus schwedischer Hand das Gebiet der ehemaligen Bistümer Bremen und Verden.

Bis zur Französischen Revolution, also das ganze 18. Jahrhundert hindurch, beherrschte England den gesamten Nordseeraum so gut wie absolut. Am Westufer der Nordsee unterstanden England-Schottland dem englischen König; am Südufer war Holland zum willfähigen Trabanten Englands geworden und Hannover in Personalunion vereint; am Ostufer stellte das vereinte Dänemark-Norwegen eine bestenfalls zweitrangige Macht dar, mit der England nach Gutdünken umsprang (Bewaffnete Neutralität!). Das deutsche Volk war in eine Unzahl größerer und kleinerer Herrschaften zersplittert und politisch ohnmächtig.

In solcher Situation brach die Französische Revolution aus und leitete eine Kette politischer Wandlungen ein, die für England sich als folgenswer erweisen sollten. Pichegru besetzte im Winter 1793—94 die ganzen Niederlande, und Napoleon dehnte den französischen Machtbereich sogar bis Hamburg aus, das damals geradezu als englische Stadt galt. Wieder einmal nutzte England die Völker Europas für sich aus. Die allenthalben aufflammenden nationalen Erhebungen führten zur Abschüttlung des französischen Joches, besorgten zugleich aber die Geschäfte Englands, das in Wien angesichts der Uneinigkeit Europas seinen Willen vollständig durchdrücken konnte.

Auf englischen Wunsch wurden die Vereinigten Niederlande (Holland, Belgien, Luxemburg) geschaffen; gleichfalls auf englischen Wunsch wurde das Königreich Hannover wiederhergestellt; Norwegen-Dänemark wurden auseinandergerissen, Dänemark weiter geschwächt und Norwegen wider Willen seiner Bewohner dem raumfremden Schweden gegeben. Helgoland nahm England sich selber und verschaffte

sich so die Kontrolle über Hamburg, die Elbemündung und das mitteldeutsche Hinterland. Im Innern des Kontinentes betrieb England die Errichtung des Staates Schweiz an Stelle der einstigen Eidgenossenschaft, als Zentralstelle englischer Politik vor allem gegen Preußen-Deutschland (Neuenburger Konflikt 1857!).¹⁾ Nach dem Wiener Kongreß hatte England eine absolute Vormachtstellung im Nordseeraum wiederhergestellt und im volksdeutschen Lebensraum so starke Stellungen sich verschafft, daß von ihm keine Gefährdung zu befürchten schien.

Das Jahr 1830 brachte den ersten Einbruch in die englische Hegemonie. Mit französischer Hilfe zerfiel das Königreich der Vereinigten Niederlande und entstand Belgien. Zwar parierte England den französischen Vorstoß an der südlichen Nordseeküste und erklärte (gemeinsam mit Frankreich) das neue Gebilde zu einem „neutralen“ Staate, d. h. England sicherte sich ein jederzeitiges Einmischungsrecht, aber eine erste Schwächung blieb doch. Die zweite brachte das Jahr 1837, als Wilhelm IV. von England kinderlos starb. Da Hannover keine weibliche Erbfolge kannte, erlosch die Personalunion England-Hannover. Wieder gelang es, einen starken englischen Einfluß sicherzustellen, aber eine Schwächung der englischen Stellung blieb.

Die stärkste Wandlung aber vollzog sich im volksdeutschen Raum, wo die Erhebung gegen Napoleon starke nationale Kräfte ausgelöst hatte. Der politischen Genialität Bismarcks gelang es, große Teile des deutschen Volkes um den Kräftepol Preußen zu sammeln und so nach Jahrhunderten der Schwäche wieder eine starke politische Ordnung aufzubauen. In diese Ordnung wurde 1866 auch Hannover einbezogen. Damit schob Preußen sich in breiter Front ans Südufer der Nordsee vor. Das Jahr 1871 brachte eine weitere Festigung der politischen Ordnung hinter dem Küstenstreifen zwischen Holland und Dänemark; eine Entwicklung, die England mit allergrößtem Mißtrauen verfolgte. In Parlament wie Presse wurde schon damals mit Worten und Drohungen gehetzt, die sich in nichts von denen unserer Tage unterscheiden. Aber der Krieg war beendet, bevor England Gegenzüge machen konnte. England fand sich mit der Existenz eines deutschen Reiches vorübergehend ab, ließ sich im Augenblick innerpolitischer Krisen sogar zum Austausch Helgolands gegen Sansibar herbei. Als der Not volklichen Überdrucks folgend, das Deutsche Reich zu Kolonial- und Welthandelspolitik und daraus zwangsläufig sich ergebend zu Flottenpolitik übergang, flammte das Mißtrauen Englands verschlimmert wieder auf. Erst einzelne Gruppen, bald die ganze Oberschicht, schließlich das ganze englische Volk trieben zur Auseinandersetzung mit Deutschland, dem das Schicksal Hollands zugedacht war.

Als 1914 die Auseinandersetzung begann, war England bereit. Es war Herr über die Nordsee und kontrollierte so weitgehend Mitteleuropa (Fernblockade). Mehr noch: es hatte eine Weltkoalition geschaffen, die für England zu kämpfen hatte. Im Zusammenspiel von Fernblockade und erdrückender militärischer Übermacht gewann England den Waffengang. In Versailles versuchte es, die politische Ordnung hinter der südlichen Nordseeküste zu zerschlagen und die geschaffene Ohnmacht zu verewigen. Gegen Englands Konstruktion stand im volksdeutschen Raum nur noch das Fronterlebnis. Die Kämpfer an der Kriegsfront hatten das Volk als

1) Vgl. zur Rolle Englands in der Schweiz mein Buch „Die Schweiz“, Wilhelm Goldmann Verlag, S. 48—56.

zeitlose Lebens- und Schicksalsgemeinschaft jenseits aller zersplitternden Gruppierungen erlebt. Aus solchem Erleben wuchs ihnen die Kraft zu einem im Volksganzen verwurzelten Geschichtsdenken zu. Erst wenige, nach Jahren viele, schließlich das ganze Volk wurden vom Ideal einer völkischen Lebens- und Schicksalsgemeinschaft erfaßt, durchglüht und zusammengeschweißt.

Wieder trat England auf, weil es starke Ordnung im größten Volke Europas nicht wollte, weil es seine Herrschaft über Europa bedroht sah. So unsicher fühlte sich England, daß es *va banque* spielte und den Krieg vom Zaune brach. Hinter seiner Kriegserklärung vom 3. 9. 1939 verbarg sich kein Kraftbewußtsein, sondern das verzweifelte Gefühl, jeder Tag ohne Krieg müsse Deutschland stärken und England Abbruch tun. Dem Schrecken ohne Ende zog England einen offenen Krieg vor, den es irgendwie zu einem erträglichen Ende zu bringen hoffte. Deutschlands Führung von 1939 aber schaute weiter als die von 1914. Sie wußte, worum es ging, und das Volk wußte es auch. England mochte tun, was es wollte, jede ablenkende Außenstellung wurde ihm zerschlagen. Vom ersten Augenblick dieses englischen Krieges an lag das Gesetz des Handelns bei Deutschland.

Polen, Norwegen, Frankreich, Balkan sind die Etappen, auf denen Deutschlands Heere aus der ursprünglichen Aufgabe nationaler Selbstverteidigung in die geschichtlich weit größere Aufgabe der Verantwortungsbereitschaft für Europa hineinwuchsen. Bewußt erfaßt unser Volk wieder den ihm immanenten Reichsgedanken, d. h. es begreift Europa wieder als Lebens- und damit als Schicksalsgemeinschaft seiner Völker. Bewußt knüpft die Geschichte wieder dort an, wo sie vor 300 Jahren von England abgeschnitten wurde. Weil das deutsche Volk sich durch Adolf Hitler zur Einheit fand, fand Europa sich zur Einheit zurück, und die politischen Kräfte auf den Britischen Inseln stehen vor der entscheidenden Frage, ob sie in die Schicksalsgemeinschaft Europa sich einordnen oder untergehen wollen. In diesem schicksalentscheidenden Kampfe, der keine Kompromisse kennt, ist die Nordsee der wohl wichtigste Kampfplatz geworden. Deutschland beherrscht ihn. Mehr noch: Deutschland beherrscht die Meerfront vom Nordkap bis zu den Pyrenäen und kann darum den Gegner schlagen, wo immer es ihn trifft. Am Ende aber des von England selbst heraufbeschworenen Entscheidungskampfes wird auch die politische Geschichte der Nordsee erfüllt sein: sie ist dann zu einem von Deutschland beherrschten Binnenmeere Europas geworden.

Die Nordsee ist weder so engräumig noch so fest umschlossen wie die Ostsee. Sie ist weniger „inneres Meer“ als vielmehr Durchgangsmeer. In der Lage der Nordseemächte kommt es daher vor allem auf die Entfernung vom Atlantischen Ozean an. Nordseemächte, die zugleich am Atlantischen Ozean liegen, wie Großbritannien und Norwegen, sind besser daran als Mächte, die nur an das Nebenmeer grenzen, wie Deutschland, Dänemark, Holland, Belgien. Unter diesen sind Belgien und Holland durch die Nähe am Tor des Kanales begünstigt, der in das Atlantische Meer hinausführt. Darin, daß sie an der Nordsee und an der Ostsee liegen, ist die Verflechtung der Geschicke Dänemarks und Deutschlands begründet. Und wie die Schwierigkeiten des Verkehrs zwischen Nord- und Ostsee einst die wendischen Städte zum Kern der Hansa machten, so haben sie die Schaffung einer deutschen Seemacht an den Besitz Schleswig-Holsteins geknüpft.

Aus der Ratzel-Auswahl: Erdenmacht und Völkerschicksal, hsg.
von Professor Dr. Karl Haushofer, Stuttgart 1941, S. 199

CONSTANTIN VON STAMATI

Finnische Probleme

Mit das wichtigste innerpolitische Problem Finnlands stellt zur Zeit die Ansiedlung der Abgewanderten aus den im Moskauer Frieden von 1940 an die Sowjetunion abgetretenen Gebieten dar. Ihre Zahl ist groß: nahezu 480 000, von denen etwa 440 000 aus dem karelischen Gebiet stammen. In ihrer angestammten Heimat verblieben sind nur 4500—5000 Menschen, d. h. etwa 1 v. H. der Bevölkerung. Diese Tatsache ist um so beachtlicher, als die Bodenverbundenheit der Finnen besonders groß ist. Statistische Erhebungen, die während der letzten Jahrzehnte in ganz Finnland durchgeführt worden sind, und deren Ergebnisse allmählich veröffentlicht werden, haben erwiesen, daß ein erstaunlich hoher Hundertsatz der finnischen Bauernhöfe seit Jahrhunderten in den Händen der gleichen Familien verblieben ist. Der Hof ist für den finnischen Bauern nie ein Handelsobjekt gewesen.

Die Zivilbevölkerung hat ihre Heimat zusammen mit den abziehenden finnischen Truppen verlassen müssen. Nach dem Friedensvertrag waren die Fristen für die Räumung der abzutretenden Gebiete sehr kurz bemessen. Die abwandernden Karelier konnten also nur einen geringen Teil ihrer beweglichen Habe retten. Der starke Frost, der während der Räumungstage herrschte, hatte zudem zur Folge, daß ein großer Teil des Viehs und der Pferde der Bauern unterwegs zugrunde ging. Finnland, das im ganzen 3,8 Mill. Einwohner zählt und dessen Volkswirtschaft infolge des Krieges und durch die Abtretung reicher Gebiete und wichtiger Verbindungswege schwer belastet war, sah sich plötzlich vor die Aufgabe gestellt, 13 v. H. seiner Bevölkerung, zum allergrößten Teil mittellose Flüchtlinge, zu versorgen und ansässig zu machen. Durch die Anlage neuer Befestigungslinien in breiter Zone, entlang den neuen Grenzen, ist die Zahl der Bauern, die ihre Höfe verlassen mußten, noch erhöht worden.

Seit dem Beginn unseres Jahrhunderts, besonders aber seit der Erringung der Eigenstaatlichkeit im Jahre 1917 hat Finnland einen bemerkenswerten Aufstieg genommen, der sich auch auf wirtschaftlichem Gebiete zeigte. Die Bevölkerungszahl hat sich von 1901 bis 1936 von 2,7 Mill. auf 3,8 vermehrt. In diesen Jahrzehnten haben sich auch die finnische Holzindustrie, deren Produkte in der Ausfuhr an erster Stelle stehen, und die Metallindustrie entwickelt. Auch die Landwirtschaft hat seit 1901 einen beträchtlichen Aufschwung genommen. Auf dem Gebiete der Getreideversorgung konnte Finnland dank der Steigerung der Anbaufläche und der Intensivierung des Ackerbodens vor Kriegsausbruch 80—90% aus eigener Erzeugung decken. An Milchprodukten und Eiern war ein Überschuß für den Export vorhanden.

Besonders bemerkenswert ist die seit 1918 durchgeführte finnische Agrarreform. Sie unterscheidet sich grundsätzlich von allen anderen in den Staaten des Ostens und Südostens Europas im selben Zeitraum durchgeführten Agrarreformen dadurch, daß sie keinen revolutionären Charakter trug, sondern die sozialen Erfordernisse mit wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit vereinte und von dem Prinzip der Achtung vor dem Privateigentum ausging. Ohne eine volle und gerechte Entschädigung durfte nichts enteignet werden. Der mit jeder überstürzt durchgeführten Agrarreform großen Maßstabs verbundene zeitweilige Produktionsrückgang und die Erschütterung des Kreditwesens sind in Finnland vermieden worden. Während es zu Beginn unseres Jahrhunderts in Finnland nur 110 000 selbständige landwirtschaftliche Betriebe gab, rund 160 000 Pachtbetriebe und 207 000 völlig grundbesitzlose Familien auf dem Lande (diese Zahlen gelten mit nur geringen Veränderungen auch für 1917), betrug 1939 die Zahl der selbständigen landwirtschaftlichen Betriebe über 500 000. Der Flächenumfang des Großgrund-

besitzes über 500 ha hatte sich in diesem Zeitraum um die Hälfte vermindert, während die Betriebe zwischen 100—500 ha um ein Sechstel ihrer Gesamtfläche zurückgegangen waren. Unmittelbar durch die Agrarreformgesetzgebung bedingt, sind über 121 000 neue bäuerliche Betriebe entstanden, von denen 54 700 Wohnstellen mit Gartenland und etwas Acker waren, bestimmt für Familien, die eine Beschäftigung in der Forstwirtschaft oder Industrie haben. Die Acker- und Gartenfläche Finnlands hat sich von 1901 bis 1939 nahezu verdoppelt, die Erträge pro Hektar an Weizen, Roggen und anderen Getreidearten, wie auch an Kartoffeln sind stark angestiegen: für Weizen betrugen sie 1938 das Doppelte wie 1910, für Kartoffeln fast das Dreifache.

Diese günstigen Verhältnisse änderten sich durch den Ausgang des Russisch-Finnischen Krieges weitgehend. Das karelische Gebiet, das Finnland 1940 verlor, war in der Produktion von Roggen und Weizen ein Überschußgebiet. Infolge des Krieges und der ungewöhnlichen Kälte im Winter 1939/40 hatte der Viehbestand Finnlands schwer gelitten. Eine schlechte Ernte kam hinzu. Dabei mußte das restliche Finnland die Abgewanderten aus den abgetretenen Gebieten mit ernähren. Durch die englische Blockade ist die Möglichkeit, Lebensmittel aus Übersee zu erhalten, Finnland ebenfalls nahezu verschlossen. Auch Finnlands Export an Holz und Holzprodukten ist stark zurückgegangen. Der Saima-Kanal, der die Verbindung zwischen dem mittelfinnischen Seensystem, um das die größten Wälder Finnlands liegen, und dem Finnischen Meerbusen herstellt und der die Hauptverkehrsader für den Holzexport bildete, liegt seit dem Moskauer Frieden auf sowjetrussischem Gebiet. Verständlicherweise bedeutet das für die finnische Holzindustrie eine bedeutende Erschwerung und Verteuerung des Exportgeschäftes.

Unter derart erschwerten Bedingungen mußte Finnland nun eine weitere Agrarreform durchführen. Es galt, den Kareliern und den abgewanderten Finnen aus den anderen abgetretenen Gebieten gegenüber das ihnen gegebene Versprechen zu erfüllen und sie mit Bauernhöfen zu versorgen, die den aufgegebenen an Größe und Wert entsprachen. Nahezu 40 000 neue Bauernhöfe müssen also geschaffen werden. Im August 1940 wurde ein Gesetz über die Schnellansiedlung zugunsten der Abgewanderten erlassen, das heute im Mittelpunkt der inneren Auseinandersetzungen in Finnland steht und das von verschiedenster Seite heftig angegriffen wird.

Namhafte finnische Fachleute erheben gegen dies Gesetz, auf Grund dessen mittlerweile etwa 5100 neue Bauernhöfe geschaffen worden sind, schwerwiegende Einwände.

Durch die finnische Agrarreform vor dem Kriege ist der leicht und wirtschaftlich zweckmäßig aufzuteilende Landvorrat schon ganz weitgehend in Bauernhöfe umgewandelt worden. Der mittlere und Großgrundbesitz in Finnland wirtschaftet intensiv und rentabel. Eine weitere Landabnahme, noch dazu im Schnellverfahren, muß unvermeidlicherweise zu einem starken Produktionsrückgang führen, den sich Finnland unter den heutigen Umständen nur schwer leisten kann. Eine weitere Schwierigkeit kommt hinzu: größere Flächen an Kulturland gibt es nur im Südwesten Finnlands, wo auch die Hauptmasse der Bevölkerung des Landes ansässig ist, während der Norden und auch Mittelfinnland nur sehr spärlich besiedelt sind. Das finnische Gesetz über die Schnellansiedlung sieht aber vor, daß die Ansiedlung auf Kulturboden erfolgt und nicht auf Neuland, dessen Rodung oder Entwässerung zeitraubend und kostspielig wäre. Nun wird es von weiten Kreisen in Finnland, auf weite Sicht gesehen, für politisch und wirtschaftlich zweckmäßig gehalten, die

Ansiedlung über das Land gleichmäßig zu verteilen und besonders die östlichen Bezirke stärker zu besiedeln. Dort sind große Landreserven vorhanden, die sich urban machen ließen. Das wird von mancher Seite in Finnland geradezu als nationale Aufgabe bezeichnet. Dadurch wäre allerdings eine Schnellansiedlung der Karelrier nicht möglich.

Ein Konfliktstoff innerpolitischer Art ist durch das Schnellansiedlungsgesetz ebenfalls entstanden. Der Großgrundbesitz, den es in Finnland nur im Südwesten gibt, ist überwiegend in schwedischer Hand. Im Süden und im Westen Finnlands siedeln weitgehend geschlossen schwedische Bauern. Die Ansiedlung eines Teiles der Karelrier in diesen schwedischen Bezirken ist nach dem Schnellansiedlungsgesetz nun vorgesehen und teilweise auch schon erfolgt. Dadurch entstehen eine ganze Reihe von Schwierigkeiten.

Die Finnlandsschweden betragen zahlenmäßig nur ein Zehntel der Bevölkerung. Das Gewicht dieser Volksgruppe im Staate ist aber recht groß. Schwedisch ist die zweite Staatssprache des Landes. In den finnischen Mittelschulen wird Schwedisch als zweite Staatssprache obligatorisch gelehrt, ebenso wie Finnisch in den schwedischen Mittelschulen. Die Volksschulen sind einsprachig und, je nachdem es die örtliche Gemeinde mit Stimmenmehrheit beschließt, entweder finnisch- oder schwedischsprachig. Dasselbe gilt für die Kirchen. Die Karelrier verstehen nun kein Schwedisch, und die schwedischen Bauern in der Regel kein Finnisch. Die karelischen Bauern würden also auf Grund des Schnellansiedlungsgesetzes zum Teil in eine ihnen sprachlich gänzlich fremde Umgebung versetzt werden, und es müßten für sie neue finnische Kleinschulen und eigene Kirchen geschaffen werden, was kostspielig wäre. Die Finnlandsschweden ihrerseits fühlen sich durch die Ansiedlung der Karelrier in ihren Gemeinden in ihren Rechten bedroht. Sie sehen darin eine Finnisierungsmaßnahme, die indirekt gegen sie gerichtet ist.

In früheren Jahrhunderten war Schwedisch die Kultur- und Verwaltungssprache des Landes. Finnisch war die Bauernsprache. Beginnend um die Mitte des vorigen Jahrhunderts begann das nationale Erwachen des finnischen Volkes, das mit einem Sprachkampf verbunden war. Während der letzten 90 Jahre haben die Finnen sich eine eigene nationalbewußte Intelligenz geschaffen und die schwedische Oberschicht weitgehend zurückgedrängt. Es gereicht den Finnen zur Ehre, daß dieser finnisch-schwedische Gegensatz nie zu einem sozialen Gegensatz wurde. Die Achtung vor dem Eigentum des anderen ist bei den sprichwörtlich ehrlichen Finnen dazu immer zu groß gewesen. Ebenso ist es bemerkenswert, daß Finnen und Schweden in einer Front standen, wenn es galt, die Selbstverwaltungsrechte des Großfürstentums Finnland gegen die zaristische Regierung in Petersburg zu verteidigen. Diese Einheitsfront fand sich ganz selbstverständlicherweise auch 1917 zusammen, als das Land um seine Selbständigkeit kämpfen mußte. Bei Ausbruch des Russisch-Finnischen Krieges erloschen die Gegensätze zwischen den Finnen und Finnlandsschweden mit einem Schlag, obwohl es noch kurz vorher lebhaft Auseinandersetzungen zwischen ihnen gegeben hatte. Das Wiederaufleben dieser Gegensätze wird nun in Finnland, noch dazu im gegenwärtigen Augenblick, der eine besondere Kräfteanspannung erfordert, nicht gern gesehen.

Alle diese Umstände haben eine Verzögerung in der Ansiedlung der Karelrier bewirkt. Eine Abänderung des Schnellansiedlungsgesetzes auf dem Kompromißwege wird erwogen und steht zur Debatte.

Eine Mahnung an die Angelsachsen:

Wenn die Seemacht verkennt, daß das Meer nur Weg und nicht Machtquelle ist, so gewinnt das Meer sich die Macht zu eigen, die das Meer unterwerfen wollte. Je entschiedener ein Volk das Meer beherrscht, desto fester hält das Meer dieses Volk. Erfolge täuschen über die Unfähigkeit des Meeres, dauernd eine große Macht allein zu tragen, und führen zu der gefährlichen Verlegung des Schwerpunktes in das Meer. Jede Seemacht verfällt dem Monopolismus.

Aus der Ratzel-Auswahl: Erdenmacht und Völkerschicksal, hsg. von Professor Dr. Karl Haushofer, Stuttgart 1941, S. 203

MATHIAS WERNER

Finnlands Hafen am Eismeer

Als sich die Russen Ende März 1940 aus dem finnischen Korridor zurückzogen, bestand Liinahamari, der finnische Hafenplatz an der durch den warmen Golfstrom stets eisfrei gehaltenen Bucht von Petsamo, nur aus einem Badehause und einigen russischen Baracken am Landungsstege, der zur Ausschiffung von Truppen gebaut worden war. Aber der Schnee war auf der endlosen lappländischen Tundra noch nicht geschmolzen, da rollte bereits ein Lastauto nach dem anderen, beladen mit Menschen und mit Gütern, aus den südlicher gelegenen finnischen Gebieten heran, um den wüsten Weiler an der felsigen Eismeerküste zu dem zu machen, was Liinahamari heute ist: ein zwar nur provisorischer und primitiver, aber doch bedeutender Verkehrsknotenpunkt, der einzige eisfreie Hafen Finnlands und des Nachbarlandes Schweden, der zur Zeit noch mit Übersee Verbindung hat und einen geordneten Schiffs- und Passagierverkehr nach den Vereinigten Staaten unterhält.

Früher kamen außer den Fischerbooten der Finnischen Fischereigesellschaft, die 1931 in Petsamo gegründet wurde, monatlich nur ein paar kleine Frachtschiffe nach Liinahamari. Das änderte sich etwas, als bei Salmijärvi die Nickelminen eröffnet wurden, die, wenn im Winter die Fahrt über die Ostsee des Eises wegen unmöglich wurde, das Erz über Liinahamari verschifften. Dann konnte man täglich etwa drei Schiffe dort liegen sehen. Jetzt aber laden und entladen dort die Schiffe in doppelter Reihe, in den taghellen Nordlandnächten auch des Nachts, vierundzwanzig Stunden ununterbrochen, um die Laderäume nur ja recht schnell zu füllen. Dann gehen sie in See und werden sofort von anderen Schiffen abgelöst, die draußen auf der Reede warteten, bis für sie ein Platz am Ladestege frei geworden ist. Es ist vorgekommen, daß der Andrang so groß war, daß die Schiffe wochenlang auf der Reede ausharren mußten. Seit Juni 1940 ist das Anlaufen der Bucht von Petsamo von der Erlaubnis einer finnischen Hafenkommission abhängig gemacht worden, und diese Erlaubnis wird nur erteilt, wenn das Schiff Ladung von besonderer Wichtigkeit für die Lebensmittel- und Rohstoffversorgung an Bord hat oder finnische Ausfuhr Güter einnehmen will. Welche Bedeutung auch Schweden dem Hafen beimißt, geht daraus hervor, daß der bisherige schwedische Verkehrsminister persönlich nach Liinahamari kam, um auch im Interesse seines Landes den Schiffsverkehr zu regeln.

Eine erhebliche Ausdehnung kann der Gesamtverkehr von Liinahamari aber so lange nicht gewinnen, als die elektrische Bahn von Rovaniemi nach dem Eismeer, schon lange geplant, nicht ausgeführt ist. Unter den gegenwärtigen Umständen aber hat Finnland hierzu nicht die Mittel, da es sich um eine Strecke von fast 550, für schwedische Transporte um 660 Kilometern handelt. Einfuhr- und Ausfuhr gut müssen daher mit Lastwagen befördert werden.

Die Straße ist schlecht und schmal: Begegnungen sind nur an Ausweichpunkten möglich. Trotz der großen Kosten führt man jetzt über Liinahamari fast den ganzen Benzinbedarf von Schweden und Finnland ein, da ein anderer Weg nicht in Betracht kommt. Schweden erhält wöchentlich 110 000 Liter des kostbaren Stoffes. Dafür stehen allein drei- bis vierhundert Frachtautos zur Verfügung, die zwischen Liinahamari und Haparanda hin und her fahren. Die Chauffeure schlafen, da in Petsamo kaum ein Unterkommen zu finden ist, des Sommers in Zelten in ihren Schlafsäcken. Sie beköstigen sich in dem kürzlich bei Liinahamari in einem Schuppen eröffneten „Restaurant“ selbst und müssen sich hierzu auch ihr Koch- und Eßgerät selbst mitbringen. Luxusdinge wie Teller, Messer und Gabeln kennt man dort noch nicht.

NIS PETERSEN

Dänemarks Landwirtschaft und die mitteleuropäische Raumfrage

Die dänische Wirtschaft, die im Laufe der letzten zwei Jahrzehnte nach dem Weltkriege in eine besonders starke Abhängigkeit vom Londoner Markt geraten war, sieht sich heute vor der Notwendigkeit einer vollständigen Umstellung. Bei der relativ geringen Bedeutung der dänischen Industrie gegenüber der dänischen Landwirtschaft fällt naturgemäß letzterer eine äußerst bedeutungsvolle Rolle zu.

Die dänische Landwirtschaft ist nicht nur Trägerin der dänischen Wirtschaft und ist nicht nur die Lebensgrundlage Dänemarks überhaupt, die dänische Landwirtschaft mit ihrer intensiven Produktionstechnik und mit ihrem großen Erzeugungsüberschuß hat im Rahmen des Neuaufbaues des gesamteuropäischen Wirtschaftsraums eine bedeutungsvolle Aufgabe zu erfüllen. Der Verfasser dieser Zeilen möchte nachstehend die letzten Hemmungen klären, die kurzsichtigerweise noch von gewissen dänischen Wirtschaftskreisen dem großzügigen deutschen Wirtschaftsplan für die Neuordnung des mitteleuropäischen Wirtschaftsraums entgegengestellt werden.

Eine vielbeachtete dänische Veröffentlichung (Kopenhagen, 1941) bringt unter dem Titel „Dansk Landbrugsproduktion i Fremtiden“ einen Beitrag über die Zukunftsaussichten der dänischen Landwirtschaft. Da die Problemstellung dieser dänischen Veröffentlichung von ganz falschen Grundvoraussetzungen ausgeht — nämlich von liberalistischen Doktrinen —, so muß sie auch zu falschen Schlußfolgerungen kommen. — Im Rahmen der Neuordnung des mitteleuropäischen Kultur- und Wirtschaftsraums hat Dänemark, hat insbesondere die dänische Landwirtschaft eine gemeinwirtschaftliche Aufgabe mit zu erfüllen. Das bedeutet einmal, daß die zukünftige Arbeit der dänischen Landwirtschaft und der damit zusammenhängenden Zweige (Ausfuhrhandel, Industrie usw.) nicht mehr von dem bisherigen Ausschließlichkeitsstandpunkt des Profitinteresses liberalistischer Prägung getragen sein darf. Das bedeutet für die dänische Landwirtschaft Absage an die liberalistische internationale Handelspolitik.

Man verrät kein Geheimnis mit der Feststellung, daß die letzten zwanzig Jahre, in denen Dänemark als bedeutendes Mitglied des internationalen Agrarmarktes über London den größten Teil seiner Landwirtschaftserzeugnisse dort absetzte, für die dänische Landwirtschaft und für die dänische Volkswirtschaft überhaupt eine Periode fortschreitenden Niederganges gewesen sind. Die führende dänische Wirtschaftszeitung „Finanstidende“ weist sehr richtig darauf hin, daß Dänemark sich leichten Herzens für immer von der verlustbringenden englischen Wirtschafts- und Handelsverbindung trennen kann.

Die Loslösung Dänemarks von der widernatürlichen englischen Wirtschaftsverbindung und Dänemarks Anschluß an den neuen mitteleuropäischen Wirtschaftsblock unter Deutschlands Führung wird der dänischen Landwirtschaft bei auskömmlichen und sicheren Preisen für alle Erzeugnisse eine lange Periode solider Stabilität und wirtschaftlichen Aufschwungs sichern. Die dänische Arbeitslosigkeit, die in dieser ganzen Periode des dänisch-englischen Handels immer unerfreulichere

Formen annahm, wird bei Dänemarks Eingliederung in den neuen mitteleuropäischen Wirtschaftsraum und bei Dänemarks Verzicht auf „Welthandelsträume“ ganz automatisch verschwinden. Im neuen europäischen Wirtschaftsraum gibt es keine Arbeitslosigkeit, weil die zweckmäßige Arbeitsteilung der Länder unter sich bei Verzicht auf das liberalistische Profitsystem eine solche ausschließt.

War es auch ein großer Fehler, daß Dänemark im letzten Jahrzehnt (Deutschland hat es mit Erfolg seit 1933 getan!) eine Umstellung der Landwirtschaft auf eine umfassende wirtschaftseigene Grundlage unterließ, so liegen die Dinge für die Zukunft doch so, daß Dänemark als Mitglied der europäischen Völkergemeinschaft unter Führung der Achsenmächte gut jede überseeische Korn- und Ölkuchenzufuhr entbehren kann, die sowieso der dänischen Wirtschaft nur Verluste und nichts als Verluste zugeführt hat.

Dänemark war lange Jahrzehnte hindurch das erste und führende Landwirtschaftsland der Welt. Wenn es auch hinsichtlich der Fortschritte und der Technik in der Landwirtschaft heute u. a. weit von Deutschland übertroffen wird, so waren die Befruchtungen, die das kleine Dänemark der deutschen Landwirtschaft geben konnte und gab, keinesfalls gering. Die dänische Landwirtschaft wäre der unglücklichen Niedergangsperiode entgangen, wenn sie rechtzeitig die Forderungen der Zeit erkannt und danach gehandelt hätte. Walther Darré hat die Lebensaufgabe der Landwirtschaft eines Landes (in seinem Buch „Das Bauerntum als Lebensquell der Nordischen Rasse“, Seite 107) auf die kurze Formel gebracht: „Bauer ist, wer in erblicher Verwurzelung mit Grund und Boden ein Land bestellt und diese Tätigkeit als eine Aufgabe an seinem Geschlecht betrachtet.“ — Sehr treffend hat Professor Dr. Hans F. K. Günther in seinem großen Werk „Das Bauerntum als Lebens- und Gemeinschaftsform“ (Berlin, 1940) diese Definition dahin erweitert, daß man „das Bauerntum eines Volkes germanischer Herkunft bei völkischer Betrachtungsweise nur als den ersten Stand, den Kernstand betrachten kann“. — Unter diesem Gesichtspunkt ist die verpflichtende Aufgabe der dänischen Landwirtschaft im neuen mitteleuropäischen Raum zu betrachten.

A. Werner Schüttauf bringt in seiner Veröffentlichung „Ernährungswirtschaftliche Selbstversorgung Festlandeuropas“ (Berlin 1940) den umfassenden und exakten Beweis dafür, daß Festlandeuropa sich ohne Schwierigkeit selbst ernähren kann: „Dabei steht die Frage im Vordergrund, ob sich das Festland auch im Falle längerer Kriegsdauer aus eigenen Kräften ernähren kann. Das ist tatsächlich der Fall, denn der Nahrungsmittelbedarf wird in diesem Wirtschaftsraum zu rund 95 v. H. aus eigener Erzeugung gedeckt... Die ernährungswirtschaftlichen Selbstversorgungsgrade der einzelnen Festlandwirtschaften sind unterschiedlos hoch. Sie liegen entweder etwas unter 100 oder etwas über 100. Die Unterschußzone umgreift vornehmlich die Gebiete Industrieuropas, wo im übrigen auch der Anteil tierischer Kalorien sehr hoch ist. Besonders niedrig ist der ernährungswirtschaftliche Selbstversorgungsgrad innerhalb dieser Zuschußzone nur in Norwegen, den Niederlanden, Belgien und der Schweiz; also in 4 Ländern mit zusammen nur rund 25 Millionen Einwohnern. Die festlandeuropäische Überschußzone wird von Agrareuropa gebildet. Es handelt sich hier vor allem um die Länder Südosteuropas. Beide Zonen können sich so weit ergänzen, daß nur die obengenannte unbedenkliche Versorgungslücke bleibt. Insgesamt wohnen in diesem Wirtschaftsbereich Festlandeuropas (ohne England, Irland, Rußland, Baltikum, Russisch-Polen, Bessarabien, Bukowina und Finnisch-Rußland) rund 330 Millionen Menschen. Die Bevölkerung dieses Gebiets vermehrt sich allerdings jährlich um 1,5 bis 2 Millionen

Menschen. Trotzdem verengt diese Bevölkerungszunahme den Nahrungsraum nicht, weil der landwirtschaftliche Boden des europäischen Festlandes ohne Zweifel noch ganz anderer Leistungen fähig ist..."

Dann tritt Werner Schüttauf den exakten Beweis dafür an, daß die getreidewirtschaftliche Selbstversorgung Festlandeuropas gesichert ist. Also hinsichtlich Weizen, Roggen, Gerste, Hafer und Mais kann Festlandeuropa sich selbst ernähren. Das gilt hinsichtlich der menschlichen Ernährung wie auch für Futterzwecke. Ebenso ist die Selbstversorgung von Festlandeuropa hinsichtlich Fleisch, Kartoffeln und Zucker möglich. Auch die Erzeugungsleistungen der festländischen Milchwirtschaft sind voll hinreichend. Festlandeuropa kann sich ohne Schwierigkeit selbst mit Milch, Butter, Käse und mit Obst, Gemüse und Südfrüchten versorgen. Schüttauf weist genauestens nach, daß der festlandeuropäische Nahrungsraum nicht nur für die gegenwärtige Bevölkerung, sondern auch für eine wachsende Bevölkerung in den tragenden und lebenswichtigen Erzeugnissen voll ausreicht. Unter dem nachhaltigen Eindruck der Versorgungsschwierigkeiten während des Weltkrieges ist die festländische Nahrungsmittelherzeugung nach Kriegsende nicht nur vermehrt, sondern auch vervielfältigt worden. Dieser Vorgang ist gleichbedeutend mit einer Abwendung vom englischen Monokultureinfluß der liberalen Arbeitsteilung und einer Hinwendung zur bäuerlichen Mischkultur und zur völkischen Arbeitsergänzung. Diese natürliche Arbeitsteilung, die in einem politisch befriedeten Raum gleichzeitig eine sinnvolle Arbeitsergänzung darstellt, hat mit der marktspekulativen Arbeitsteilung der englischen Weltwirtschaft überhaupt nichts zu tun. Es ist richtig: Kein Erzeugungszweig verträgt die kapitalistische Marktspekulation so wenig wie die von den Ernteschwankungen dauernd bedrohte Landwirtschaft. Die spekulative Arbeitsteilung hat die Monokultur, die Farmwirtschaft und die kapitalistische Ausbeutung (der Landwirtschaft) gefördert. Die natürliche Arbeitsteilung fördert die Mischkultur, die Bauernwirtschaft und die völkische Arbeitsergänzung. Man braucht kein besonderer Kenner Dänemarks und der dänischen Landwirtschaft zu sein, um zu erkennen, daß die natürliche Arbeitsteilung auf völkischer Grundlage — wie Deutschland das will — die einzig mögliche Rettung für die dänische Wirtschaft überhaupt ist.

In der Zeitschrift des internationalen Büros für Bauerntum und Landwirtschaft (Jg. 1940, Band 9, Seite 14 ff.) behandelt Dr. Hans Merkel in einer Veröffentlichung „Marktordnung im europäischen Raum“ die landwirtschaftliche Marktordnung, die in Deutschland unter der Führung von Reichsminister und Reichsbauernführer Darré aufgebaut wurde, die nun auf den europäischen Wirtschaftsraum ausgedehnt werden soll und auf folgenden Grunderkenntnissen beruht: 1. Die landwirtschaftlichen Preise können nur gehoben werden, wenn gleichzeitig die landwirtschaftlichen Märkte geordnet werden. 2. Diese Ordnung muß sich erstrecken auf den gesamten Absatz, auf die Verarbeitung und die Verteilung landwirtschaftlicher Erzeugnisse. 3. Richtiger Aufbau der Märkte ermöglicht auch einen richtigen Aufbau der Preise unter Berücksichtigung der Gesteungskosten. Dabei werden überflüssige Zwischenspannen und Verteilungskosten beseitigt. (Ausschaltung aller überflüssigen und verteuernenden Zwischenhandelsglieder.) 4. Neben die Ordnung des Binnenmarktes muß auch eine Lenkung der Einfuhr treten. Gleichzeitig dient die Ansammlung von Vorräten der Bekämpfung von Absatz- und Versorgungsschwierigkeiten. — Der Anschluß der dänischen Landwirtschaft an diese Marktordnung im neuen Raum von Festlandeuropa bedeutet für die dänische Wirtschaft, daß sie dem Preischaos, der Spekulation und der Ausbeutung des englischen Marktes entzogen und der gesunden und aufbauenden Preispolitik des neuen festländischen Wirtschaftsraumes zugeführt wird.

Die dänische Landwirtschaft (und damit die dänische Gesamtwirtschaft) kann nur

gesunden, wenn sie den Blut- und Bodengedanken an die Stelle der bisherigen liberalistischen-internationalen Agrar- und Handelspolitik setzt.

In seiner Veröffentlichung „Der Blut- und Bodengedanke in den europäischen Völkern“ (Berlin, 1940) schreibt Prof. Dr. Johann von Leers u. a.: „Das dänische Volk hat durch Grundtvig stets ein großes Verständnis für die nationalpolitische Bedeutung seines Bauerntums gehabt. Hier hat die Entwicklung einer Ausfuhrwirtschaft in völliger Abhängigkeit vom Geschmack des britischen Abnehmers schließlich zur Überkapitalisierung geführt... England ist seiner Natur nach ein Gegenspieler von Blut und Boden, denn es lebt ja davon, die agrarischen Erzeugnisse anderer Länder möglichst billig zu kaufen...“ Deshalb mußte natürlich auch Dänemarks Bindung an den englischen Markt verhängnisvoll und katastrophal für die dänische Wirtschaft werden.

Die wirtschaftliche Lebensgemeinschaft der europäischen Völker wird, wenn sie fruchtbar sein soll, sich nach der tatsächlichen Wirtschaftsstruktur der einzelnen Volkswirtschaften ausrichten müssen, so führte Stabsamtsleiter Prof. Dr. Reischle in einer Rede, die er auf Einladung des rumänischen Landwirtschaftsministers im landwirtschaftswissenschaftlichen Institut der Universität in Bukarest hielt, aus. Die Struktur der einzelnen Länder ist gekennzeichnet durch den Anteil des Landvolkes an der Gesamtbevölkerung. Vor allem in den Südost- und Mittelmeerländern haben das Bauerntum und die Landwirtschaft eine sehr große Bedeutung. Während Deutschland und Italien, sowie die Schweiz, Belgien und die Niederlande heute schon die Grenzen ihrer erzeugungsmäßigen Leistungssteigerung nahezu erreicht haben, sind in Nord-, vor allem aber Südosteuropa und in den Ländern des Mittelmeergebietes noch bedeutende landwirtschaftliche Erzeugungsreserven vorhanden. Leistungssteigerung und Erzeugungsplanung werden aber in der Zukunft weitgehend unter zwischenstaatlichen Gesichtspunkten bestimmt werden, denn erst ein Leistungsaustausch, der auf die Bedürfnisse der einzelnen Länder Rücksicht nimmt, schafft die Grundlagen für eine allgemeine Aufwärtsentwicklung.

In einer I.A.R. 1940/5 (Berlin)-Veröffentlichung „Kriegeinflüsse auf die Weltwirtschaft“ wird die weltwirtschaftliche Bedeutung Nordeuropas besonders ausführlich behandelt. Nach dieser neuen amtlichen deutschen Veröffentlichung sind die vier nordischen Länder mit fast 6 v. H. am Welthandelsumsatz beteiligt, obwohl ihre Gebietsfläche noch nicht 1,0 v. H. der Erdoberfläche und ihre Bevölkerung ebenfalls noch nicht 1 v. H. der Erdbevölkerung ausmacht. Es handelt sich also bei Dänemark, Schweden, Norwegen und Finnland um Länder mit sehr großer Welt handelsleistung je Kopf der Bevölkerung. Der Außenhandelsumsatz je Kopf der Bevölkerung stellte sich für das letzte Jahr in RM. für Dänemark auf 467, für Schweden auf 417, für Norwegen auf 446 und für Finnland auf 261.

In einer Veröffentlichung „British Imperial Trust for the Exploitation of European Nations Ltd. London — oder?“ (Berlin 1940) führt der Verfasser Walther H. Hebert aus, daß die Entdeckung einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit, welche neuerdings die Westmächte in gemachter kindlicher Freude der Welt verkünden, schon viele Jahre vor Ausbruch dieses Krieges erfolgte: „Deutschland und Italien waren die Verkünder und Träger des Ideals einer friedlich verbundenen Zusammenarbeit der europäischen Völker. Sie begnügten sich beide nicht mit Phrasen und zukünftig zu verwirklichenden Plänen, sondern gingen Schritt für Schritt an die Arbeit... Sie können auf die praktischen Ergebnisse ihrer vieljährigen Arbeit verweisen. Ziel dieser neuen, von Deutschland und Italien getragenen Wirtschaftspolitik

ist nicht die Beherrschung irgendwelcher europäischer Völker, sondern die Schaffung einer europäischen Lebensgemeinschaft, die die ihr inwohnenden hohen geistigen und körperlichen Kräfte so ausnutzt, daß für alle ein Nutzen entspringt.“

Bei dieser Neuordnung Europas ist das Bauerntum Europas entscheidend beteiligt, ja man kann sagen, daß es im Grunde genommen der natürliche Träger der europäischen Gemeinschaftsarbeit ist und in Zukunft noch stärker als bisher sein wird. Man sieht — wie der Verfasser sagt — diese bauerliche Grundhaltung Europas meist nicht oder wenigstens nicht genau: Den westlichen Plutokraten interessieren die europäischen Kohle-, Eisen- und Erdölvorräte fraglos mehr als die bauerlichen Lebensvoraussetzungen. — Wer aber einmal die Anteile der landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung mißt, erkennt, daß das scheinbar so weitgehend industrialisierte Europa überwiegend von einem starken Bauerntum lebt. Im Osten und Südosten gehen die Anteile des Bauerntums an der erwerbstätigen Bevölkerung bis zu 80 v. H. Und wie liegen in dieser Hinsicht die Verhältnisse in Dänemark? Obwohl nur etwa ein Drittel der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt ist, beruht doch das Wirtschaftsleben Dänemarks zum allergrößten Teil auf diesem Produktionszweig, vorzugsweise auf den Erzeugnissen der dänischen Viehwirtschaft. Im Rahmen der wirtschaftlichen Neuordnung des europäischen Festlandes muß Dänemark als absoluter Landwirtschaftsstaat eingegliedert werden.

Mit Recht betont Hebert: Auf der Grundlage des Austausches bauerlichen und industriellen bzw. gewerblichen Fleißes zu gerechten, die Produktionsvoraussetzungen und -verhältnisse berücksichtigenden Preisen beruht die schnelle Intensivierung der innereuropäischen Wirtschaftsbeziehungen und die nicht mehr zu bestreitende Hebung des Lebensstandards in allen beteiligten europäischen Völkern. In diesem Kriege geht es also darum, die mühsam erreichten Ansätze einer wirklichen europäischen Freiheit, und zwar einer erstmalig auf dem europäischen Bauerntum aufbauenden Freiheit gegen die arroganten Anmaßungen und Absichten der kapitalistischen Plutokratie Englands zu verteidigen.

Man komme nicht mit dem Einwand, daß etwa England ein freihändlerisches System der Weltwirtschaft gehabt oder verteidigt hat. Analysiert man den Welt-handel für die letzten 150 Jahre nach dem Anteil der Länder an der Erdoberfläche, nach dem Anteil an der Erdbevölkerung und nach dem Anteil am Welthandelsumsatz, so ergibt sich zwingend, daß England seit 150 Jahren an der Spitze eines ausgesprochen autark-imperialen Systems der Weltwirtschaft gestanden hat. Allein auf England und Frankreich entfallen 35,2 v. H. der Erdoberfläche, 29,8 v. H. der Erdbevölkerung und sogar 39,0 v. H. des Welthandelsumsatzes. Er ergibt sich daraus, daß England die dänische Wirtschaft und insbesondere die dänische Landwirtschaft für seine autark-imperialen Welthandelsinteressen mißbraucht hat. England war nur an einem Erzeuger billiger Landwirtschaftsprodukte gelegen. Das Endresultat konnte nicht anders werden, als daß die dänische Landwirtschaft und damit die dänische Wirtschaft insgesamt an dieser unnatürlichen Verbindung verarmen mußte.

In einer sehr bemerkenswerten Betrachtung „Zur Einsicht ist es nie zu spät!“ in der Zeitschrift der Studiengesellschaft für Nationalökonomie an der Universität Berlin (Jg. 1940, Band 10, Seite 22 ff.) heißt es u. a.:

„Als die deutsche Landwirtschaft seit 1933 durch Erzeugungssteigerung und Marktordnung auf eine neue Grundlage gestellt wurde und das Deutsche Reich seine außenwirtschaftlichen Beziehungen neu zu gestalten begann, wurde die darin zum Ausdruck kommende völlige Abkehr vom wirtschaftlichen Liberalismus vor allem auch von den nördlichen und nordwestlichen Nachbarn nicht immer verstanden. Diese Länder, vor allem Dänemark, hatten — vielleicht zufolge ihrer Lage an der Nordsee — ihre Wirtschaft stark nach dem benachbarten England ausgerichtet und vor allem ihre landwirtschaftliche Erzeugung nicht ernährungswirtschaftlichen, sondern allein handelspolitischen Gesichtspunkten untergeordnet. Dabei hatten diese Länder — und hier ganz besonders Dänemark — das Schwergewicht ihrer landwirtschaftlichen Erzeugung fast ausschließlich auf die Veredelungsprodukte der Viehwirtschaft gelegt und mittels rationellster Methoden und stärksten Kapitaleinsatzes, allerdings aber auch unter Vernachlässigung der ernährungswirtschaftlichen Selbstversorgung und nur durch Heranziehung ausländischer Futtermittel, die Herstellung begehrter Spitzenerzeugnisse erreicht.“

Die Veröffentlichung der deutschen Studiengesellschaft für Nationalökonomie über die dänische Wirtschaft hat die Fehlleitung der dänischen Landwirtschaft während der letzten Jahrzehnte mit nachfolgender Schlußfolgerung charakterisiert: „So dienen beispielsweise nur 10 v. H. der landwirtschaftlichen Bodenerzeugung Dänemarks der menschlichen Ernährung, 90 v. H. werden verfüttert. Die der menschlichen Ernährung fehlenden Nahrungsmengen wurden eingeführt...“ — Man kann in einem ausgesprochenen Landwirtschaftsland wohl vorübergehend für einen kürzeren Zeitraum eine derartige agrare Produktions- und Handelspolitik treiben, aber der Rückschlag für diese Verkennung und Mißachtung der natürlichen Grundlagen eines ausgeprägten Landwirtschaftsstaates kann niemals ausbleiben und ist auch für Dänemark nicht ausgeblieben.

Es ist sehr interessant, wenn die genannte Veröffentlichung hierzu bemerkt: „Diese starke Einspannung in den Welthandel ist nun bisher gewiß nicht ohne Krisen und Notzeiten für die dänische Landwirtschaft geblieben. Trotzdem glaubte man aber in Dänemark an eine sich immer wieder auf die alte Lage einspielende Weltwirtschaft und war daher wenig geneigt, von der liberalen Ausrichtung der Erzeugung und Handelspolitik abzugehen. Die zeitweiligen Krisen der dänischen Landwirtschaft suchte man durch Marktregulierung zu beheben, ohne daß es zu einer wirklichen Marktordnung kam... Es bleibt im Interesse der dänischen Landwirtschaft zu erwarten, daß sie jetzt die Schwierigkeiten als grundlegende und nicht nur als ‚vorübergehende‘ erkennt und ihrer daher nicht allein mit vorübergehenden Maßnahmen Herr zu werden versucht...“

Was in diesem Falle zu tun ist, wie die dänische Agrarwirtschaft sich künftighin produktionsmäßig und handelspolitisch ausrichten soll, um wieder gesund und krisenfest zu werden, das hat Reichsminister Dr. Darré in einem Artikel „Das Ende des Liberalismus“ in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ dargelegt. Er spricht darin sehr bezeichnend davon, wie ferne Länder in Übersee im Schutze des Liberalismus Funktionen übernommen haben, die eigentlich der europäischen Wirtschaft zukamen. Als deutliches Beispiel hat man hier die Butterversorgung Englands, wo Dänemark im scharfen Wettstreit mit den englischen Kolonien und Dominions der südlichen Erdhälfte stand. Solche für die europäische Landwirtschaft wider natürlichen und katastrophalen Verhältnisse haben im neuen europäischen Wirtschaftsraum keinen Platz. Und für Dänemark ist es im Rahmen der Arbeitsteilung im neuen europäischen Wirtschaftsraum von entscheidender Bedeutung, daß alles daran gesetzt wird, die Grundlage der dänischen Viehwirtschaft, die Erzeugung von Futtermitteln, aus fernen Ländern wieder in den Kreis der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zurückzuholen.

HEINZ KLOSS

Der sprachliche Rahmen der Nationalitätenfrage in Großbritannien und Irland

Nationalitätenproblem und Keltenproblem sind nicht identisch

In den vergangenen Jahren standen die Nationalitätenfragen Ost- und Südosteuropas im Mittelpunkt des Weltinteresses. Aus Westeuropa interessierten allenfalls noch Nachrichten über die Nationalitäten in Belgien, Frankreich und Spanien. Das Nationalitätenproblem Großbritanniens hingegen lag völlig im Schatten.

Was man gelegentlich von derartigen Fragen aus Großbritannien hörte, stand vielfach im Zusammenhang mit allkeltischen Bestrebungen des Bretonentums in Frankreich oder des keltischen Ireutums, das bis 1921 Volksgruppe im britischen Staatsverband war, seither freilich seinen eigenen Staat besaß. Die Folge war, daß man sich daran gewöhnt hat, die Nationalitätenfrage in Großbritannien wenn überhaupt, dann als eine rein keltische Angelegenheit darzustellen. Man brachte sie auf den Generalnenner: hier Angelsachentum im eigentlichen England, hier Keltentum in Schottland, Wales und Irland!

In Wirklichkeit handelt es sich in Großbritannien nicht nur darum, ob sich die keltischen Volksteile gegenüber dem Angelsachsentum behaupten, sondern auch darum, ob innerhalb des angelsächsischen Elements noch eine nationale Aufgliederung in zwei gleichberechtigte Gruppen, nämlich in Engländer im engeren Sinne und Niederschotten denkbar ist.

Die führenden keltischen Gruppen: Waliser und keltische Iren

Ins keltische Lager gehören in Großbritannien in sprachlicher Hinsicht am eindeutigsten die Waliser, in gesinnungsmäßiger Hinsicht die keltischen Iren in Eire und den Randgebieten Nordirlands. Hingegen ist bei den Walisern die gesinnungsmäßige, bei den keltischen Iren die sprachliche Zugehörigkeit zur keltischen Front nicht ganz eindeutig.

In Wales sprachen 1931 von 2 158 000 Einwohnern noch 1 009 000 walisisch, d. i. 46,8 v. H. wenn auch 811 000 dieser Walisischsprechenden daneben noch die englische Sprache beherrschten. Vor allem im nördlichen Wales gibt es größere zusammenhängende Gebiete, wo die Stellung der walisischen Sprache völlig unangetastet ist. In anderen Teilen von Wales, vor allem Dingen im Süden, überwiegt hingegen bereits die englische Sprache, die teils von verenglischten Walisern, teils von durch die Industrialisierung ins Land gezogenen Menschen gesprochen wird. Trotzdem ist die walisische Sprache die einzige keltische Sprache im heutigen Großbritannien, deren Zukunft auch bei der Jugend eindeutig gesichert ist, nicht zum wenigsten durch die hervorragende Arbeit der 1922 gegründeten Jugendorganisation URDD, wie auch deswegen, weil die walisische Sprache in den Staatsschulen gleichberechtigt ist. Aber trotzdem oder vielleicht gerade deshalb ist jedoch die Frontstellung der Waliser gegen England nicht sehr ausgesprochen, wenn es auch junge nationalistische Bewegungen und sogar eine nationalistische Partei gibt. Hierbei spricht mit, daß die Waliser weit überwiegend protestantisch sind, was ihre Zusammenarbeit mit Iren und Bretonen naturgemäß erschwert.

Die Bewohnerschaft des Freistaates Eire ist bluts- und gesinnungsmäßig eindeutiger und einheitlicher keltisch als die von Wales. Sprachlich ist sie gespalten, da das geschlossene irische Sprachgebiet, der sog. Gaeltacht, 1925 nur noch 311 000 Irischsprechende umfaßte, die 9,35 v. H. der Bevölkerung bilden.

Beim übrigen Irentum findet das Irische in zunehmendem Maße Verbreitung als zweite Kultur- und Bildungssprache, während noch offen ist, ob es jemals wieder die Umgangssprache werden wird. Außerhalb des Gaeltacht sprachen 1935 nur 79 000 Personen irisch.

Indessen wird im völkischen Leben Irlands der Raum, der vom Irischen nicht oder noch nicht eingenommen wird, keineswegs ausschließlich von der englischen Schriftsprache beherrscht. Mündliche Umgangssprache ist vielmehr das sog. Anglo-irische, eine Mundart, die sich gebildet hat durch die Übernahme des Englischen seitens einer bisher keltischsprechenden Bevölkerung. Die Mundart weist in Betonung und Satzbau starke irische Einflüsse auf, ebenso im Wortschatz; sie sind um so größer, je weniger Zeit in der betreffenden Ortschaft seit dem Aussterben des Irischen vergangen ist. Die volkspolitische Bedeutung dieser Mundart liegt darin, daß zu der Zeit, als die Lage der irischen Sprache am hoffnungslosesten erschien, nämlich in den neunziger Jahren, die führenden Dichter Irlands das Angloirische zur Sprache ihrer Dichtungen machten, um dem irischen Volksgeist, wenn nicht in einer keltischen Sprache, so doch wenigstens in einer eigenwüchsigen Mundart Ausdruck zu verleihen. Dichter wie J. M. Synge, Yeats, Lady Gregory u. a. m. schufen so Hervorragendes, daß sie im gesamten englischen Sprachkreis, ja in der Welt berühmt wurden. Doch wurde das Angloirische nicht voll als Kultursprache ausgebaut, und in jüngster Zeit hat die Hoffnung auf eine vollständige Wiedereinführung des Irischen die Bedeutung des Angloirischen zurücktreten lassen.

Gälen und Niederschotten

Nach der Eroberung Englands durch die Normannen (1066) flohen Scharen volksbewußter Angelsachsen in das keltische Schottland, in dessen südlichem Teil sich die von ihnen mitgebrachte northumbrische Mundart im Laufe der Jahrhunderte immer mehr ausbreitete. Die Hochlande blieben länger gälisch, bis im 19. Jahrhundert einerseits die brutale Entvölkerung der Hochlande durch eine ausbeuterische Wirtschaftspolitik, andererseits eine zunehmende Verenglischung auch der Hochlande die Zahl der Sprachgälen rasch schrumpfen ließ. Im Jahre 1931 sprachen von 4 843 000 Schotten nur 136 000, also 2,8 v. H. gälisch. Während die Hochländer sich als reine Kelten empfinden, blickt das Niederschottentum außer auf eine keltische, auch auf eine sogar besonders betonte germanische Tradition zurück. Die Sprache der Niederschotten war jahrhundertlang eine selbständige Schriftsprache, wie das Provenzalische in Frankreich oder das Niedersächsische in Deutschland. Sie hat mit dem Deutschen den Reibelaut (Nacht, Sicht) und manche im Englischen verschwundenen Worte (z. B. ken = kennen) gemeinsam. Die Legende sagt, im Weltkrieg hätten niederschottische Kriegsgefangene sich mit plattdeutschen Bauern noch leidlich verständigen können. Zwischen 1400 und 1600 blühte die niederschottische Dichtung und war zur Zeit der Dichter Barbour und Dunbar sogar der zeitgenössischen englischen an Rang überlegen. Seit Schottland durch die Reformation die englische Bibel erhielt, 1603 in Personalunion mit England trat und 1707 sein eigenes Parlament verlor, setzte sich die englische Schriftsprache allgemein durch, und das Niederschottische lebte fort nur in bescheidener Mundartdichtung (Robert Burns).

In den letzten 20 Jahren hat jedoch die sog. Scottish Renaissance ernsthaft ver-

sucht, das Niederschottische als Schriftsprache wieder in Geltung zu bringen. Bekannte Dichter sind C. M. Grieve (Pseud.: MacDiarmid), Edwin Muir und Lewis Spence. In der gefühlsmäßigen Einstellung ist diese Bewegung zum Teil stark keltisch ausgerichtet, ihr sprachliches Medium aber, das Niederschottische, ist im großen und ganzen stärker germanisch als das Englische.

Bezeichnend für den Unterschied der Lage zwischen Eire und Schottland ist, daß man in Eire die einheimische keltische Sprache als „irisch“ schlechthin bezeichnet, hingegen in Schottland als „schottisch“ nicht die Sprache der Hochländer, sondern die der Niederschotten. Der nationalistische Akzent liegt also in Eire auf der keltischen Sprache, in Schottland auf der germanischen Mundart.

Das Problem der niederschottischen Mundart unterscheidet sich wesentlich von dem der gälischen, der irischen oder der walisischen Sprache. Um zu verstehen, welcher Gruppe von Sprachproblemen es zugehört, verdeutliche man sich, daß es neben dem Problem der Sudeten-deutschen in der früheren Tschechoslowakei, der Basken in Spanien, der Bretonen in Frankreich, bei denen durchweg der mündliche wie der schriftliche Gebrauch der Muttersprache bedroht ist oder war, in diesen Staaten sämtlich auch ein Nationalitätenproblem ganz anderer Art besteht oder bestand: ob nämlich das Slowakentum seine selbständige Schriftsprache von der freundschaftlichen Umarmung durch das sprachlich nah verwandte Tschechentum retten könne, ob die Katalanen zum ausschließlichen Gebrauch der kastilischen, die Provenzalen zur ausschließlichen Beibehaltung der französischen Schriftsprache veranlaßt werden können. Den Problemen der Slowaken, Katalanen, Provenzalen und Niederschotten ist gemeinsam, daß der Gebrauch ihrer Sprache als mündliche Umgangsmundart wenig oder gar nicht bedroht ist, sondern daß lediglich ihre schriftsprachliche Verwendung zur Debatte steht.

Im großen und ganzen werden jedoch von Kennern die Aussichten des Niederschottischen wenig zuversichtlich beurteilt. Wenn es auch an Ansehen durch die literarischen Bemühungen um seine Wiedereinführung gewonnen hat, so sieht es doch augenblicklich mehr danach aus, als wolle das Niederschottentum die englische Schriftsprache als Hauptausdrucksmittel beibehalten und sich mit einer stärkeren mundartlichen Pflege des Niederschottischen begnügen. Aber selbstverständlich erschöpft sich das Problem Niederschottlands keineswegs in der Frage der niederschottischen Sprache oder Mundart. Vielmehr gibt es in Schottland weite Kreise, welche, ohne den heutigen sprachlichen Zustand des Landes von Grund auf ändern zu wollen, auf eine stärker ausgebaute Autonomie hinarbeiten. Diese Ziele standen in den letzten Jahren sogar bedeutend stärker im Vordergrund als die Frage der niederschottischen Mundart.

Andererseits hat die Entwicklung in Frankreich gezeigt, daß der Zusammenbruch eines großen Staatswesens auch Mundarten, deren Lage fast hoffnungslos geworden zu sein schien, einen starken Auftrieb verleihen kann. Unter den Augen und mit Bewilligung des Marschalls Pétain wird in Südfrankreich heute die *Langue d'Oc*, das Okzitanische (Provenzalische), wieder in den Schulen gepflegt, weil man in ihr ein Mittel zur Kräftigung der konservativen landschaftsgebundenen Lebensmächte erkannt hat. Ein ähnlicher Rückschwung zur konservativen Wertung der Sprache und Mundart wäre gewiß auch im großbritannischen Raum denkbar.

Nordirland

Das Sprachenproblem Nordirlands ist zu verstehen nur, wenn man dasjenige von Eire und Niederschottland kennt. Etwa 55 v. H. der Bevölkerung bestehen aus seit

1609 eingewanderten Niederschotten, 45 v. H. aus keltischen Iren. Man spricht Niederschottisch mit angloirischem Tonfall in den ländlichen Gegenden fast der ganzen Grafschaft Antrim (außer Glens), im Norden und Westen der Grafschaft Down, sehr ausgesprochen im nördlichen Teil von Tyrone, weniger ausgesprochen im nördlichen und mittleren Teil der Grafschaft Derry. In Belfast spricht man Angloirisch, das dort das Niederschottische verdrängte. Es sprechen also mehr Nordirländer angloirisch, als sich zur katholischen Religion und zum irischen Volkstum bekennen¹⁾.

Keinesfalls beruht die Trennung der protestantischen Ulsterschotten von Eire nur auf konfessionellen Gründen. Eine sprachliche Einschmelzung ins keltische Irentum z. B. käme für sie schon deswegen nicht in Frage, weil ihre Vorfahren niemals irisch gesprochen haben.

Man darf auch nicht unterschätzen, daß die Ulsterirländer zu Beginn des 17. Jahrhunderts in ausgesprochener Kampfstellung gegen das keltische Irentum angesiedelt wurden, d. h. mit dem ausgesprochenen Zwecke, diese zurückzudrängen und dem „angelsächsischen“ Menschen (gleichgültig wie hoch gerade im vorliegenden Falle seine keltische Blutsbeimischung war) neuen Raum zu schaffen und zu sichern. Die Tatsache, daß die schottischen Siedler damals eine erhebliche keltische Blutsbeimischung in sich trugen, spielt keine Rolle für ihr geschichtliches Bewußtsein gegenüber den äußeren Triebkräften und Begleitumständen, die einst bei der Ansiedlung der Ulsterschotten maßgebend waren.

Welche Lösungsmöglichkeiten bestehen nun für die nordirische Frage? Theoretisch scheint am nächsten zu liegen eine Teilung Nordirlands, die den keltischen Westen und Süden zum Freistaat schlägt. In der Praxis würde diese Lösung daran scheitern, daß das ulsterschottische Restgebiet zu klein und nicht lebensfähig wäre. Die zweite Möglichkeit bestünde in dem Anschluß ganz Nordirlands an den Freistaat, wobei dem ulsterschottischen Teil eine gewisse Autonomie gewährt würde, zu der sich De Valera schon bereit erklärt hat. Die dritte Möglichkeit bestünde in der Rücksiedlung der Ulsterschotten nach Schottland, möglicherweise im Austausch gegen die gewaltige keltisch-irische katholische Einwanderung in Niederschottland, die dort durchaus nicht gerne gesehen worden ist.

Randprobleme

In Cornwall ist die kornische (keltische) Sprache im Laufe des 19. Jahrhunderts ausgestorben; Wiederbelebungsversuche nach irischem Muster (Jenner, Montmorency) sind vorläufig ohne politische Bedeutung, wenn es auch seit Beginn der dreißiger Jahre sogar wieder Gottesdienste in kornischer Sprache gibt. — Die keltische Sprache auf der Insel Man, das sog. Manx, und das Französische auf den Normannischen Inseln, ersteres fast ausgestorben, letzteres von etwa der Hälfte der 90000 Bewohner gesprochen, werden von den Engländern als auf den

1) Verbreitung der Mundarten nach J. M. Clark: *The Vocabulary of Anglo-Irish*. St. Gallen 1917. Die übrigen Teile Nordirlands teilt Clark ein in solche, wo das Angloirische stärkere gälische Einflüsse aufweist (Süden von Fermanagh und Down, ferner Glens von Antrim und Teile von Armagh) und solche, wo die frühenglischen und südenglischen Merkmale überwiegen (größter Teil von Tyrone, Süden von Derry, Norden von Fermanagh, Teile von Armagh, Stadt Belfast). Vgl. a. Einleitung zu *The Scottish National Dictionary*, hrsg. v. Wm. Grant, Edinburgh, Bd. I, S. XLI.

Inseln gleichberechtigte Amtssprachen künstlich am Leben gehalten, etwa wie das Rätoromanische durch die deutschen Schweizer; eine Volksgruppenbewegung ist jedoch nur schwer vorstellbar. — Ausgestorben ist endlich das Skandinavische, das auf den Hebriden und auf der Insel Man von 800 bis 1400, im nördlichen Schottland bis ins 17., auf den Orkney- und Shetland-Inseln bis ins 18. Jahrhundert gesprochen wurde¹⁾. Neben vielen Niederschotten ist also auch ein Teil der sprachlich zähesten Gälern im Nordwesten dem Blut nach skandinavisch; politische Folgerungen ergeben sich hieraus nicht.

Zusammenfassung

Eine derartig knappe Darstellung vergrößert naturgemäß manche Einzelheiten. Indessen ergibt sich klar, daß die sprachlichen und völkischen Probleme Großbritanniens und Nordirlands doch um einen Grad verwickelter sind, als es im allgemeinen den Anschein hat. Vor allem sollen und dürfen wir nicht übersehen, daß es in diesem Raum auch andere Fragen als die der keltischen Volksgruppen gibt, und wir haben keinen Anlaß, Karten der allkeltischen Propaganda, auf denen z. B. Schottland zur Gänze unter dem Namen „Alba“ als nichtgermanischer, keltischer Volksboden erscheint, ohne weiteres zu übernehmen (wie dies 1940 in mehreren reichsdeutschen Publikationen geschah). Eine übertriebene Vereinfachung der Darstellung nützt niemandem, auch nicht den Gruppen, mit denen wir — wie im vorliegenden Fall den Niederschotten — sympathisieren mögen.

R. G. HAEBLER

Saudi-Arabien

Das Reich des Königs Abd el Asis Ibn Abd el Rahman Ibn Saud ist der Kern des arabischen Raumes: und dies nicht nur geographisch. Bis an seine Küsten und an die Landgrenzen Saudi-Arabiens branden die Wellen der Europäisierung des Nahen Ostens, und das heißt in jenem Raum praktisch und wirtschaftspolitisch: britische Interessen. Aber diese Wellen haben das Reich Ibn Sauds nicht überflutet. Einzelne technische Spritzer fegten hinein, und dies nur, soweit Ibn Saud und seine theologischen Berater es gestatteten. Der Herr der Heiligen Städte ist der einzige von England unabhängige arabische Fürst. Alle diese Tatsachen, welche dem modernen Saudi-Arabien sein eigenes Gesicht geben, sind geographisch, historisch, wirtschaftlich, kulturell und religiös, aber auch weitgehend durch die Persönlichkeit des Herrschers bestimmt. Nur eine Gesamtbetrachtung kann das Werden und die Existenz dieser modernen Theokratie erklären, die jünger ist als ihr Herr.

1) In Kreisen der norwegischen Nasjonal Samling hat man sich der Orkney- und Shetland-Inseln erinnert! Doch stimmt es nicht, wenn eine reichsdeutsche Zeitschrift kürzlich schrieb, auf den Orkney-Inseln lebe noch heute norwegische Mundart fort und als Beleg anführte, die dortige Mundart heiße „Orkney Norn“. Diesen Namen führt sie um der vielen norwegischen Lehnworte willen; im übrigen aber ist sie niederschottisch! Bei der Verdrängung des Norwegischen auf diesen Inseln im 18. Jahrhundert trat an seine Stelle das Niederschottische, während bei der Rückdrängung des Gälischen im Hochland im 19. Jahrhundert Englisch und nicht Niederschottisch zur neuen Umgangssprache der Hochländer wurde!

Raum

Man hat den Raum um das Rote Meer mit der Landschaft verglichen, die Oberrheinische Tiefebene heißt; wie sich östlich und westlich von dem einstigen Meer zwischen Basel und Frankfurt der Schwarzwald und die Vogesen und ihre Ausläufer auftürmen, so diesseits und jenseits des erythräischen Grabens die arabischen Berge und das Massiv von Habesch. Aber mit der geologischen Kernstruktur und der gleichen Entstehungszeit endet schon der Vergleich.

Arabien ist ein Teil der afrikanischen Kontinentalmasse. Die Achse geht von Khartum nach Mekka. Die vulkanischen Zerreißen des kristallinen Sockels sind im Jemen die gleichen wie in Abessinien. Die gleichen kalkigen Meerablagerungen stemmen sich dazwischen. Hebungen und Senkungen liefen quer über das Rote Meer. Nur der Vulkantypus ist verschieden: in Arabien finden wir Gruppen kleiner Kegel im Gegensatz zu den hohen Massiven Ostafrikas. Noch in historischer Zeit spien und rauchten arabische Vulkane.

Nach einem 40 km schmalen Küstenstreifen am Roten Meer, der Tihama: das heiße Land, erheben sich in steilen Stufen die Berge, kristalline Ketten, mit vulkanischen Decken; Tafelberge; zersägte Randgebirge, bis 3000 m hoch, um sich im mittleren Arabien als Hochland ostwärts auszudehnen, mit Wüstensteppen, Randvulkanen, eine Schichtstufenlandschaft von Sand und Karst, allmählich nach Osten abfallend. Durchzogen von den großen Wadis mit Oasen; zuweilen in abflußlosen Wannen sich breitend. In der Pluvialzeit waren sie reißende Ströme: heute gibt es oft jahrelang keinen Regen dort. Nur im Südwesten, im Asir, im Jemen steilt sich das Land noch einmal zu riesigen Massiven auf: altvulkanisches Gebirge, zwei-, drei-, viertausend Meter hoch, ein größtenteils noch vollkommen unerforschtes Gebiet. Der erste und bis heute letzte Europäer betrat die Hochgebirgswelt des Asir im Jahre 1834! Südwestarabien ist eine grandiose Alpenlandschaft von unerhörter Farbigkeit in der Schichtfolge alter und junger Vulkane: daneben Ton, Mergel, Kalk, Sand, Löß.

Das ist der Boden, auf dem Ibn Saud sein Reich in vier Jahrzehnten aufbaute: die Kernlandschaft Nedsch mit ihren Ausläufern, großen Wadis und Oasenlandschaften, nach Norden, gegen Syrien hin, und nach Osten, gegen den Irak; die einstige türkische Provinz Hasa am Golf von Iran; im Süden liegt die südarabische Wüste, die zweitgrößte Wüste der Welt, mit Gipsböden, in denen ganze Karawanen versinken, auf dem Papier heute englisches Schutzgebiet; im Südwesten steilt der Jemen, Schutzgebiet Ibn Sauds; die westliche Flanke bildet das Hochland von Asir und der Hedschas, das Land der Heiligen Städte, bis hinauf nach Transjordanien und das anschließende Palästina: von allen Seiten ist, wenn wir die Straße Suez—Aden einbeziehen, Ibn Sauds Reich von britischen Zonen umgrenzt.

Klima

Genaue meteorologische Messungen gibt es nur aus den Küstengebieten. Sonst verfügt die geographische Wissenschaft nur über zufällige Reiseberichte der wenigen Europäer, die einzelne Landschaften des heutigen Saudi-Arabiens bereisten. An den Küsten lastet feuchtheiße Luft — das Klima des Roten Meeres ist ebenso bekannt wie gefürchtet. Im Innern sind die Tagesschwankungen groß — bis 20°. In den Hochtälern treten häufig Nachtfröste auf. Und unter Tags wirkt die Sonnenbestrahlung sich so stark aus, daß man selbst in den Wintermonaten den Sand nur mit Sandalen betreten kann. 41—54° ist die Temperatur dieses Bodens.

Es regnet auch in Arabien. Nicht überall, nicht immer, aber immerhin bringt im Sommer der Südwestmonsun Wolken. Im Winter weht der Nordostpassat. Im arabischen Nordwesten sind die Niederschläge reichlich genug: im Altertum war das

westliche Arabien eine Landschaft mit Ackerbau bis weit ins Innere und bis zum nördlichen Asir. In den Randgebieten von Asir und Jemen genügt der Regenfall zum Anbau; sonst muß das Wasser gesammelt werden. Hier im Südwesten lag einst Arabia felix: in jener vorislamischen Zeit gab es da Staudämme, welche das Wasser der periodischen Flüsse sammelten und verteilten. Daneben ist das alte System riesiger Zisternen noch im Gebrauch, oft nach innen gestuft; steinharter Mörtel sorgt für Undurchlässigkeit. Wo genügend Wasser vorhanden ist, entfaltet sich tropische Fruchtbarkeit. Landwirtschaft heißt hier Wasser: große Landwirtschaft ist eine Frage der Bewässerungstechnik.

Im mittleren Arabien, im Hedschas, im Nedsch bis hinüber nach Hasa sorgen Karst- und Grundwasserquellen für mehr oder weniger Feuchtigkeit. Reich sind die Karstquellen von Medina. Das Wadi Fatima, das Tal der Tochter des Propheten, versorgt Mekka mit Wasser. Oft ist es in unterirdischen Kanälen gefaßt. Am häufigsten aber ist Ziehbrunnenbewässerung. Fast alle Oasen im Kernland Nedsch holen das Wasser mit einer primitiven Technik aus den meist nicht tiefen Brunnen. Moderne Bohranlagen sind selten: erst im letzten Jahrzehnt hat Ibn Saud Artesische Brunnen bauen lassen.

Menschen

In diesem Raum leben in Städten, auf Dörfern, in Oasen, auf Wanderungen 7—9 Millionen Menschen: die Schätzungen gehen weit auseinander. So nimmt Wißman für den Nedsch 1 Mill., für den Jemen 3,5 Mill. an, Rathjens dagegen 3 und über 5 Mill. Einwohner. Nach Wißman leben im Hedschas 800 000, in Hasa 150 000, in Asir 1 500 000, in Nedjran und Djof 100 000 Menschen: zusammen in ganz Saudi-Arabien rund 7 Mill. bei etwa 1 650 000 qkm. Die Siedlungsdichte schwankt nach den einzelnen Ländern Saudi-Arabiens stark: zwischen 0,5 bis 39 auf 1 qkm.

Die sesshafte Bevölkerung überwiegt weit die Nomaden: nicht alle „Beduinen“ sind wirklich Nomaden. Das rassische Bild ist überaus mannigfaltig. Über Arabien gingen viele Völkerschaften im Laufe der Jahrtausende hinweg. Die Westaraber sind eine Mischung aus mediterranen, armenoiden, orientalischen, assyroiden Elementen. Im südlichen Arabien kommt ein starker negroider Einschlag hinzu. Der Pilgerverkehr hat im Hedschas viele rassische Mischungen hinterlassen. Südwestarabien war lange Jahrhunderte ein jüdisches Reich. Das rassische Konglomerat wäre noch bunter, wenn nicht die Stammabsonderung der Mischung hemmend entgegengewirkt hätte.

Von der sehr interessanten Frühgeschichte des saudi-arabischen Raumes sei im einzelnen hier abgesehen: hier lag einst das Reich Pun, herrschten die Könige von Saba, vielleicht bis weit nach dem südafrikanischen Rhodesien hinein. Nach dem Mongolensturm gegen Mesopotamien vor 700 Jahren ergoß sich die Welle der Flüchtenden in das westliche Gebirgsland. Dann kamen die Türken. Die Portugiesen. Um 1600 folgten die Engländer. Im Roten Meer rangen Ägypten und Türkei um die Macht. Immer wieder versucht der Padischah von Konstantinopel vom Hedschas aus nach Asir und Jemen vorzustoßen: erst 1912 einigt sich die Pforte mit dem Imam Jehja von Jemen.

Aber alle diese Kämpfe griffen ernsthaft nur das Küstengebiet an — das innere Arabien bleibt „Interessengebiet“, wobei die steten Fehden der Stämme eine prachtvolle Gelegenheit zur Politik des Divide et Impera abgaben. Ibn Sauds Aufstieg vollzieht sich ganz im Schatten dieser teils türkischen, teils englischen Politik.

Die Ahnen

Das moderne Arabien erscheint, trotz Kraftwagen und Flugzeug, noch als Mittelalter. Denn hier ist Religion Politik, und Politik ist Religion. Hier herrschen noch Dynastien. Aber ihre Macht beruht nicht nur auf dem Blut der Ahnen, sondern auch in der theokratischen Untermauerung ihrer Würde. Das galt noch in jüngster Zeit für Hussein im Hedschas und für seinen Sohn Feissal im Irak, gilt heute für den Imam Jehja von Jemen wie für Ibn Saud selbst, der nicht nur der Herr der Heiligen Städte ist, sondern auch der Imam der Wahhabiten.

Im Jahre 1740 trat ein Prophet des Islam auf, ein Reformator. Abd el Wahhab. Wie die meisten Kündler neuer oder wieder neuer Wahrheiten und Gebote galt auch er wenig in seiner Heimat. Er mußte fliehen. Kam an den Hof des Emirs Ibn Saud, der später der Große genannt wurde. Hier, im Nedsch, konnte Wahhab seine Lehre, den Calvinismus des Islam, ausbreiten: und Ibn Saud half den Worten des Predigers in der Wüste mit dem Schwert nach. In wenigen Jahrzehnten hatten die „Wahhabiten“ das Reich Ibn Sauds über ganz Zentralarabien bis Mesopotamien, im Westen bis nach Syrien hinauf ausgebreitet, Mekka und Medina waren in ihrer Hand. Aber so rasch diese Macht aus der Dürre der inneren Wüste aufgeblüht war, so rasch zerfiel sie wieder: von 1810—1818 eroberte Mehemed Ali von Ägypten Arabien. Ein Enkel des Großen, wieder ein Ibn Saud, konnte sich zwar 1842 erneut zum Emir von Nedsch erheben; aber die zweite Herrschaft des Hauses Saud dauerte nur 40 Jahre; dann eroberte Ibn Raschid, das Haupt des Hauses der Raschiden, El Riad, die Hauptstadt des Nedsch. Nun waren die Schammar Herren des inneren Arabien: es ist jener Beduinenstamm, dem, wie man sich mit einigem Schmunzeln erinnern wird, unser Jugendfreund Karl May seine besondere Liebe geschenkt hat.

Die Familie Saud war nach Koweit geflüchtet. Dort lebte nun Abdurrachman, der Vater Ibn Sauds, unter dem Schutze des Emirs von Koweit, hinter dem wiederum der türkische Gouverneur stand, in dessen Spiel die Dynastie Saud eine Karte gegen die Dynastie Raschid bedeutete. Aber der junge Ibn Saud brauchte die Türken nicht. In einem überaus kühnen Handstreich mit zwei Dutzend Freunden eroberte der Zwanzigjährige im Jahre 1900 El Riad, die Residenz seiner Väter, zurück, und nun konnte auch der alte Vater zurückkehren. Aber ihn gelüstete es nicht mehr nach weltlichem Ruhm; er war fromm und las lieber den Koran, als Verhandlungen und das Schwert zu führen. Er setzte Ibn Saud als seinen Vertreter ein.

Der Weg zur Macht

Die folgenden Jahre sind ausgefüllt mit vielerlei Stammesfehden — das übliche Bild im arabischen Beduinenraum. Aber 1913 greift Ibn Saud in die Weltpolitik ein: er erobert die türkische Provinz Hasa, die freilich nicht stark verteidigt wird, da dem Sultan in jenen Jahren Tripolis und der Balkan auch politisch näher lagen als der Persische Golf. Aber hiermit kommt Ibn Saud in die Sphäre britischer Interessen. Dann brach der Weltkrieg aus. Ibn Saud bleibt neutral: liefert Kamele und Datteln nach beiden Seiten, wird reich — und wartet ab; tröstet den türkischen Unterhändler und tröstet ebenso St. John Philby, der nach Riad kommt, sich dort häuslich niederläßt und später ein sehr interessantes Buch darüber schreibt. Es kommt das Ende des Weltkrieges, das Ende des Osmanischen Reichs, der Anfang der britischen Herrschaft über Arabien und die Aufteilung nach den Wünschen Londons. Rings um das Reich Ibn Sauds, seit 1921 nennt er sich Sultan, entstehen die Staaten der Dynastie des Scherifs Hussein: im Hedschas regiert der Vater Hussein, in Transjordanien sein Sohn Abdullah, in Syrien und dann im Irak sein Sohn

Feissal I. Im Süden Arabiens erweitert England seinen Stützpunkt Aden über Hadramaut bis hinüber zum Golf von Iran. Ibn Saud wird als Herr über Nedsch und Hasa anerkannt.

Aber das genügte seinem Ehrgeiz nicht. Doch klug stellte er seine Wünsche zurück, klüger als seine konfessionell aufgepeitschten Wahhabiten, die ihn zum Feldzug treiben wollten gegen den ketzerischen Hussein, der sich stolz, aber nicht anerkannt, König der Araber nannte. Zuerst unterwarf Ibn Saud die Schammar endgültig; erweiterte seine Macht nach Norden bis ins Wadi Sirhan. Das war in den ersten Jahren nach dem Weltkrieg. Dann besetzte er den nördlichen Teil des Hochlandes von Asir. Und dann, 1924, holte Ibn Saud zum Schlag gegen Hussein aus, nachdem er militärisch und propagandistisch seine Aktion gut vorbereitet hatte: die besten Trümpfe spielte ihm der eitle und geldgierige Hussein selbst in die Hand. Als Mekka sich ergab, zog Ibn Saud im schlichten Pilgergewand in der Heiligen Stadt ein, während Hussein auf seiner Privatjacht mit einigen Dutzend Kisten Gold und Juwelen nach Zypern fuhr, um dort als politischer Rentier seinen Lebensabend zu verbringen. Ein Jahr später fiel auch Medina. Zwei Jahre später berichtigte Ibn Saud auch noch seine südliche Grenze im Hochland von Asir gegen Jemen.

Nun reichte das Reich Ibn Sauds vom Roten Meer bis zum Persischen Golf, von Transjordanien, wo er freilich unter englischem Druck den Hafen von Akaba räumen und ferner einen Korridor zum Irak — den Ölkorridor — genehmigen mußte, bis hinunter zum Jemen: aber diese südliche Grenze, hinter der das Arabia felix der Antike lag, schien Ibn Saud noch ein Schönheitsfehler zu sein. Doch auch hier ließ er sich Zeit. So temperamentvoll Ibn Saud zuweilen sein konnte, in politischen Dingen war er von ebenso unarabischer Nüchternheit, wie er infolge seiner außergewöhnlichen Größe, fast zwei Meter, aus der Art seiner Rasse geschlagen erscheint.

Im Netz der Weltpolitik

Auch den Marsch gegen Jemen bereitete Ibn Saud diplomatisch vor, und zwar nun mit den europäischen Großmächten. Mittlerweile war Ibn Saud in das Gefüge der Weltpolitik eingetreten: mit England, das ihm noch 1917 ein Protektorat als Emir von Nedsch angeboten hatte, schloß er 1927 als König einen „Freundschaftspakt“, in welchem seine Souveränität über Zentralarabien anerkannt wurde; aber 1932 zögerte er nicht, auch mit Italien ein ähnliches Abkommen zu treffen, denn das sah man in Djidda genau, daß da drüben am anderen Ufer des Roten Meeres, in Massaua, sich allerlei vorbereitete. Im Juni 1935, kurz bevor der abessinisch-italienische Krieg ausbrach, folgte der Kronprinz von Saudi-Arabien einer Einladung des Königs von Italien nach Rom.

Aber auch mit den neuen arabischen Staaten waren die Beziehungen im Laufe der letzten Jahre besser geworden und geordnet. Schon 1926 hatte die Türkei im Irakabkommen erklärt, daß sie kein Interesse an den arabischen Teilen des ehemaligen Osmanenreiches habe. 1930 traf Ibn Saud mit König Feissal vom Irak zusammen — im Persischen Golf auf einem englischen Kriegsschiff. 1933 kam zwischen Saudi-Arabien und Transjordanien ein Vertrag zustande. 1936 folgte endlich das längst erwartete und enge Bündnis mit dem Irak. Ebenso wurden in jenen Jahren noch weitere saudistische Abkommen mit Syrien und Ägypten abgeschlossen — im vielverschlungenen Netz der vorderasiatischen Pakte ist auch Saudi-Arabien verstrickt: wie weit oder wie eng die Maschen sind, wird freilich erst die, vielleicht sehr nahe Zukunft zeigen.

Wo alles die Freundschaft Ibn Sauds begehrte, durfte selbstverständlich England nicht feh-

len. Die britische Regierung schickte im Frühjahr 1938 den Herzog von Athlone, den Bruder der Königinmutter, zu Ibn Saud. Der hohe Herr kam sogar in Begleitung seiner Gemahlin, und es geschah, daß eine hochfeudale englische Lady zu Ehren eines arabischen Fürsten die arabische Tracht mit dem Frauenschleier anlegte. Hinter dieser britischen Maskierung steckte der Wille, Ibn Saud zum Verbündeten für den kommenden Krieg im Nahen Osten zu machen. Aber Ibn Saud tat wie einst im Weltkrieg: er sagte nicht ja, er sagte nicht nein — er wartet ab. Vielleicht hat der kluge Araber sehr bald danach gelächelt, als er den 6. Artikel der dritten Anlage des etwa zur gleichen Zeit abgeschlossenen, heute freilich nur noch historischen „Oster-Abkommens“ zwischen England und Italien las, in dem es, wenn man von den diplomatischen Verkläuserungen absieht, heißt: England hat freie Hand in Arabien und kann, wenn nötig, „die Schritte unternehmen, die notwendig sind zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zur Entwicklung des Landes.“

Man wird verstehen, daß Ibn Saud im Jahre 1939 nicht daran dachte, seine Neutralität aufzugeben: und daß seine Haltung nicht ohne Wirkung auf die Haltung der anderen arabischen Staaten war. Ebensowenig wird man sich wundern, daß darauf 1940 ein Attentat fällig wurde, hinter dem der Secret service stand.

Kämpfer, Siedler und der Koran

Wenn man sich fragt, durch welche Methoden es Ibn Saud gelang, vom kleinen Wüstenscheich eines Beduinenstamms zum König eines unabhängigen Arabien in so verhältnismäßig kurzer Zeit aufzusteigen, so wird man neben seiner politischen Klugheit, welche die innerarabischen Verhältnisse und die Lagerung der Interessen der europäischen Großmächte zu benützen wußte, vor allem sein unarabisches organisatorisches Talent bewundern müssen.

Die Grundlage der Macht Ibn Sauds ist religiös bedingt. Nicht im Sinne einer historischen Autorität, wie sie etwa die Scherifs als Abkömmlinge Mohammeds besitzen, sondern in der Art, wie Ibn Saud aus dem religiösen Fanatismus des strengen, asketischen und unduldsamen Wahhabitentums das Instrument einer disziplinierten, wenigstens für arabische Begriffe überaus disziplinierten Gefolgschaft geformt hat.

Der Islam ist keine konfessionelle Einheit: die Gegensätze der einzelnen Richtungen, der Schiiten, Sunniten und ihrer Abarten, wie etwa der Wahhabiten, sind nicht minder groß wie jene innerhalb des Christentums — und auch heute noch nicht weniger politisch wesentlich, als dies im abendländischen Mittelalter für die christliche Politik der Fürsten und Päpste der Fall war. Aber Ibn Saud war vielleicht der erste Araber, der erkannte, daß heute nur durch einheitliche Organisation ein politisches Ziel erreicht werden könne: und die Grundlage einer solchen Organisation konnte in Arabien nur eine religiöse sein. Sie nur war stärker oder konnte stärker gemacht werden als Stammesfehden und Blutrache und beduinenhafte Raublust. Deshalb gründete er gleich nach seinen ersten innerarabischen Erfolgen den Orden der „Ichwan“: die Brüder, die Gottesstreiter. Siedelte sie in geschlossenen, zum Teil neu errichteten Ichwandörfern an; aus Nomaden machte er Bauern; aus Räubern Soldaten. Die Tradition des Wahhabismus wahrte er als Imam; es war nicht immer leicht, den Ulemas und den eifervollen Gelehrten des Koran manche moderne, wehrpolitisch wichtige Einrichtung begreiflich zu machen. Aber wenn seine Ichwan auch manchmal murrten, wenn selbst manche revoltierten — Ibn Saud machte dann kurzen Prozeß —, im entscheidenden Fall hatte er sie doch in seiner Hand. Dann zogen sie als politisch-religiöse Propagandisten in die Oasen, Dörfer,

Städte Arabiens, verkündeten, daß der Koran nicht die Stammesfehden, sondern die islamische Einigkeit gebiete, daß Ackerbau im Paradies mehr belohnt werde als räuberische Heldentaten, und daß Blutrache verboten sei. Wenn dann der Ruf zum Krieg erging, eilten die „Brüder“ in geschlossenen, ausgebildeten Verbänden herbei: und ihr Krieg war zugleich ein „Heiliger Krieg“. Der Kampf gegen Hussein, gegen den Hedschas, war eine Befreiung der Heiligen Städte von der Sünde eines verdorbenen, götzendienerischen Schafitentums: genau so hätten Sendboten Luthers, Zwinglis und vor allem Calvins zum heiligen Krieg gegen das papistische Rom aufrufen können.

Aber um andererseits moderne, europäische, also ketzerische Reformen einführen zu können, bedurfte es Ibn Sauds ganzer Klugheit: bevor er Radiostationen errichtete, bevor er seine Polizei, seine Truppen, den Pilgerverkehr motorisierte, Flugzeuge anschaffte, befragte er die Ulemans, ob der Koran das erlaube. Die Schriftgelehrten stritten sich, wie einst die Theologen der Reformationszeit um das Abendmahl, und einmal mußte Ibn Saud sogar auf ihr befehlendes Gutachten hin Funkanlagen wieder abreißen lassen. In Ibn Sauds Reich ist vieles verboten: weltliche, vor allem europäische Tänze, Musik, das Tragen seidener Kleider, Tabak, das Gold, sogar das Schachspiel, von Schweinefleisch und Wein ganz zu schweigen. Maßstab allen Rechtes und allen Unrechts ist der Koran.

Eines vor allem schuf Ibn Saud in seinem Reich, das Arabien bis dahin nicht kannte: Sicherheit. Mit der räuberischen Beduinenromantik ist es im Bereich seiner Macht vorbei. Seine motorisierte Polizei, mit Funkapparaten ausgerüstet, räumte mit allen Räubereien auf. Über die ganze Wüste wurden Radiostationen verteilt. Überall gibt es Schulen. In den Städten werden Kliniken errichtet. Wanderapotheken fahren von Oase zu Oase. 1930 schon verkehrten zwischen dem Hafen Djidda und Mekka 1500 Kraftwagen. Für die Pilger gibt es modernste Autobusse und für ihr Gepäck Frachttarife. Überall sind Wasserstationen angelegt. Das Heer Ibn Sauds ist motorisiert, mit Panzerwagen und Flugzeugen. Die Städte werden kanalisiert — aber der Besuch der Moschee ist Staatspflicht.

Siedlungen entstehen, mit Artesischen Brunnen, Stauanlagen, Kanälen, um dem an sich anbaufähigen Boden die in tropischen Räumen so notwendige Feuchtigkeit zuzuführen, während das Wüsten- und Steppengebiet mit seinen Nomaden als eine Provinz für sich verwaltet wird. Nur soweit es möglich ist und sinnvoll erscheint, werden die Beduinen zu sesshaften Viehzüchtern und Bauern umgeschult. Auch das soziale Leben ist geordnet. Und die Standard Oil gräbt nach Erdöl, und andere Gesellschaften schürfen nach Erz und Gold.

Das alles ist das Werk eines einzigen Mannes; eines Arabers, der seit vierzig Jahren nichts kennt als Arbeit, der Asket sein kann, der mit ein paar Stunden Schlaf auskommt, der zwei Schreibern diktiert, während er sich mit einem Gast unterhält — und daneben doch noch Zeit hatte, siebzig Frauen zu heiraten, aber streng nach dem Koran nie mehr als vier gleichzeitig besaß! Unerhört großzügig ist seine Gastfreundschaft. Aber in allen wichtigen und selbst in unwichtigen Dingen behält sich Ibn Saud stets die letzte Entscheidung vor: „Es gibt“, so sagte er einmal, „gewisse Grund- und Erbzüge, welche die Kraft meines Volkes ausmachen. Wenn neue Gedanken auftreten, prüfe ich sie am Koran. Dann entscheide ich, ob sie meinem Volk schaden können oder nicht.“ Und daneben steht sein noch stolzeres Wort: „Ich allein vermag das heilige Land des Islam zu regieren und es als freien Staat zu erhalten.“

A. H. MANZ

Kolumbien — Objekt der USA.-Politik

Das geopolitisch so wichtige Land Kolumbien steht, seitdem in Europa der Krieg ausgebrochen ist, in den Betrachtungen und in den Handlungen Nordamerikas an erster Stelle. Mit seinen strategisch außerordentlich günstig gelegenen Häfen und Inseln am Südrand der Karibischen See (des Mittelmeers der „Westlichen Hemisphäre“) liegt Kolumbien seit Ausbruch dieses Krieges im Feuer einer politischen und wirtschaftlichen Offensive seitens der USA. Sie läßt interessante Schlüsse über die Haltung und die Zukunftspläne der verantwortlichen Stellen in Washington zu.

Die Luftentfernung vom äußersten Nordzipfel Kolumbiens bis zum Panamakanal beträgt nur 300 km. Die theoretisch damit gegebene Möglichkeit eines Luftangriffs auf ihn ist durch die Erfolge der deutschen Luftwaffe im Fernkrieg in das Blickfeld aller interessierten Stellen gerückt. Daher erklärt es sich, daß Washington durch Vermittlung der Panamerican Airways sich zu Beginn des Jahres 1940 die Kontrolle über den kolumbianischen Flugverkehr zu verschaffen wußte; als erstes kündigte sie allen deutschen Piloten, die diese Linien bedienten und zum Teil seit über 20 Jahren beflogen, aus dem Flugzeug heraus. Die Regierung Kolumbiens förderte diesen Handstreich unter dem Motto: „Nationalisierung“ mit allen Mitteln. Über dem Geschrei der Zeitungen anläßlich dieser Maßnahme vergaß man die Tätigkeit der deutschen Piloten im Dienste der kolumbianischen Armee als Kriessflieger während des Konfliktes mit Peru. Heute steht der gesamte Zivilflugverkehr unter der Kontrolle der USA., 90% aller Flugzeugführer sind Nordamerikaner.

Mit dieser Maßnahme zeigte sich zum erstenmal der breiten Öffentlichkeit die Tatsache, daß die leitenden Politiker Kolumbiens den Wünschen der nordamerikanischen Regierung nicht nur Gehör schenken oder Vorschub leisten — sie werden offen unterstützt. Gleichzeitig setzte ein Hetzfeldzug gegen alles Deutsche ein, vor allem auch gegen die deutschen Erfolge auf den Schlachtfeldern Europas. Von der englisch-amerikanischen Propaganda wurde das Schlagwort von der „Fünften Kolonne“ begeistert übernommen; es fand seine Krönung, als man den Angehörigen der Achsenmächte die Fensterscheiben einwarf. Anschließend erfolgte eine Erklärung des Präsidenten der Republik, daß Kolumbien in diesem Kriege nicht gleichgültig beiseitestehen könne, noch wolle, noch werde. Die anschließenden Maßnahmen der Regierung, wie etwa die Durchpeitschung der 50-Millionen-Anleihe durch den Kongreß oder die Unterzeichnung des Kaffee-Quotenpaktes, vervollständigten eine Reihe von politischen Tatsachen, die im ganzen nur den einen Zweck hatten: die südamerikanischen Länder immer fester in das Netz der nordamerikanischen Zwecke zu verstricken.

Für uns ist an all diesen Erscheinungen zweifellos die Haltung der Regierung besonders interessant. Für den Unbefangenen liegt offen zutage, daß sich die oben nur kurz skizzierten Bestrebungen in erschreckender Weise gegen die nationalen und wirtschaftlichen Interessen des Landes richten. Trotzdem hat der Präsident Santos (ein ehemaliger Periodist) durch die von ihm beherrschte Presse in Hetz-

artikeln der breiten Masse diese Politik des Sichaufgebens und Auslieferns an die USA. nicht nur mundgerecht gemacht, sondern als eigene Meinung aufzudrängen verstanden. Die dünne Intelligenzschicht hat dieses Spiel von vornherein durchschaut und auch dagegen Stellung genommen. Sie hat inzwischen eingesehen, daß sie machtlos ist. Ein Teil von ihr hat es daraufhin in echt demokratischer Weise verstanden, die gebotene Gelegenheit geschäftlich auszunutzen. Das Volk wird durch eine in jeder Weise jüdische Form der Pressebehandlung verdummt. Der gesamte Nachrichtendienst wird kommentarlos fast ausschließlich von den USA. übernommen.

Man verschließt die Augen vor der Wirklichkeit und gibt sich der Illusion hin, es sei bereits eine erfolgreiche Außenpolitik, wenn der Name Kolumbiens irgendwo in der Welt genannt wird. Im Versuch, Prestigepolitik zu treiben, übersieht man den sich immer stärker herandrängenden Nordamerikaner, übersieht die Anwesenheit der von Tag zu Tag sich mehrenden Offiziere der Nordamerikanischen Armee.

Zur Vervollständigung des Bildes seien zwei ruhiger abwägende Erklärungen angefügt, von denen die eine aus der Feder eines führenden Politikers, die andere aus einer Tageszeitung von Bogotá stammt:

„Der Panamakanal gehört nicht uns; im Gegenteil, diese Landzunge ist für uns mit einer traurigen Erinnerung verbunden. (Sie ist früheres kolumbianisches Gebiet, das die USA. ‚gekauft‘ haben. Die Schriftleitung.) Deshalb haben wir an sich kein Interesse daran, die Ruhe gerade dieses Raumes mit einem Kräfteaufwand zu verteidigen, der sich vordrängt. Es könnte sich jedoch der Fall ergeben, daß der Panamakanal zum Angriffs- oder Verteidigungsobjekt der kriegführenden Mächte wird. (Man beachte, daß die Vereinigten Staaten hier bereits als kriegführende Macht betrachtet werden. Die Schriftleitung.) Wenn man unter militärischen Gesichtspunkten unsere unmittelbare Nachbarschaft zur Kanalzone und die besonderen Raumgegebenheiten bedenkt, ergibt sich unmittelbar der Schluß: Ein Angriff auf den Panamakanal würde den Verlust unserer Unabhängigkeit bedeuten.“

„Wir wollen nicht in tendenziöser Weise Alarm machen, wir halten uns ausschließlich an historische Tatsachen, an Tatsachen, die man nicht zu politischen Zwecken verdrehen kann. Aber gerade deshalb sehen wir die Einmischung der Vereinigten Staaten in den europäischen Konflikt mit ihren letzten Ereignissen als außerordentlich schwerwiegend für Kolumbien an. Das ist keine persönliche Meinung; wir versuchen uns vielmehr zum Sprecher dessen zu machen, was die ganze Welt empfindet und denkt, wenn sie die neuesten Kabelnachrichten liest, und wenn sie sie in Zusammenhang bringt mit den kürzlichen Veröffentlichungen über die Art, wie die Regierungen Kolumbiens und der Vereinigten Staaten den Begriff militärische Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu verstehen scheinen.

Wir müssen immer und immer wieder wiederholen, daß die Hilfe der Vereinigten Staaten an die kriegführenden Länder gegen die Achsenmächte, daß die Beschlagnahme der Handelsschiffe dieser Länder in den nordamerikanischen Häfen die Möglichkeit einer unmittelbaren Einmischung in den europäischen Krieg für den ganzen Kontinent in schwindelerregender Weise näher bringt. Wir fürchten uns auch nicht, unserer Überzeugung Ausdruck zu geben, daß Kolumbien, wenn die Dinge zum Äußersten treiben, nur zwischen zwei Möglichkeiten zu wählen hat: Entweder können sie mit den Vereinigten Staaten einen Vertrag über die militärische Zusammenarbeit jetzt schon ausarbeiten, der die Einzelheiten dieser Zusammen-

arbeit regelt und im ganzen im Rahmen des internationalen Rechtes das Ergebnis eines souveränen Entschlusses sein kann. Oder Kolumbien muß es sich gefallen lassen, daß ihm die militärische Zusammenarbeit, ihre Formen und ihre Grenzen von einem Tag zum andern als Folge irgendeiner Tatsache aufgezwungen werden, die außerhalb des Bereichs von unserem Willen und unserer Kontrolle liegt.“

Bogotá, Anfang April 1941.

KARL HALDERWANG

„Anschlußfragen“ in Südamerika

Eine der beliebtesten und verbreitetsten politischen Fiktionen in beiden amerikanischen Kontinenten ist die, daß die heutige politische Aufteilung endgültig, vor allem, daß die bunte politische Karte Südamerikas für immer gezeichnet sei. Ereignisse des vergangenen Jahres haben gezeigt, daß aber doch Veränderungen in der Gebietsaufteilung vorkommen, wenn auch bisher mit vertraglichen Mitteln. Die beginnende Aufsaugung Kanadas durch die USA., die Abtretung von englischen Stützpunkten an die USA. sind solche Vorgänge in Nordamerika. In Südamerika hat der Chaco-Krieg gezeigt, daß die südamerikanische These: „Kriegerische Eroberung gibt kein Recht“ durchaus nicht verhindert, daß ein Staat den anderen durch kriegerische Mittel zur Herstellung eines neuen Rechtszustandes zwingt; und das dauernde politische Wetterleuchten an der Amazonasgrenze zwischen Perú, Ekuador und Kolumbien zeigt, daß auch hier noch Gebietsfragen zu bereinigen sind. Auch das Schicksal der drei Guayana ist durchaus noch ungewiß; mehrere Nachbarn und andere Interessenten zeichnen bereits Anschluß- und Aufteilungskarten.

Rund um Argentinien sind ebenfalls verschiedene „Anschlußfragen“ bzw. „Wiederanschlußfragen“ mehr oder weniger brennend.

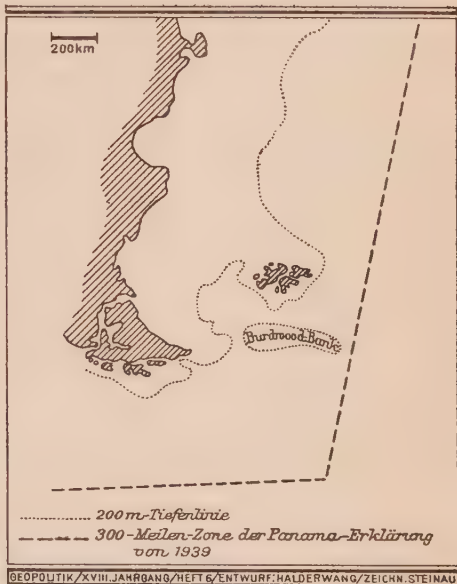
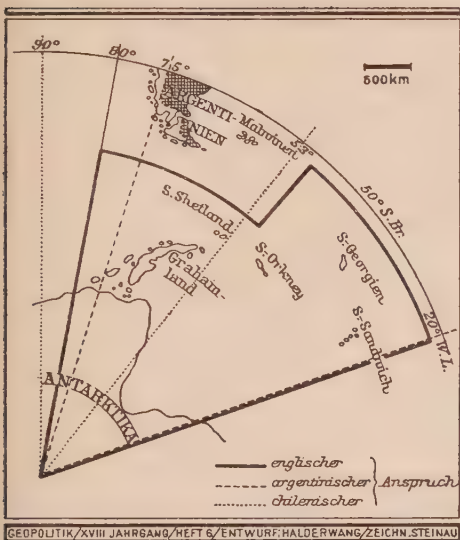
Zur Zeit wird — vorläufig theoretisch, aber doch unter Einrechnung der möglichen Folgen des Krieges gegen England — zwischen Argentinien und Chile die Aufteilung eines Sektors der Antarktis diskutiert. Das fragliche Gebiet befindet sich freilich als Falkland-Dependency seit 1917 unter englischer Verwaltung. Dieser englische Südpolausschnitt reicht von 20° bis 80° w. L. Bereits 1935 haben argentinische halbamtliche Kreise Ansprüche auf einen Antarktis-Ausschnitt angemeldet, der ungefähr der südlichen Verlängerung Argentinien auf dem Gradnetz entspricht (etwa 20°—75° w. L.). Nun hat Chile im November 1940 in einer amtlichen Verlautbarung seines Außenministeriums mitgeteilt, welchen Ausschnitt es für sich bei der Aufteilung der Antarktis beansprucht. Der Sektor reicht von 53° bis 90° w. L. Chile führt für seine Abgrenzung eine Reihe von geographischen und geschichtlichen Gründen an. Unter ihnen scheinen besonders gewichtig die Behauptungen, daß der Südantillenbogen und Grahamland die Fortsetzung der chilenischen Küstenkordillere seien, daß chilenische Walfänger seit Jahrzehnten in dem fraglichen Gebiet arbeiten, daß chilenische Expeditionen in das Gebiet unternommen worden sind. Natürlich wird die Aufteilung der Arktis durch die Anliegerstaaten als Präzedenzfall und Vorbild angeführt, und im Hintergrunde mag wohl der Wunsch mitgewirkt haben, die Umfassung Südamerikas von Süden her

durch England und die USA. (Little America!) abzudrosseln. In Argentinien hat die chilenische Erklärung eine spontane Erregung hervorgerufen, da sie ganz überraschend auch die Gebiete beanspruchte, in deren zukünftigem Besitz sich Argentinien bereits ganz sicher fühlte. Eine Gegenerklärung Argentiniens legte die eigenen Ansprüche fest; sie überschneiden sich natürlich sowohl mit dem englischen wie mit dem theoretischen chilenischen Sektor. Die Begründungen Argentiniens lauten freilich ganz ähnlich wie die chilenischen; Argentinien unterhält sogar seit 1904 eine Wetterstation auf den Süd-Orkney-Inseln (ungehindert innerhalb der englischen Falkland-Dependency!). Auch argentinische Expeditionen haben das antarktische Festland erreicht, und ob der Südantillenbogen die Fortsetzung der pazifischen Küstenkordillere oder der Hauptkordillere oder keines von beiden ist, ist durchaus noch nicht ausgemacht, wenn sich auch natürlich auf der Karte sehr schön geschwungene Bögen von Feuerland nach Grahamland zeichnen lassen. Jeder geographische und geschichtliche Kongreß in Argentinien schließt seither die Behandlung antarktischer Fragen in sein Programm ein. Eine argentinisch-chilenische Kommission arbeitet zur Zeit an der Abgrenzung der beiderseitigen Ansprüche, da die internationale Besprechung dieser und anderer Fragen auf dem geplanten antarktischen Kongreß in Bergen infolge der kriegesischen Ereignisse in Europa unterbleiben mußte; — die Entscheidung über die Besitznahme wird freilich in Europa fallen (Karte 1).

In ähnlicher Lage befindet sich Argentinien mit seinen Ansprüchen auf Rückgabe der Malvinen-Falkland-Inseln. Die Inselgruppe hatte bei ihrer Besitznahme 1833 durch England bereits eine wechselvolle politische Geschichte hinter sich. Sie wurde mit Sicherheit entdeckt 1597 durch Holländer, erhielt 1706 ihren Namen Malvinen durch französische Matrosen aus Saint Malo, wurde 1764 durch Bougainville mit französischen Siedlern besetzt, 1765 von England zum erstenmal besetzt, 1767 von Frankreich und 1774 von England an Spanien abgetreten. Argentinien übernahm die Inseln 1820 als Rechtsnachfolger des spanischen Vizekönigreichs La Plata. Seit 1833 sendet Argentinien alljährlich einen Protest nach England, um seine Ansprüche aufrechtzuerhalten, es betrachtet die auf den Inseln geborenen Männer als wehrpflichtige argentinische Staatsbürger, sendet wissenschaftliche Expeditionen dorthin. Auf der Panamakonzferenz 1939, welche die 300-Meilen-Zone um die beiden Amerika legte, wurde durch eine argentinische Zusatzerklärung die Malvinengruppe ausdrücklich als zum argentinischen Staatsgebiet gehörig bezeichnet. Allerdings hindert diese Erklärung die englische Flotte nicht, sich innerhalb „argentinischen Hoheitsgebietes“ ungestört und ohne Protest zu bewegen und sich in den „Stützpunkten“ Montevideo und Buenos Aires mit Nahrungsmitteln und Feuerung zu versehen. Außer den geschichtlichen Ansprüchen auf die Inseln, welche Argentinien als Erbe des spanischen Kolonialreiches in diesem Teile Südamerikas anführt, macht es auch geographische Gründe geltend, vor allem den, daß die Inseln auf dem südamerikanischen Festlandsockel im argentinischen Schelfmeer liegen, und daß jene Gebiete schon seit Jahrzehnten zu den Jagdgründen der argentinischen Hochseefischerei und Walfängerei gehören. Wesentlich ist wohl auch die geopolitische Lage der Inseln, früher auf dem Wege zur vielbefahrenen Kap-Hoorn- und Magellan-Straßenroute, heute als Schlüsselstellung für die reichen südatlantischen Walgründe und zum antarktischen Festlande. Doch auch diese „Rückglieder-

„Anschlußfragen“ in Südamerika wird wohl durch die europäische Entwicklung entschieden werden (Karte 2).

Antarktis-Sektor und Malvinen-Inseln sind die beiden amtlich angemeldeten Gebietsansprüche Argentiniens. Außer diesen gibt es aber noch andere Wünsche auf „Wiedervereinigungen“. Allerdings werden sie bisher nur von einer noch wenig einflußreichen, aber dafür um so entschlosseneren und zielbewußteren politischen Gruppe in ihren Werbeschriften verkündet und von nahestehenden Schriftstellern auch in umfangreicheren geschichtlichen und biographischen Werken vertreten. Zum künftigen außenpolitischen Programm des „Movimiento Nacionalista Argen-



Karte 1: Die Ansprüche im südamerikanischen Sektor der Antarktis

Karte 2: Küste, Kontinentalrand und Sicherheitszone in Südargentinien

tino“ gehört die Wiedergewinnung der Gebiete des ehemaligen Vizekönigreiches La Plata, die während der argentinischen Unabhängigkeits- und Einigungskriege an die Nachbarn verloren gingen bzw. sich selbständig gemacht haben. Es handelt sich um das bolivianische Gebiet von Tarija, um Paraguay und Uruguay. Es ist für die Ernsthaftigkeit dieser Pläne kennzeichnend, daß ein in Argentinien so einflußreicher Schriftsteller und für das argentinische Nationalgefühl so richtunggebender Dichter wie Manuel Galvez diese Forderungen vertritt. Für diese Pläne zu einem „Größeren Argentinien“ werden vor allem geschichtliche Begründungen angeführt. Argentinien betrachtet sich als Rechtsnachfolger des 1776 eingerichteten spanischen Vizekönigreiches La Plata. Dieses Verwaltungsgebiet erstreckte sich im Süden theoretisch bis an die Magellanstraße, im übrigen umfaßte es außer der Fläche des heutigen Argentinien noch das Ostufer des La-Plata-Stromes bis an den Südbau der Serra Geral, dazu das Gebiet der ehemaligen Jesuitenreduktionen zwischen den Flüssen Uruguay und Paraguay, und reichte im östlichen Kordillerenvorlande nach

Norden zwischen Tarija und Potosí. Das zwischen Paraguayfluß und Kordillere liegende Gebiet war aber nicht besetzt.

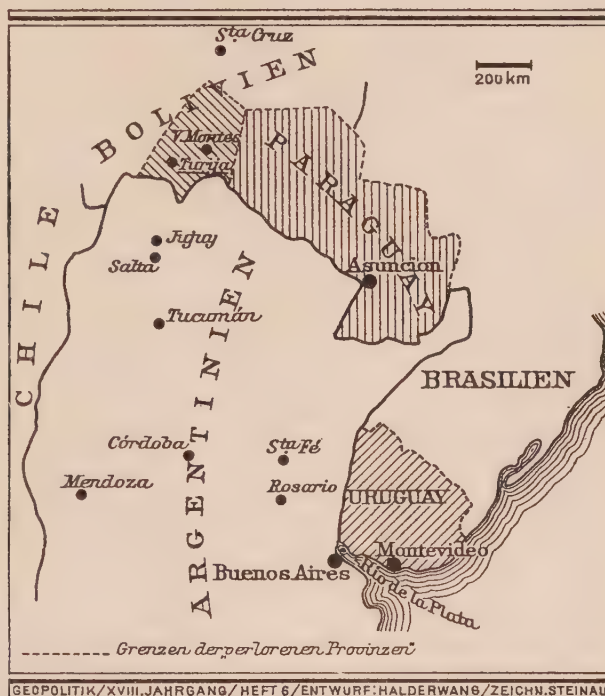
Geographisch gesehen umfaßte so dieses Vizekönigreich fast die Gesamtheit der Landschaftsräume, welche heute den Hauptteil des Staates Argentinien ausmachen. Die Pampa reicht ja über den La-Plata-Strom und den Paranáfluß nach Osten, eben bis an den Südfuß der Serra Geral; es sind dieselben Löß- und Lehmlagerungen, welche die zentrale Pampa bilden, nur öfter durchragt von dem paläozoischen Untergrunde und infolge des feuchteren Klimas stärker gegliedert. Im Nordosten setzen sich die subtropischen Wälder der heutigen argentinischen Provinz Corrientes und des Territoriums Misiones fort in dem Waldgebiet zwischen oberem Paraná und Paraguay. Der gesamte Chaco lag innerhalb der Grenzen des La-Plata-Vizekönigreiches, und im Nordwesten gehörte der östliche Punaschollenrand dazu.

Wie erwähnt, trennten sich die Randgebiete während der argentinischen Befreiungs- und Bürgerkriege von dem Hauptlande ab.

Das Ostufer des La-Plata-Stromes war seit 1810, dem Jahre der argentinischen Freiheitserklärung, strittig zwischen dem jungen Staate und dem portugiesischen Kolonial-Südamerika bzw. dessen Nachfolger, dem Kaiserreich Brasilien. Für den einen Staat handelte es sich darum, die naturgleichen Landschaften auf beiden Seiten des Stromes in einem Staate zusammenzuschließen und die ungeteilte Herrschaft über den Fluß auszuüben — der andere strebte die Macht über einen möglichst großen Teil der südatlantischen Küste an. 1825 schloß sich die „República de la Banda Oriental del Uruguay“, das heißt das „Ostufer“, dem Bunde der „Vereinigten argentinischen Provinzen“ an. Darauf erklärte Brasilien am 10. 12. 1825 an Argentinien den Krieg. Die seestrategisch wichtige Insel Martín García im La-Plata-Strom und der befestigte Hafen Colonia gegenüber von Buenos Aires waren in brasilianischer Hand. Trotzdem gelang es den argentinischen Heeren, den Gegner mehrere Male zu schlagen. Die Einnischung des Auslandes blieb nicht aus: Die englische Regierung wollte verhindern, daß die südamerikanische Küste so oder so zwischen nur zwei Staaten aufgeteilt werde, und vermittelte 1828 den Frieden. Das „Ostufer“ wurde zu der selbständigen „República de la Banda Oriental del Uruguay“. Dieser Kleinstaat ist seither eine „weiche Stelle“ an der Ostküste Südamerikas geblieben. 1840 und 1842—1844 setzten dort Frankreich und England an, um in ihrem Kriege gegen Argentinien einen Stützpunkt zu besitzen, und nur der Hartnäckigkeit des argentinischen Diktators Rosas ist es zu danken, daß Montevideo nicht auch staatsrechtlich ein englischer oder französischer Flottenstützpunkt geworden ist. Der neueste Versuch, an dieser schwachen Stelle Südamerikas anzusetzen, waren die Stützpunktverhandlungen zwischen den USA. und Uruguay, die zu einem Abkommen über politische Zusammenarbeit zwischen Argentinien und seinem Nachbarn geführt haben. Auch ein Handelsvertrag verbindet die beiden Staaten, und durch die La-Plata-Konferenz vom Februar 1941 ist die Zusammenarbeit noch enger geworden. Die argentinische nationalistische Bewegung sieht in Uruguay einerseits die in einer Zeit innerpolitischer Schwäche dem Vaterlande verlorengegangene Provinz, die als Naturgebiet und auch nach der Art und Herkunft ihrer Bevölkerung zu Argentinien gehört, andererseits den Stützpunkt nichtsüdamerikanischer Mächte, der in Friedenszeiten für Argentinien lästig, in Kriegszeiten lebensgefährlich sein kann.

Etwas schwieriger und wohl auch weniger überzeugend liegen die Dinge mit Paraguay. Wenn auch die ehemaligen jesuitischen Reduktionen, die sich vom Uruguayfluß über den Paraná bis in den Winkel zwischen diesem Fluß und dem Rio Paraguay erstreckten, innerhalb des Vizekönigreiches La Plata lagen, so besaßen sie doch eine starke Verwaltungsselbständigkeit, und dieses Sonderungsbestreben hat sich bis weit in das 19. Jahrhundert hinein erhalten und in den verschiedensten Formen geäußert: 1845 in dem Verlangen einer Abtretung argentinischen Gebietes an Paraguay, dann in den Absichten, aus dem Lande und den südlich anschließenden argentinischen Gebieten einen Zwischenstromstaat zu bilden, schließlich unter

dem Diktator Lopez (Sohn) 1865 in den Plänen zu einem „Groß-Paraguay“, das die argentinischen Provinzen Corrientes und Entre Ríos, Uruguay und den brasilianischen Staat Rio Grande do Sul umfassen sollte. Der argentinische Staatsmann Rosas (1835—1852) hat den paraguayischen Staat nie anerkannt, da er ihn wegen seiner übertriebenen Binnenlage für lebensunfähig hielt, und betrachtete ihn immer als argentinische Provinz, welche dem Staate wieder einverleibt werden müsse. Doch hat das Land, gefestigt durch drei aufeinanderfolgende Diktatoren (Francia 1811 bis 1840, Lopez Vater 1840—1862, Lopez Sohn 1862—1870) dem Dreibund Argentinien-Brasilien-Uruguay fünf Jahre lang (1865—1870) Widerstand leisten können.



Karte 3: Die „verlorenen Provinzen“ Uruguay, Paraguay und Tarija

Trotz der dem Land durch die Siegerstaaten aufgezwungenen wesensfremden demokratischen Regierungsform hat das Volk ein außerordentlich starkes Selbstgefühl entwickelt. Es wurde sicher besonders gefestigt durch die in Paraguay im Unterschied zu andern Staaten Südamerikas fast vollkommen erreichte völkische Einheitlichkeit: der Mischungsausgleich zwischen dem indianischen Hauptbestandteil und der geringen europäischen Einwanderung ist beinahe erreicht, die weiße Oberschicht ist anteilmäßig noch geringer als in anderen südamerikanischen Staaten. Der erfolgreich beendete Chaco-Krieg hat das Gefühl von dem Eigenwert in Paraguay selbstverständlich noch gesteigert.

Allerdings läßt sich eine starke Abhängigkeit des Staates von Argentinien nicht leugnen. Im Verkehr mit der Außenwelt ist das Land auf die argentinische Schiff-

fahrt auf dem argentinischen Paranástrom und auf die brasilianische Transkontinentbahn angewiesen; seine Haupterzeugnisse Yerba und Apfelsinen brauchen den argentinischen Markt; seine Finanzwirtschaft ist von der argentinischen Staatsbank abhängig. Außenpolitisch machte sich das Gewicht Argentiniens geltend in dem Druck, der zur Beendigung des Chaco-Krieges (1937) führte, und in der neuen Grenzziehung zwischen Paraguay und Bolivien, eine Tatsache, die ihren Ausdruck fand in der Verleihung des Friedens-Nobelpreises an den damaligen argentinischen Außenminister Saavedra Lamas.

Die ehemalige Provinz Tarija schied im Jahre 1826 aus dem argentinischen Staatsverbände aus, weil sie mit der innenpolitischen Entwicklung nicht einverstanden war, und schloß sich Bolivien an. Dort herrschte der Marschall Santa Cruz, der Perú unterwarf, in seinem Lande gewalttätig Ordnung schuf, und der dann 1837 in der Richtung nach Süden vorstoßen wollte, um die argentinischen Provinzen Salta und Tucumán einzuverleiben. Zugleich verwickelte er sein Land in einen Krieg mit Chile. Der Konflikt mit Argentinien führte zu einigen Treffen, in denen die Bolivianer geschlagen wurden, doch blieb das Gebiet von Tarija bei Bolivien.

Sowohl das Vordringen Sucre nach Süden wie die Rückgliederungsbestrebungen Argentiniens sind geographisch verständlich. Es handelt sich um ein Gebirgsland, dessen Täler und Ketten nordnordöstlich ziehen, die östlichen Randschollen der Puna. Am Anconquijagebirge in Argentinien beginnt die eigentümliche, klimabedingte einheitliche Pflanzenwelt dieses Gebietes: subtropische Regenwälder bedecken die Ostflanken der Gebirge, Trockenwald und Strauchsteppe die Westhänge. Die Entwässerung richtet sich nach Osten, doch nur der Pilcomayofluß kann den trockenen Chaco ganz durchqueren. So liefern die geographischen Verhältnisse Begründungen für beide Parteien.

Die Ausdehnung des argentinischen Einflusses in dem Tarijagebiet ist heute unbestreitbar. Durch Vertrag vom 3. 4. 1940 übertrug Bolivien dem argentinischen Staat den Bau eines Bahnnetzes, das von Yacuiba aus über Villa Montes bis Santa Cruz und Sucre reichen und das dort erschlossene bolivianische Petroleumgebiet mit den südlich anschließenden argentinischen Feldern verbinden soll. Auch eine Ölleitung nach dem argentinischen Erdölzentrum Orán ist geplant. So wird dieses künftige bolivianische Petroleumgebiet eng mit dem schon hoch entwickelten argentinischen Industriezentrum verbunden; die nordsüdliche Verkehrsrichtung wird noch stärker als bisher betont werden, da der Ost-West-Verkehr infolge der Geländeschwierigkeiten sich vorläufig auf Maultiere und Flugzeuge beschränkt. Auch für anderen wirtschaftlichen Austausch (Zucker aus Tucumán, Getreide, Vieh!) ergeben sich mit diesen Bahnplänen für Argentinien neue, große Möglichkeiten.

Für Bolivien freilich würde diese Entwicklung eine weitere empfindliche Zerstückelung des Staates bedeuten, der aus unverbundenen Naturgebieten besteht, vorwiegend durch persönlichen Ehrgeiz während der südamerikanischen Unabhängigkeitskriege geschaffen wurde und dem der Inka-Abkömmling Marschall Santa Cruz die Macht und Ausdehnung des Inkastaates um 1480 geben wollte. Im „Salpeterkrieg“ (1879—1884) verlor der Staat seinen pazifischen Küstenstreifen an Chile und Perú, der Grenzvertrag von 1915 mit Argentinien beschränkte seine südlichen Ausdehnungsmöglichkeiten; der Chacofriede von 1937 beschnitt seine südöstlichen Wachstumswünsche zugunsten Paraguays (Karte 3).

Sieht man das Ganze dieses argentinischen Anschluß- und Wiederanschlußprogramms, so beeindruckt vor allem der Unterschied gegenüber den üblichen bisherigen und gegenwärtigen amtlichen Äußerungen, die auf Erhaltung des augenblicklichen Zustandes hinauslaufen. In diesen aktiven außenpolitischen Plänen ist die Dynamik eines neuen, leidenschaftlichen argentinischen Nationalgefühls spürbar. Es will das Vaterland befreit sehen von den Folgen der angelsächsischen Einmischung in die südamerikanischen Angelegenheiten und von den Fesseln, die ihm der angelsächsische Kapitalismus auferlegt hat, indem er das Land wirtschaftlich zu einem Versorger und zugleich Vasallen des Weltmarktes entwickelte; es will ein „Größeres Argentinien“ als Nachfolger des Vizekönigreiches La Plata und als Gegengewicht zu dem großen südamerikanischen Nebenbuhler Brasilien, der im vergangenen Jahrhundert sich mehrmals zum Nachteil Argentinien mit auswärtigen Mächten und innerpolitischen Parteien verbündet hat und dessen heutige Stärke unter einer diktatorischen Regierung mit Neid beobachtet wird. Überhaupt: Argentinien soll die ihm als Staat zukommende Stelle erringen.

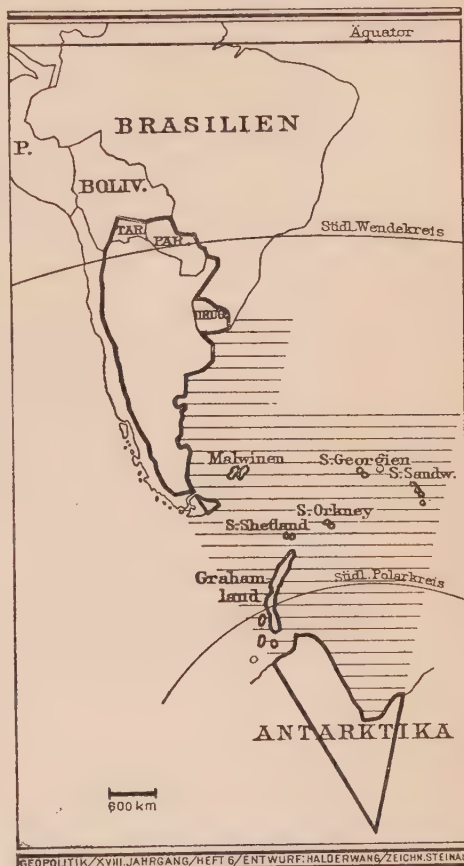
Als abgeschlossene Tatsache würde sich folgendes Bild ergeben:

Naturgebiete, die heute nur teilweise zum argentinischen Staatsbereich gehören, werden vollständig in diesen einbezogen: die ganze Pampa, der ganze Chaco und der östliche Puna-schollenrand.

Uruguay würde das herrschende Bevölkerungselement Argentinien durch seine 2,1 Millionen Menschen verstärken; Paraguay brächte ein Mischvolk ähnlich dem im nördlichen Corrientes; die Indianer und Mestizen im Tarijagebiet wären anteilmäßig zahlreicher, als sie es heute in den angrenzenden argentinischen Provinzen sind.

Ein pflanzengeographischer Grenzsaum aus Subtropenwald, Trockenwald und Feuchtwald würde dann Argentinien im Norden gegen das Innere Südamerikas abschließen, und ein Grenzsaum farbiger Bevölkerung gegen Brasilien und Bolivien würde ihm dort entsprechen.

Wirtschaftlich brächten diese „Wiederanschlüsse“ im Nordosten die rechtliche Anerkennung einer tatsächlich bestehenden Zusammengehörigkeit, im Nordwesten die Erweiterung des dortigen argentinischen Industriegebietes, im östlichen Pampa-



Karte 4: Das „Größere Argentinien“ und sein atlantisches Hoheitsgebiet

gebiet einen bisher auf den Weltmarkt angewiesenen Erzeuger, dessen Großländereien Siedlungsland für innere Kolonisation böten (Karte 4).

Wie schon mehrfach angedeutet, hängen diese Pläne nicht nur von der künftigen innenpolitischen Entwicklung Argentiniens ab, das heißt davon, ob die junge nationalistische Bewegung zur Herrschaft kommt, sondern auch von den Entwicklungen in Europa und Nordamerika. Auch die argentinische Wirtschaftslage und -struktur müßten sich wesentlich ändern, damit der erneuerte Staat auf die umliegenden Gebiete wirklich auch eine Anziehungskraft ausübt, welche die Aufgabe der halben Unabhängigkeit oder den Wechsel der Staatszugehörigkeit erträglich, erstrebenswert oder ehrenhaft macht. Weiterhin gehört dazu eine gewaltige Änderung der Bevölkerungsentwicklung Argentiniens, damit die „wiedererworbenen Gebiete“ wirklich mit argentinischen Menschen durchdrungen werden können.

Die Vollendung der Pläne brächte ein „Größeres Argentinien“ vom Pol bis an die Tropen, eine wirkliche weiße Großmacht am Südatlantik.

PAUL FRIEDRICH LÜDORF

Angelsächsische Filmoffensive in Latein-Amerika

Schon im Jahre 1938, als unter nordamerikanischer und britischer Führung die psychologische Vorbereitung des Krieges in vollem Gange war, wurde die Vorführung deutscher Spielfilme in den sogenannten „großen“ Lichtspieltheatern von Buenos Aires praktisch unmöglich. Es war um so beachtenswerter, als nunmehr im März dieses Jahres eines der ersten Lichtspielhäuser in Buenos Aires die Aufführung des Ufa-Großfilms „Es war eine rauschende Ballnacht“ ankündigte. Zur Aufführung selbst kam es — wenigstens in diesem Theater — nicht. Nordamerikanische Verleiher forderten die Theaterleitung auf, den deutschen Film unverzüglich vom Spielplan abzusetzen, widrigenfalls kein nordamerikanisches Material mehr zur Verfügung gestellt würde. Mit der gleichen Forderung trat die nordamerikanische und die englische Botschaft an das Lichtspielhaus heran, und zwar mit der Drohung, das Haus andernfalls auf die „schwarze Liste“ zu setzen und durch Einflußnahme auf das anglophile Publikum das Theater nachhaltig zu schädigen.

Dieser Vorfall, der vornehmlich nordamerikanischer Initiative zuzuschreiben ist, enthüllt die große Bedeutung, welche die USA. ihren Filmen als Schrittmacher ihres Imperialismus in Lateinamerika, auch „Politik der guten Nachbarschaft“ genannt, beimessen. Es verlohnt sich, in solchem Zusammenhange sich eines Berichts zu erinnern, den Ende 1940 der Chef der Film-Abteilung im nordamerikanischen Handelsamt, Herr Nathan D. Golden, veröffentlichte.

Er stellt darin zunächst fest, daß Lateinamerika etwa 5400 Lichtspieltheater besitzt. Bis zum Jahre 1939 entfielen 76% der gesamten Vorführzeit auf nordamerikanische Erzeugnisse. Von dem Rest wiederum entfielen 15% auf europäische Filmherzeugnisse. Die Sorge der Nordamerikaner geht dahin, nicht nur den europäischen Anteil an sich zu reißen, der ihnen für die Dauer des Krieges ohnehin größtenteils zufällt, sondern auch die einheimische Produktion der lateinamerikanischen Länder möglichst zurückzudrängen. Im einzelnen werden über die Hauptabsatzländer folgende Feststellungen gemacht:

Argentinien: 1208 Lichtspielhäuser mit 644 322 Sitzplätzen¹⁾. Jahresbedarf etwa 500 Spielfilme. USA.-Anteil 66%, Argentinien 12%, Frankreich (1939) 10%, Rest England und Deutschland. Bevorzugt werden angeblich Abenteuerfilme, historische, romantische Filme, Lustspiele.

Brasilien: 1300 Lichtspielhäuser mit 750 000 Sitzplätzen. Jahresbedarf etwa 500 Spielfilme. USA.-Anteil 57%. Starke Konkurrenz deutscher und französischer Produktionen. Einheimische Konkurrenz rasch anwachsend, brachte 1939 6 Spielfilme heraus.

Chile: 263 Lichtspielhäuser mit 200 000 Sitzplätzen. Jahresbedarf etwa 400 Spielfilme. USA.-Anteil 60%. Mexikanische und argentinische Produktionen bestreiten 16%, französische 12%. Das chilenische Publikum soll angeblich nordamerikanische Spielfilme zu „moralisch und erzieherisch“ (!) finden und französischen Filmen den Vorzug geben.

Kolumbien: 274 Lichtspielhäuser. Jahresbedarf etwa 400 Spielfilme. Hauptsächlich Konkurrenz: Frankreich, Argentinien und Mexiko.

Kuba: 375 Lichtspielhäuser mit 75 000 Sitzplätzen. Jahresbedarf etwa 400 Spielfilme. USA.-Anteil 68%, Argentinien und Mexiko 20%, Frankreich (1939) 6,7%, England 1,4%, Rest (1939) Italien, Deutschland und Rußland.

Mexiko: 1005 Lichtspielhäuser mit 175 000 Sitzplätzen. Jahresbedarf etwa 650 Spielfilme. USA.-Anteil 63%. Mexiko brachte 1939 42 eigene Spielfilme heraus.

In Chile und Kolumbien soll eine starke Nachfrage nach spanisch gesprochenen Tonfilmen bestehen. Spanisch nachsynchronisierte Hollywood-Filme jedoch würden in ganz Lateinamerika abgelehnt.

Soweit Nathan D. Golden.

Die eigene Filmproduktion in Argentinien, Mexiko und Brasilien verdient gebührende Beachtung. Seit längerer Zeit besteht in Brasilien die Vorschrift, in jedem Programm mindestens einen brasilianischen Film zu zeigen. Durch Beigabe brasilianischer Kulturfilme — deren Technik allerdings noch zu wünschen übrigläßt — wird vor allem dem städtischen Publikum allmählich eine Vorstellung des riesigen Gebietes des brasilianischen Staates vermittelt. Das Qualitätsniveau argentinischer Filme hat in den letzten Jahren eine bemerkenswerte Steigerung erfahren. Allerdings bedarf es noch großer Anstrengungen, um zu einer bodenständigen und innerlich wertvollen Filmkultur zu gelangen.

Noch während des Krieges wurden gelegentlich einzelne deutsche Spielfilme, darunter auch solche recht alten Datums, in kleineren Lichtspielhäusern gezeigt, jedoch nicht in denen der sogenannten „ersten Kategorie“. Seit jeher sind aber deutsche Großfilme in Südamerika gut aufgenommen worden; es ist zu erwarten, daß die Länder Südamerikas nach dem Kriege wieder über genügend innere und äußere Bewegungsfreiheit verfügen, um die Auswahl der zu zeigenden Filme nach deren künstlerischem und bildendem Werte zu bestimmen. Es mag aber hier auch die Erwartung ausgesprochen werden, daß von deutscher Seite bei der Auswahl der zum Verleih angebotenen Filme der Auffassung und Reaktionsfähigkeit des Südamerikaners entsprechend Rechnung getragen wird. Es darf nie vergessen werden, daß auch deutsche Filme mit einkopiertem spanischem und portugiesischem Text im wesentlichen Stummfilme bleiben, die innerliche Erfassung des Filmvorganges durch das gesprochene Wort vom südamerikanischen Publikum nicht erwartet werden kann. Diese Forderung ist eher zu erfüllen bei Filmen leichter, unterhaltender Art. Hier ist die Sympathie des Publikums durch lebensvolle ästhetische Wirkung von Bild und Musik rasch zu gewinnen. Problematischer bleiben alle Filme, in

¹⁾ Ein Vergleich der Bevölkerungsziffern Argentiniens (12,4 Mill.) und Brasiliens (voraussichtlich 48 Mill.) mit der Anzahl der Lichtspielhäuser in beiden Ländern weist deutlich auf den Verstärkerprozeß in Argentinien hin.

denen zu sozialen und politischen Fragen Stellung genommen wird, die eben nur in Europa und von Europäern innerlich erfaßt werden können. Aber gerade der Meisterung dieser schwierigen Aufgabe kann große Bedeutung zukommen.

Die seelische Haltung des Lateinamerikaners ist im Grunde von der des angelsächsischen Nordamerikaners verschieden. Daher ist die bisherige Verbildung des Publikums und die daraus resultierende Nachäffung angelsächsischer Lebensformen sehr oberflächlicher Natur. Der deutsche Film wird bei sinnvoller Anpassung an die psychologischen Voraussetzungen eines Tages nicht nur eine Rolle im gegenseitigen Handelsaustausch spielen, sondern er kann auch zu einem wertvollen Instrument kultureller Leistung und einem Mittler gegenseitigen Verständnisses werden.

Mit einem hemmungslosen Kapitalaufwand haben aber im Augenblick die Nordamerikaner eine praktisch uneingeschränkte Vormachtstellung erreicht, die gerade durch das eingangs erwähnte Vorkommnis bestens illustriert wird. Unter ihrer Auswirkung vollzieht sich allmählich, ganz besonders in einer wurzellosen Metropole wie Buenos Aires, eine fortschreitende Verbildung des Geschmacks und der Lebensanschauung. Propagandistische Tendenzen unserer Kriegsgegner schleichen sich seit langem unmerklich, aber sicher wirkend auch in die harmlosesten Spielfilme ein. Der Übergang zu wirklichen Hetzfilmen, unter denen z. B. auch eine Neuauflage der „Miss Cavell“ aus dem Weltkriege nicht fehlen durfte, wurde daher vom Publikum nicht einmal allzu überraschend empfunden.

PAUL HEUBNER

Raumgedanken, geopolitische Anschauungen und Forderungen bei Friedrich List

Zu 100jähriger Erinnerung

Vor 100 Jahren begründete Friedrich List mit seinem „nationalen System der politischen Ökonomie“, das als Erstdruck im Mai 1841, im Januar 1842 bereits in zweiter, Frühjahr 1844 in dritter Auflage erschien, 1843 ins Ungarische, 1851 ins Französische, 1856 ins Englische, später noch in die russische, schwedische und chinesische Sprache übersetzt wurde, eine neue, im Gegensatz zur englischen ethisch, national und historisch verwurzelte Nationalökonomie und seinen, ihm freilich erst Jahrzehnte nach seinem Tode zuerkannten Ruhm als „größter Nationalökonom Deutschlands“. In diesem, ein Menschenalter der Beobachtung und Erforschung politischen und wirtschaftlichen Geschehens, weltumfassender Erfahrung in der Alten und der Neuen Welt und steten politischen Kampfes um seine Ideale zusammenfassenden Lebenswerke, von Treitschke als „Markstein in der Geschichte unserer politischen Bildung“, von Schmoller als „Beginn einer neuen Epoche, ja als Beginn der eigentlich wissenschaftlichen Volkswirtschaftslehre überhaupt“ bezeichnet, sowie in zahlreichen von 1815 bis 1841 vorausgegangenen und späteren, bis zu seinem Tode 1846 und posthum erschienenen Schriften, 10 Bänden insgesamt von rund 6000 Seiten, Gr.-8°, begegnen wir in den verschiedensten Zusammenhängen Gedanken betonter oder deutlich mitklingender Raumbezogenheit, wirtschaftlichen und geschichtlichen Erkenntnissen und ihnen entspringenden politischen Forderungen, die ihm in der Reihe der Väter und Vorväter der modernen Geopolitik von Montesquieu und Herder bis zu Ratzel, Kjellén

und Haushofer einen ihm jetzt, in weiteren Kreisen wenigstens, noch kaum zugeschriebenen Ehrenplatz geben.

Schon die seiner Frühzeit als Professor der Staatspraxis in Tübingen und Consulnt des Deutschen Handels- und Gewerbsvereins entstammenden staats- und handelspolitischen Schriften liefern dafür sprechende Belege. Werden uns heute mit Maull¹⁾ Binnengliederung und innere Raumverbundenheit in gleicher Weise zu Kernfragen moderner Raumpolitik, wie die Festigkeit eines Gesteins von seinem Gefüge, von der Art und Gestalt seiner Korneinheit und ihrer Verzahnung abhängt, und Neugliederung von Verwaltungsbezirken, Ländern und Einzelstaaten, Kulturlandschaften, Wirtschafts- und Verkehrsprovinzen und der Zusammenschluß zu modernen Lebensräumen zu Gegenständen geopolitischen Strebens, so auch schon List in seinem Kampf um die politische und ökonomische Reform von 1815 bis 1825, in den Schriften über Staatskunde und Staatspraxis sowohl wie denjenigen über wirtschaftliche Zustände, Handels- und Zollpolitik.

Älter als „die von der geographischen Lage der Länder — auch hier steht ihm die Raumbestimmtheit an erster Stelle — der Abkunft, Sprache usw. der Völker und den Schicksalen der Regenten geformten Staaten“ sind „die Korporationen im Staate“, „ursprünglich selbst Staaten“, die aus dem Zusammenwohnen und gemeinschaftlichen Zwecken räumlich erwachsenen Gemeinden, Gaue (Distrikte) und Provinzen. Den Begriff der Gemeinde bestimmt er als staatlich geordnete Verbindung „auf einem gewissen Distrikte lebender Staatsbürger in Ansehung ihrer Person und ihres Besitztums, zu gemeinsamer Förderung ihrer Individualwohlfaht, soweit dies ohne höhere Einwirkung möglich sei, und desto festerer Begründung des Staates und seiner Verwaltung“.

Dieser soll jedoch die Selbstverwaltung der Gemeinden und der mit den Oberämtern über ihnen stehenden Bezirkskorporationen nicht gängeln, sondern mit seiner Gewalt nur vermittelnd oder entscheidend eingreifen; bei der Konstituierung der Bezirkskorporationen komme aber „zuerst der Umfang des Bezirks in Frage: er müsse so ausgedehnt sein, daß die Institute die Kräfte der Beteiligten nicht überstiegen, andererseits aber so begrenzt, daß sich die Wirkung dieser Institute nicht nur in Rücksicht auf das Volk, sondern auch in Beziehung auf die höhere Organisation in vollem Maße äußere“. Frankreich mit seinen für eine Zentralverwaltung zu kleinen Departements, heißt es an anderer Stelle, bei der Kritik eines württembergischen Verfassungsentwurfes, werde nur dann seine Ruhe finden, „wenn es wieder zum naturgemäßen, d. h. zum progressiv aufsteigenden Gesellschaftsverband zurückkehrt, wenn also nach den Departements die Provinzen konstituiert werden“. Preußen habe diese Ansicht in seiner neueren Organisation aufgefaßt und werde sie bei der dereinstigen Errichtung seiner Konstitution gerechtfertigt finden.

Maßgebend haben Raumgedanken nach List, wie für die Gemeinden und Kommunalverbände, auch für die Gliederung und die durch Sonderaufgaben bestimmte Umgrenzung der Zweckverbände zu sein, für die darunter fallenden Innungen und sonstigen berufsständischen Körperschaften, die sämtlich insoweit selbständig zu handeln berechtigt seien, als sie der Gesamthilfe nicht bedürfen oder den Gesamtzweck nicht verletzen; aufzuhören habe aber dieses in räumlicher Binnengliederung aufgebaute Korporations- und Innungssystem da, wo die höchste Verbindung, der Staat, anderen Staaten in seiner natürlichen Freiheit gegenüberstehe.

Weitere Beispiele raumbezogener Betrachtung bietet Lists entwicklungsgeschichtliche Vergleichung der Agrarverfassung bei Sachsen und Sueven oder Schwaben. Hervorgegangen aus nomadischem Leben, Feldgemeinschaft und zu Gauen verbundenen Dorfsiedlungen hätten

1) Macht und Erde, Heft 1, 1936, Das Wesen der Geopolitik, S. 41 f.

die früher von Schwaben besiedelten Gegenden Süddeutschlands noch heute eine Menge Städte und Bauerngemeinden mit untereinander liegendem Grundeigentum, ursprünglich freier Kommunalverfassung und wenig grundherrlichem Adel, Gegenden aber, wo die Sachsen hausten, wie Westfalen, Mecklenburg usw., wenige Städte, einzelnstehende Bauernhöfe und viel Adel mit drückenden Leib- und grundherrlichen Rechten. Vom Raume bestimmte Auffassung bekundet ähnlich eine zwei Jahrzehnte später, 1842 verfaßte wissenschaftliche Abhandlung über Acker-
verfassung, Zwergwirtschaft und Auswanderung. List setzt sich dort mit der Ansicht des englischen Reisenden Laing auseinander, der, über die Anhäufung des Grundeigentums in wenigen Händen in seinem Vaterlande entrüstet, unbeschränkte Freiheit und Teilung des Bodens verfechte und in Norwegen und Schweden vom Zustand der Odalbauern und Bon-
der entzückt sei, die er, ohne zwischen solch stattlichen Hofbauern und kleinen Zwergguts-
besitzern zu unterscheiden, als kleine Gutsbesitzer und Beweis seines Systems ansehe. In Wirklichkeit würden diese Bonder in den meisten Gegenden von Deutschland, Frankreich und Italien unter die respektabelsten Hofbesitzer gerechnet werden, und wenn bei ihnen, auch ohne ge-
setzliches Verbot, keine Güterzerstückelung um sich greife, so liege das einmal an der Staats-
und Familienehre des Hofbauern, der nicht heirate, bevor er einen seinem Ansehen ent-
sprechenden Hausstand etablieren könne, ebenso aber an der Hofverfassung selbst, bei der allmähliche Teilung der Güter kaum möglich sei. Wo hingegen statt des Hofsystems Ge-
mengelage herrsche, wie in Dalekarlien, nehme Güterzerstückelung und Zwergbetrieb überhand.

Unmittelbarer und zahlreicher noch als auf Gebieten wie innerer Verwaltung und Bodenverteilung leuchten Raumgedanken und geopolitische Ziele allerwärts aus den Schriften, Reden und Berichten nationalwirtschaftlicher, handels-, zoll- und verkehrspolitischer Natur und dem „nationalen System“ selbst. Das Ziel all seines Strebens ist die wirtschaftliche und nationale Zusammenfassung des großdeutschen Raumes, seine Erfüllung und Durchdringung mit den vom Staate geförderten und gelenkten produktiven Kräften der Nation, ein einiges und mächtiges, alle Deutschen einschließlich verlorengegangener Provinzen auf naturgegebenem Lebensraume umfassendes Großdeutschland und, mit ihm als natürlichem Zentrum, eine vom Kanal bis zum Schwarzen Meere reichende Kontinent-
allianz als Gegengewicht der britischen „Insularsuprematie“.

Als Mittel und Weg zu innerer Raumverbundenheit der deutschen Wirtschaft verfißt List zunächst, in Eingaben, zum Teil wiederholten Eingaben und Schreiben aus den Jahren 1819/20 an die Bundesversammlung, die Könige von Preußen und Württemberg, den Kaiser von Österreich, Metternich, Gentz und in weiterem scharfen Kampf, den deutschen Zollverein: Aufhebung der Binnenzölle und eine ganz Deutschland umfassende Zollgrenze mit vorübergehendem, erzieherischem Zollschatz gegen das fortgeschrittenere England.

Der vor der Kontinental Sperre noch beträchtliche Absatz deutscher Fabrikate ins Ausland sei mit dieser Maßnahme den Engländern in die Hände gefallen, und auch die unter dem Schutz der Sperre gegen England gewachsene deutsche Industrie sei nach deren Aufhebung dem Wettbewerb der englischen Fabrikate unterlegen, weil die Privaten und die Regierung Englands kein Opfer scheuten, ihren jugendlichen Nebenbuhler zugrunde zu richten. Noch vor wenigen Jahren habe Deutschland die südlichen Reiche Europas und Amerikas fast ausschließlich mit Leinwand versorgt; heute sähen wir die irländische Leinwand der heimischen den vaterländischen Boden streitig machen. So in einer Eingabe. Eine andere vergleicht Deutschland einer Allmende in der Mitte Europas, auf welcher die Fremden nach Gelüste ihre Herden weiden, während dem deutschen Kunstfleiß und den Produkten der Deutschen sich die Grenzen aller europäischen Staaten hermetisch verschlossen. Und während alle Nationen, selbst Türken und Spanier, dem Verkehr in ihren Marken freien Spielraum gäben, stehe der Deutsche dem Deutschen in seiner Heimat feindlich gegenüber, versperre er ihm unsere Landstraßen durch Zollschatzgebäude und mache er unsere Flüsse durch Stapelrechte und See- und Wasserzölle unfahrbar. Handel und Gewerbe

könnten, schreibt er wieder an anderer Stelle, nur in dem Maße aufblühen, als ihnen „freier Spielraum auf weiter Erdoberfläche, ungehinderte Befahrung der Flüsse und freie Ausfahrt in die Meere“ eröffnet sei. Nur bei Beseitigung hemmender Schranken ließen sich die natürlichen Standortbedingungen der Wirtschaft und der Industrie zum besten der Nation und anderer Völker nützen, im Austausch der Gegenden, die Kornkammern seien oder wo nichts als Holz wachse, der Täler, in denen man nur Wein mit Erfolg pflanzen könne, der Landstriche mit unfruchtbarem Boden und rauher Luft, wo sich die Menschen auf schwere Manufakturen legen müßten, während in jenen die schöne Natur und die Fruchtbarkeit des Landes sie ins Freie rufe. Wo man aber, führt er in einem Aufsätze über das Interesse des Großgrundbesitzes an einem Prohibitivsystem aus, wie die Engländer, unsere Produkte von den Grenzen zurückweise, uns nur um bares Geld, nicht um Produkte verkaufen wolle und sich unter Ausschließung unserer Natur- und Kunsterzeugnisse im Innern der Länder einen künstlichen Markt geschaffen habe, müsse Deutschland solche Prohibition erwidern und seine eigene Industrie schützen, um sie nicht doppelt Schaden leiden zu lassen, weil ich ihr einmal das benachbarte Land verschließe und dann noch die fremde Industrie uns den eigenen Boden streitig mache.

Ein zweites Hauptmittel zu nationaler Einheit und internationaler Ausbreitung der Wirtschaft im Raume ist List dessen Überwindung und Befruchtung durch nationale und internationale Transportsysteme. Aus Amerika, wo er 1825 bis 1832 als Farmer, Journalist und Politiker, Gründer von Bergwerken, Eisenbahnen und Städten in großen Räumen denken, aus der Vergleichung von Wirtschafts- und Verkehrsentwicklungen kurzer Zeitspannen in weiten Räumen der neuen mit solchen langer Zeitläufte in engen Räumen der Alten Welt geschichtliche Lehren ziehen lernt, kämpft er in vielen Schriften und Briefen bereits für ein deutsches Eisenbahnsystem, feiert er die Erfindung der Eisenbahnen als ein Göttergeschenk, welches dem Reiche mit der Zeit zu dem werden würde, was dem flachen Holland seine Kanäle seien. Als das große Mittel für die Binnenländer, sich alle Vorteile der Küstenländer zu verschaffen, umreißt er, unter Schilderung ihrer Wirkungen auf Produktivkräfte, Binnen- und Außenhandel, Fluß- und Seeschifffahrt, ein Netz von Linien von den Hansestädten zum Bodensee, von Sachsen nach dem Rheine, den dieses Land dann gleichsam, zu Berg und Tal gleich bequem fahrbar und zur Winterszeit nicht mit Eis bedeckt, durch seine Felder leiten würde. Nach Deutschland zurückgekehrt, entrollt er in seiner berühmten Schrift „Über ein sächsisches Eisenbahnsystem als Grundlage eines allgemeinen deutschen Eisenbahnsystems“ (1833), in weiteren Schriften aus den Jahren 1834 bis 1840 über das deutsche Eisenbahnwesen in militärischer Beziehung, über Eisenbahnen zwischen Hamburg, Berlin, Magdeburg und Leipzig, von Mannheim nach Basel, über die hanseatisch-hannöversche Eisenbahn, die Eisenbahnen Belgiens, Frankreichs, Irlands, über die thüringische Eisenbahn, über das deutsche Eisenbahnsystem (1840 bis 1844) und über die Transportverbesserung in Ungarn (1845) auf breiter ökonomischer, wirtschafts- und verkehrsgeographischer Grundlage wirtschafts- und nationalpolitische Bilder und Ziele, deren Raumbezogenheit und geopolitische Gedankenfülle in Hunderten sachlicher Einzelbeziehungen hier nur summarisch gestreift, vielleicht aber bei anderer Gelegenheit einmal näher mit beleuchtet werden kann. Eisenbahnsystem und Zollunion sind ihm dabei „siamesische Zwillinge; zu gleicher Zeit geboren, körperlich aneinandergewachsen, eines Geistes und Sinnes“, sich wechselseitig unterstützend, nach einem und demselben großen Ziele, „nach Vereinigung der deutschen Stämme zu einer großen und gebildeten, zu einer reichen, mächtigen und unantastbaren Nation“

strebend. Doch nicht nur Förderung materieller Interessen im nationalen Raume bewirkte das deutsche Eisenbahnsystem, sondern auch Stärkung aller geistigen und politischen Kräfte: als Nationalverteidigungsinstitut, als Kulturbeförderungsmittel, als Assekuranzanstalt gegen Teuerung, Hungersnot und übermäßige Preisfluktuationen, als Vermittler freundschaftlichen Verkehrs, als Stärkungsmittel des Nationalgeistes, als ein fester Gürtel um die Lenden der deutschen Nation, als das Nervensystem des Gemeingeistes und der gesetzlichen Ordnung.

In all diesen Beziehungen sei das Eisenbahnsystem für keine Nation von so großer Bedeutung wie für Deutschland, das durch seine geographische Lage, fremden Angriffen von allen Seiten bloßgestellt, von der Natur nur kärglich mit Kommunikationsmitteln ausgestattet, ohne Zentralpunkt für Wissenschaft, Kunst, Literatur und Bildung, durch frühere Zerrissenheit fast aller Attribute der Nationalität entkleidet, wie keine andere Nation inniger Verbindung ihrer Glieder bedürfe. Und, um nur ein Beispiel raumbestimmter Richtpunkte im einzelnen anzuführen, mag flüchtig der großen Denkschriften über die Transportverbesserung Ungarns und seine nationalökonomische Reform gedacht sein, wo er unter solchen die Dampf- und Pferdeisenbahnen, große und kleine Kanäle, Entwässerung und Stromregulierungen, Landstraßen erster und zweiter Klasse, die Rentabilität, die Haupttrichtpunkte bei der Anlage und Durchführung des Transportsystems eingehend behandelt, darunter z. B. die Verbindung der Gebirgsgegenden mit den fruchtbaren Niederungen und großen Ebenen, aller Teile des Landes mit der Donau als der Hauptader des Verkehrs, die Verbindung einerseits mit Galizien und den Donaufürstentümern, andererseits mit dem westlichen Deutschland, die Bedeutung der Kanäle für den schweren Transport, der alten Landstraßen als nicht ohne Not zu verlassender Trassen und die für die Verbindung von Wien und Pest anzuwendenden besonderen Gesichtspunkte.

Und nun zum Schluß noch ein paar Worte über Lists Anwendung geopolitischer Gesichtspunkte, über den Raum nationaler Verbundenheit hinaus, auf andere Länder und Völker, auf Weltgeschichte, Weltwirtschaft und Weltpolitik, die für sich allein verlockenden Stoff zu einer ganzen Broschüre böte. In Lage, Größe, Grenzen und Bodengestaltung der Länder, Bodenschätzen und Bodenkultur, Standortsbedingungen und Ausstrahlungen von Urproduktion, Gewerben und Handel, in Küstengliederung, See-, Binnenschiffahrts- und Landhandelswegen, Wasserläufen und Stromnetzen erkennt er die Gründe geschichtlichen Wachsens und Werdens, die Gebote wirtschaftlichen und politischen Handelns, wie ihn schon Ratzel¹⁾ als den würdigt, der „unter den Nationalökonomien zuerst das Landgebiet eines Volkes in seiner wirtschaftlichen und politischen Bedeutung klar erkannt“ habe.

Als unermeßlich bezeichnet List im „nationalen System“ den Einfluß der Insel-lage Englands. Unverknüpft mit den Geschicken der übrigen Nationen habe es die Reformation in seinem Sinne und die für seine Industrie folgenreiche Säkularisierung der geistlichen Güter durchführen, in einem jahrhundertelangen, nur durch Bürgerkriege unterbrochenen Frieden stehender Heere entraten, frühzeitig ein konsequentes Zollsystem ausbilden und aus den Kontinentalkriegen der anderen ungeheure Vorteile für seine Manufaktursuprematie schöpfen können. Zu gemeinsamer Wahrung gleichartiger Interessen gegen England ruft er mit Deutschland auch die andern Kontinentalmächte auf: eine Kontinentalallianz gegen die Übermacht Englands werde an die Tagesordnung kommen, sobald Deutschland, „mit den dazugehörigen Seegestaden, mit Holland, Belgien und der Schweiz sich als kräftige kommerzielle und politische Einheit konstituieren“, dieser

1) Polit. Geogr. 3. Aufl. 1923, S. 7.

starke Nationalkörper als Mittelpunkt einer dauernden Kontinentalallianz mit seinen Kultur- und Machtelementen dann „Englands Seemacht das Gegengewicht“ halten und „dem europäischen Kontinent den Frieden für lange Zeit verbürgen“ würde. Wie auf die Rheinmündung und Holland, das „nach seiner geographischen Lage, seinen Handels- und Industrieverhältnissen, der Abstammung und Sprache der Bewohner eine deutsche, in Zeiten deutscher Nationalzerwürfnisse von Deutschland abgetretene Provinz sei, ohne die Deutschland einem Hause gleiche, dessen Tür einem Fremden“ gehöre, so sieht List die Grenzen des künftigen wirtschaftlichen und politischen Bereiches Deutschlands auch im Osten ausgedehnt: auf Österreich, „wenn der Zollverein kein Stückwerk bleiben soll“, auf „Ungarn“, das der Schlüssel zur Türkei und der ganzen Levante“ und „durch die Natur der Dinge gezwungen“ sei, „für immer und ewig Bruderschaft mit uns zu machen“, sowie auf die bei Verfall der Türkei, die damals Ungarn noch auf drei Seiten umfaßte, „an den Flüssen zum südöstlichen Binnenmeere dann aufblühenden Länder“. Und rückblickend auf den raschen Verfall der deutschen Hansen — die sich nicht auf ein Küsten- und Seehandelsvölkern nötiges Hinterland, auf Agrikultur, Manufaktur und Konsumtion Deutschlands gestützt und sich in der Zeit ihrer Macht um das Reich überhaupt nicht gekümmert, sondern stets nur nach politischen Sondervorteilen und großen Gewinnen im bequemen Handel mit fremden Waren getrachtet, dabei aber Ackerbau und Gewerbe Deutschlands nur geschädigt hätten — gelangt er zu dem Schluß: Wie leicht wäre es ihnen damals geworden, „im Verein mit den oberdeutschen Städtebünden ein mächtiges Unterhaus zu gründen, der Aristokratie des Reichs das Gegengewicht zu halten, mittels der kaiserlichen Macht Nationaleinheit zu erzielen, das ganze Littorale von Dünkirchen bis Riga unter einer Nationalität zu vereinigen und auf diese Weise der deutschen Nation die Suprematie in Gewerbe, Handel und Seemacht zu erringen und zu erhalten“. Ähnlich sein Urteil in andern geschichtlichen Abschnitten des Werkes über die Niederlande: Karl V. hätte, statt sie hispanisieren zu wollen, als Regent der vereinigten Niederlande, als deutscher Kaiser und Haupt der Reformation alle materiellen und geistigen Mittel besessen, „das mächtigste Industrie- und Handelsreich, die größte See- und Landmacht zu gründen, die je bestanden hat — eine Seemacht, die von Dünkirchen bis Riga alle Segel unter einer Flagge vereinigt haben würde“. Und „hätte Holland“, drückt er den gleichen Raumgedanken an anderer Stelle aus, „vereinigt mit Belgien, mit dem Flußgebiet des Rheins und mit Norddeutschland ein Nationalterritorium gebildet, schwerlich wäre es England und Frankreich gelungen, seine Seemacht, seinen auswärtigen Handel und seine innere Industrie durch Kriege und Handelspolitik in der Art zu schwächen, wie von ihnen geschehen ist.“ Daß aber „Friedrich Lists Darstellung der Grundsätze der englischen Politik“ — [und sie durchzieht wirtschaftshistorisch aufklärend und geopolitisch richtungweisend ein ganzes „System“ und die meisten seiner Schriften] — „bis auf den heutigen Tag ihren Wert behalten“ und „niemals ein Prophet die Zukunft klarer gesehen und gezeichnet“ hat — und hiermit muß unsere Betrachtung der unerschöpflichen Raumgedanken bei List für diesmal abschließen —, hat ihm kein Geringerer bescheinigt als der Vater oder Großvater der Geopolitik: Friedrich Ratzel¹⁾.

1) a. a. O. S. 375.

* * *

Streiflichter auf den atlantischen Raum

Eiskalte geopolitische Nüchternheit im Wahren raumpolitischer Vorteile, verbunden mit gewandter Ausnützung sentimentaler Werbegepäusche — das was ehemals der heute transatlantisch ausgewanderte Kurfürstendamm wohl den „Griff in die Gefühlskiste“ nannte, auf den das übrige Deutschland so oft hereinfiel —, zeichnen in hohem Maß den nordamerikanischen Anteil am Atlantischen Raum aus.

Eigenes Eisen und Kohle genug, daneben Überschüsse an wehrwichtigen Rohstoffen: Nickel (90% der Welterzeugung), Kobalt, Kupfer, Blei, Zink, Uranerzen machen das dünnbevölkerte, holzreiche Kanada zu einem der größten geopolitischen Wertgegenstände. Dementsprechend verfährt man in USA. und verstärkte durch das Hydepark-Abkommen zwischen Roosevelt und Mackenzie King die wirtschaftlichen Bande zu Grundlagen gemeinsamer „Verteidigung“. Wir wiesen schon früher auf die glückliche Lage Kanadas hin, transatlantische Fenster einwerfen zu können, ohne dafür zur Rechenschaft gezogen zu werden; es schröpft freilich seine Steuerzahler bis zum Weißbluten, soweit sie nicht die gewünschte Kriegsindustrie aufbauen, und kommt auf diese Weise durch kalte Wege zu den nötigen Umstellungen. Die langfristige Vereinheitlichung ganz Nordamerikas als wehrgeopolitischer Körper ist in vollem Gange und führt über Soldatenspielerlei und Werbetrommelrühren zu Soldatenernst.

Unzulänglich, aber aus Südamerika (Kuba, Venezuela, Brasilien) zu ergänzen, ist noch die Manganerzförderung, die Eindeckung mit Chrom (Vorratskäufe aus China) und Quecksilber. Alle andern Hauptwehrmetalle sind (Nickel, freilich zu 95% des USA.-Bedarfs aus Kanada) im Inland ausreichend gewinnbar. Um Neukaledonien ist das Südseenetz bereits gezogen.

Europäisches Fluchtkapital steckt befruchtend in Mexiko, Brasilien und Argentinien, dessen Außenminister, von einer Besichtigungsreise in Spanien abschiednehmend, die Hispanitas salutierte.

Als Gegengewicht strömt japanisches Kapital zum Kampf gegen das anglo-amerikanische atlantische Herkunft nach Indochina und Thailand (Mitsubishi), als ein mit Furcht und Liebe zugleich aufgenommener Helfer.

Im Gegensatz zu den großkapitalistischen Würgemethoden steht als leuchtender Strahl von Menschlichkeit und Ritterlichkeit das auch von der „Neuen Züricher Zeitung“ anerkannte Vorgehen der Achse gegen Griechenland mit einer Waffenruhe voll „gegenseitiger Achtung“.

„Gegenseitige Achtung“ ist ein Begriff, der verbrauchten Werkzeugen gegenüber im britischen Lexikon fehlt; Frankreich, Serbien, Griechenland, Irak machen der Reihe nach die Probe darauf; Kolonialfrankreich wird in naher Frist vielleicht vor eine solche gestellt werden, worüber Roosevelt und Hull einstweilen beraten. Sollten „Höflichkeitsbesuche“ amerikanischer Kriegsschiffe in Dakar und Casablanca ein Auftakt dazu sein?

Inzwischen haben die Achsenmächte Gelegenheit und Zeit, das Grenzengewoge rings um den Balkan zu entwirren und sich der großen, ungehobenen Mineralschätze

Mazedoniens: Eisen, Kupfer, Chrom, Blei, Zink zu erinnern, auch der vernachlässigten Antimon- und Magnesitvorkommen, was alles zusammen eine dankenswertere Mitgift für die Neugestaltung Europas bedeutet, als die Ausstattung des alsbald nach dem Verbrauch als Bundesgenosse von England aus wegen seiner Dürftigkeit verhöhnten und in den Blockadebezirk geworfenen Griechenland.

Mit Recht sieht der „Manchester Guardian“ drei schwache Stellen einer von Ägypten bis Indien aufgebauten Britenfront: Indien selbst, Irak und Palästina, und findet es „moralisch wie materiell abträglich, daß nicht eine einzige Seele in Indien auf britischer Seite stehe“. Das ist ein geringer Ertrag des Dankes für unerbetene Dienste der fast 400 Millionen „betreuter“ Seelen, für die „the white man's burden“ so lange getragen worden ist. Aber auch die Liebe des Irak scheint nicht überwältigend — nach den eiligen Vorsichtsmaßregeln, die längs des ganzen Persergolfs von Karachi und Guadar bis zu den Bahreininseln und Basra, wie Koweit getroffen wurden. Irak hat inzwischen seine antibritische Farbe bekannt.

Syrien und Palästina aber sind nun zwanzig Jahre als Mandate den treuen Händen der Westmächte anvertraut gewesen. Hier heißt es doch wohl (was auf diesem Boden ja früher schon vergeblich ausgesprochen worden ist): „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!“ Die geopolitischen Früchte scheinen bittersüß... Es sieht nicht so aus, als ob die Arabische Welt ein zweitesmal auf einen Lawrence hereinzufallen bereit sei, und die Türkische hat sich vorerst sichtlich von der Anwandlung erholt, einem so warnenden Beispiel zu folgen und wünscht offenbar ihre Erfahrungen als „Gebranntes Kind“ nicht zu wiederholen.

Aber: „Proximus ardet!“ — Beim Nachbar brennt's!

Paul Fischer hat in einer geopolitisch höchst wirksam gezeichneten Skizze („Reich“, Nummer 18, Berlin, 4. Mai 1941), die wir deshalb im Nachbild bringen, die feuergefährlichen Gegenstände rings um die Türkei zusammengestellt. Man begreift aus diesem packenden Bilde, warum Ankara mit solcher Vorsicht manövriert; und wir benützen die Gelegenheit gern, um unsere Leser auf die guten regelmäßigen Lagenbilder im „Reich“ und der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ aufmerksam zu machen, denen sich die weltkundigen Berichte von O. Moßdorf würdig gesellen. Eine breit ausladende geopolitische Volkserziehung ist uns eine zu wichtige Angelegenheit, um sie auf die Dauer nur von vereinzelt Pfeilern getragen zu sehen, so viele Opfer der Vorkampf für sie im Anfang gekostet hat.

Gerade die jetzt so schwer umkämpfte Schwelle, wo der Indopazifische Raum mit zwei langen geopolitischen Fingern des Roten Meers und Persergolfs, verlängert durch die Niltal- und Bagdad-Stellung in ein Hauptkrisengebiet des Atlantischen Raumes herübergreift, der sich das alte Philhellenenvolk mit bewaffneter Hand nähern muß, ist ein mit Spannungen überladenes Gebiet. Nur genaueste Strukturkenntnis bewahrt dort vor Irrtum und Schaden. Es ist echter „Orient“. Die deutsche Erdkunde hätte längst darüber sagen müssen, was sie noch in diesem Jahr mit vereinten Kräften darüber zu sagen vorhat.

Auch wenn die Zeitumstände eine Zusammenfassung unserer Erfahrungen über „wehrhaftes Wissen“ nicht gestatten wollen, werden wir es erst recht in Einzeldarstellungen zu verbreiten haben, damit sich der einzelne Volksgenosse sein Weltbild wenigstens als Mosaik zusammenstellen kann. Die Arbeit ist mühseliger auf diese Weise, gewiß! Aber vielleicht haftet das so errungene Bild noch fester.

Nützlich dafür ist es, sich die Krisenfelder des Atlantischen Raums in seinem Gesamtrahmen übersichtlich zu umreißen und wahrzunehmen, mit welcher geopolitischen Folgerichtigkeit sie immer in den Ereignissen wiederkehren und eben doch bodenwüchsige, erdbestimmte Züge zur Geltung bringen, neben weiten, passiven Räumen, wo das Schicksal nicht führt, sondern wo es ihre Insassen schleppt und zieht. Auch durch ein solches Verfahren dringt man zum Verständnis für die Strahlung schicksalgesandter Führergestalten für die ihnen wesensverwandten Lebensräume vor, gerade wenn sie in Flandern, an der Unteren Donau, in Mazedonien uralte, fremde, als solche schon früher belebte Kraftfelder berühren und in ihrem Geiste umwandeln.

Seltsamen verkehrsgeopolitischen Auffassungen scheint die türkische Zeitung „Yeni Sabah“ zu huldigen, wenn sie meint, die durch die englische Landung im Irak geschaffene Lage mit Befriedigung aufnehmen zu sollen und schreibt: „Wir müssen alle Maßnahmen ergreifen, die den Verkehr auf der Strecke Istanbul—Basra erleichtern, um einen Ausgleich für die Absperrung des Zugangs zum Ägäischen Meer zu schaffen.“ Denn man meint mit Recht, daß die deutschen Schnellboote den Verkehr zur Türkei durch das Mittelmeer wirksam absperren werden und künftig britische Frachter Istanbul kaum erreichen.

Das ist ziemlich glaubhaft, wenn man an die Besetzung von Lemnos und Mitylene im Norden, von Euböa im Westen und die Cykladen und den Dodekanes im Süden der Ägäis denkt, und an ihren Abschluß durch Kreta.

Aber dabei war wohl nicht in Rechnung gezogen, daß sich das Arabertum als Ganzes so mannhaft wehren und einen „Aufstand in der Wüste“ andersherum in Szene setzen könne. Ein solcher Zustand ist für einen an sich prekären und dünnmaschigen Eisenbahnverkehr, wie den erst jüngst durchlaufend eröffneten der Bagdadbahn, nicht günstig; wir empfehlen den betreffenden türkischen Verkehrsgrößen, bei Lawrence nachzulesen, wie es bald nach Beginn seiner Wirksamkeit mit dem Verkehr auf der Hedjasbahn zu den heiligen Stätten aussah. Ähnliche Geschehnisse könnten ohne allzu kühne Prognose dem bescheidenen Schienenstrang zum Irak, den Ölleitungen, aber auch dem Verkehr der Türkei zum Persischen Golf leicht beschieden sein, wenn der Selbstbestimmungswunsch des Arabertums weiterhin so mit Füßen getreten würde, wie es die „durch die englische Landung im Irak geschaffene neue Lage“ eingeleitet hat. Denn Irak steht ideell nicht allein; es findet weitgehendes Verständnis in Syrien, in Saudi-Arabien, bei den Arabern Palästinas und in Ägypten. Steppenbrände haben die Neigung, sich auszubreiten, wenn der richtige Wind weht; der Rauch davon könnte dem Westflügel der neu aufzubauenen Front Ägypten—Irak—Indien scharf in die Nase steigen. Bei Rutba Wells ist sie mindestens durchbrochen; und die Ölleitung auch. Sollte wirklich im Gefolge des Löwenvertrags zwischen Großbritannien und Irak endlich einmal Untreue den eigenen Herren schlagen, ein Tusker übertuskert worden sein?

Die Nahostfront des Britenreichs ist eine schöne Fassade; aber ihre Pfeiler sind brüchig und ihre Zwischenfronten im Wortsinn auf Sand gebaut. Ihre größte Stärke ist die schwer störbare Etappenlinie durch Rotes Meer und Persergolf. Aber Indien will die früher gestellten Millionen namentlich an Arbeitskraft nicht mehr geben, und Australien hat im Blutspenden in Griechenland ein Haar gefunden. Wir wußten auch, warum wir im Heft IV der Geopolitik den harten,



DAS OESTLICHE MITTELMEER UND DER NAHE OSTEN

Zeichnung von Paul Richter

kurzen Aufsatz: „Reichsgenick oder Fluchtröhre“ über das unrechte Gut des Suez-Kanals geschrieben haben. Er ist, wenn man ihm näher kommt, ein Fliegerziel erster Ordnung, ebenso wie das, was sich an Tonnage und Zeltlagern um ihn versammeln muß, wenn er bedroht oder gesperrt ist.

Wehrgeopolitisch wird dann offenbar, daß die Linien Kap—Kairo und Suez—Bombay, der Raum zwischen Libyen und Nordwestprovinz mehr durch Prestige, als durch wirklich schlagbereite Macht gehalten wurde. „Prestige“ aber ist rings um die Nordsee, bei Dünkirchen, in Serbien und Hellas viel verwirtschaftet worden. Am Namen W. Churchill hängen nun sechs Fehlschläge, Versager derselben Eigenart: Antwerpen, Dardanellen, Norwegen, Holland, Dünkirchen, Saloniki und Hinterland.

Immer trat dabei Albion mit großen Versprechungen und „mit 25 000 Mann und weniger auf, statt mit 200 000“, wie ihm Konstantin von Griechenland einst sagte, der dafür den Thron verlor. „On revient toujours à ses premiers amours“; darum kehrte Churchill ja auch wohl wieder in die Nähe des thrakischen Chersones zurück, um Soldaten, die es ehrlicher meinten als er, hereinfallen zu lassen!

Wo aber bleibt da die in Oxford so oft zitierte Römerweisheit: „Bis peccare in bello non licet!“ (Zweimal im Krieg denselben Bock schießen ist unerlaubt)? — Das britische Volk muß den Urheber seines jüngsten klassischen Mißgeschicks wirk-

lich lieber haben, als Rom seine Prokonsuln in ähnlicher Lage. Dabei sind doch so viel klassisch gebildete Oxfordleute rings um ihn. Die deutsche Heerfahrt westlich vom Balkan ging wirklich durch klassischen Boden, aber sie ist auch in den Einzelheiten mit klassischer Vollendung durchgeführt worden, so schmerzlich wir die Opfer der kühnsten Heldentaten beklagen. Jedenfalls durften sie sich neben den Thermopylen, vor Plataeae und Marathon, wie Sparta sehen lassen. Freilich hieß es auch oft: „Wen die Götter lieben — der stirbt jung!“

Vor ihrem Geiste neigt sich schweigend auch die Geopolitik. Namentlich wenn sie in vollem Verständnis für ihre großen Ziele fielen.

Der deutsche Führer hat am 4. 5. in maßvoller und würdiger Form für die Welt eine vollendet klare Übersicht der Deutschland aufgezwungenen Vorgänge in Serbien und Griechenland gegeben und seinen Abstand zu den raumpolitischen Veränderungen dort betont, aber auch das höchst unvorsichtige Wort von Halifax festgehalten, daß man die Achsenmächte gezwungen habe dort zu kämpfen, wo sie nicht kämpfen wollten! Dieses Wort wird als eherner Bestätigung der Wahrheit in die Weltgeschichte eingehen, wenn einmal Schuldfragen festgehalten werden.

Aber ist seine indische Erfahrung als Lord Irwin so völlig aus dem Gedächtnis von Halifax durch seinen Aufenthalt an den Brennpunkten des Atlantischen Raums geschwunden, daß er nicht fürchten muß, gerade durch solche Abenteuer könne auch England vom Schicksal gezwungen werden, zu kämpfen, da, wo es nicht kämpfen wolle und nicht wagen dürfe, zu kämpfen: im Nahen, Mittleren und Fernen Osten? —

Worte brechen keine Knochen, wie Vorstöße durch die Wüste dünne, auf Sand gebaute Scheinfronten brechen können. Sonst müßte die weitere Umgebung Churchill's wie Roosevelt's voll gebrochener Knochen liegen und zu einem Beinhaus ihrer Politik werden, und noch mehr die weite Umgebung fast aller Rundfunksender. Immerhin bedenke jeder, der Verantwortungen für den Aufbau in der Welt trägt (und keiner weiß, ob sie ihm erspart werden), daß jedes große und harte Wort in der wissenschaftlichen Politik ein Wechsel ist, der zur Einlösung nicht dann prä-sentiert wird, wenn es bequem ist, sondern dann, wenn der Aussteller geopolitisch ins Gedränge kommt und ihm auch sonst geopolitische Hypotheken gekündigt werden. Das hat jetzt Südslawien gründlich erfahren, während dem griechischen Volk — im Gegensatz zu einer herrschenden Schicht — von einem ritterlichen Gegner bezeugt worden ist, daß es von Gewissenlosen in seine Bedrängnis gehetzt worden ist und seine Söhne sich tapfer darin geschlagen haben.

Dieser Zug von Ritterlichkeit und jener andere der großmütigen Tilgung einer Dankesschuld vom Weltkriege her an Bulgarien hebt sich auch im nüchternsten rein aus geopolitischen Erwägungen bestimmten Denken versöhnend ab von der unritterlichen Art, Verbündete und Werkzeuge fallen zu lassen und mit kränkenden Worten in den Staub zu treten, wenn sie ihren Dienst als Werkzeuge nicht mehr tun können. Für solche Taten und Worte gibt es nicht nur eine ethische, sondern auch eine geopolitische strafende Gerechtigkeit — auch wenn ihre Mühlen langsam mahlen.

KARL HAUSHOFER

Bericht aus dem indopazifischen Raum

Der Zug der Zeit drängt nicht auf Annexionen, sondern auf Einfluß hin... „Die Starken bringen die Unsicheren unter ihren Einfluß.“ „In Rußlands Fall hat sich die Kraft durch Einheit klar gezeigt, und die Sowjetunion ist heute raumpolitisch größer und machtpolitisch stärker, als sie jemals in ihrer Geschichte war...“ „Während die Welt rings um ihre Grenzen kämpft, geht die USSR. unirrbar ihren Weg vorwärts, ihre Gewinne befestigend und Einfluß auf ihre Nachbarn nehmend.“

Das sind einige von den bemerkenswertesten unter vielen merkwürdigen Sätzen, mit denen in Japan der Ausgleich mit dem raumwuchtigen Nachbarn in Nordostasien begrüßt wurde.

„Beide, Rußland und Japan, haben nichts zu gewinnen und viel zu verlieren durch Feindseligkeit oder sogar Kühle.“

Während so festlandwärts Minnesang ertönte und versichert wurde, daß Japan auch in China keinen Raumgewinn erstrebe, hielt man doch auch pazifikwärts die Augen offen. Man verglich den täglichen Fleischverbrauch des Kanadiers und seine beständige Vermehrung mit der Abnahme anderwärts auf Grund beständiger Einkommensteigerung und zog daraus den Schluß, daß man den Güteraustausch mit den transpazifischen Ufern beleben, nicht, wie es die USA. tun, einschränken solle.

„Japan ist kein Viehzuchtland, und Kanada züchtet keine Seidenwürmer.“ Nur halten Fleisch viele für unentbehrlich, Seide viele für Luxus; und der künstliche Faserstoff verdrängt ihren Massengebrauch, wenn auch in Wahrheit „le noble fil“ durch kein Holzprodukt für den Wissenden ersetzt wird. Als in Norwegen Bürgerkriege die Not aufs höchste gesteigert hatten, trugen die Gefolgsleute des wahren Königsgedankens statt anderer Beinbekleidung Birkenrinde und daher den Namen Birkenbeine. Wenn Not es gebietet, kann man das auch, und die Menschheit kann lernen, auf vieles zu verzichten; aber um den Kulturwert der Seide ist es schade.

Ein scharfer Gegenwind erhob sich, als Roosevelt das China Marschall Chiang kaisheks den vorbildlichen Demokratien einreichte. Als solche hielte es kaum zusammen. Ungleich demokratischer ist Wangtschingwei in Nanking.

Inzwischen aber blieb es Vorkämpfern der Presse von Columbia und Chile vorbehalten, den Nordamerikanern den Preis für eine fast kindliche Hysterie der öffentlichen Meinung abzujagen, dadurch, daß sie in einer eigenartigen und schönen koreanischen Tänzerin, Sai Shoki („Ultimas Noticias“, Santiago, Chile z. B.), eine neue „Mata Hari“, eine japanische Spionin zu entdecken meinten.

Roosevelt gewann ihn für die USA. zurück durch die schlechte Behandlung des Obersten Lindbergh, an dem er der Welt die Intoleranz seiner Diktatur gegenüber der Freiheit der Meinungsäußerung und allen den edlen, so oft von ihm gerühmten Traditionen der Gründung Washingtons (einschließlich von dessen Testament) offenbar machte, was aus einer Wesensart begreiflich ist, die „foreign entanglements“ herbeizuführen sucht, statt sie zu vermeiden.

Bemerkenswert für die Strukturvorgänge im Fernen Osten ist neben der Erneuerung der volksweiten Grundlage des Verbandes zur Stützung der Kaiser-macht der Anlauf, achtundzwanzig hadernde protestantische Gruppen in Japan unter der Flagge „Nippon Kirisuto Kyodan“ (Japans Christliche Bruderschaft) zu vereinen. Bedenklich daran ist, daß es dazu eines Instruments von 520 Paragraphen bedurfte, während doch der Apostel Johannes nur predigte: „Kindlein, liebet einander“ — ohne damit den gewünschten Erfolg zu haben.

Vielleicht macht dieser Schritt als interessantes religionsgeographisches Experiment einer siebzيجjährigen Zwietracht ein Ende, zumal fernöstliche Autonomie und Abschneiden aller Verbindungen nach Europa und Amerika, endlich die Wiederverschmelzung von Katholiken und Protestanten weitere Programmpunkte sind. Der geopolitisch Geschulte erkennt darin eine Reflexerscheinung des starken nationalen und sozialen Einheitswillens in dem Großostasien führenden Volke.

China ist davon noch weit entfernt und geht, ohne es zu merken, am Gängelband, Kappzügel und Nasenring des amerikanischen Sektenwesens und der von dort gelenkten „Christian Young Men's Association“ im Bann von „Amerikas Unsichtbarem Reich“, wie es Colin Roß in diesen Blättern so treffend geschildert hat; es wird dafür von den USA. aus gelobt und wirtschaftlich ausgebeutet, nachdem Bullitt bereits „Chinas Grenzen als die der USA.“ bezeichnet hat.

Angesichts der Unbefangenheit solcher Ansprüche wirkt der seinerzeitige, so heftig bestrittene Anspruch Baldwins auf den Rhein als Grenze Englands, der Japans auf den Amur geradezu bescheiden, und man wird es vor allem Thailand nicht verübeln dürfen (das durch die nachbarlichen Bemühungen Frankreichs und Englands von seinen einstigen 970 000 qkm vor 1867 erheblich beschnitten worden war), wenn seine „give back our land“ Bewegung über den kleinen Rückgewinn in Cambodja und Luang Prabang Genugtuung empfand. Denn schließlich spielte der Mekong im Empfinden der „Thai“ (Freien) eine ähnliche Rolle, wie im unsern der Rhein, und das Kulturdenkmal von Angkorvat eine ähnliche, wie das Münster von Straßburg, mindestens die Kathedrale von Metz. Überschaute man Frankreichs durch keinerlei geopolitisches Recht begründetes Gewaltvorgehen in Indochina einigermaßen unparteiisch, so ist es bei dem Rückgewinnungsprozeß Großasiens um einige seiner wertvollsten, ihm abgepreßten Besitztümer in Tokyo noch sehr gut davongekommen. Es hätte sich auch mit der ganzen Mekong- und Laos-Grenze abfinden müssen und froh sein dürfen, wenn es nur den wertvollsten Teil seines Raubes in Cochinchina, Anam und Tongking, mit dem Eisenbahnrückgrat von Saigon bis Hanoi behalten hätte. (Amar Lahiri in „Japan Times Weekly“, 1941, S. 481—483 Kte.)

Seltsam, daß in China so wenig von seinem Gesichtverlust im Süden die Rede ist, während es die Abschreibungen gegen Nordosten und Nordwesten zu mit so ganz andrer Zähigkeit behauptet, wie jüngst in dem Protest des Außenministers von Chunking gegen die gegenseitige Anerkennung ihrer Einflußgrenzen durch Japan und die Sowjetunion in Mandschurei und Äußerer Mongolei. Über beide Außenländer von einst versucht China seine Souveränität festzuhalten, obwohl es sich bei dem staatsrechtlichen Verhältnis zwischen Innerchina und Mandschurei der Tat nach weit eher um eine Souveränität der mandschurischen Tatsing-Dynastie

über China, als umgekehrt gehandelt hatte, was die Volksrepublik der blühenden Mitte im ersten demokratischen Freudensrausch ganz außer acht ließ und vergaß. Es war ein ähnlicher Rausch wie jener, der 1848 die deutschen Demokraten in der Paulskirche die verhängnisvolle volkspolitische Seite ihrer demokratischen Freuden im Osten übersehen ließ, die sich dann im Fremdvölkerreichstag von Kreamsier offenbarte.

Wer glaubt im Ernste, daß Mandschukuo, laut Volkszählung vom 1. 10. 1940, mit einer Einwohnerzahl von 43 233 954 (an neunter Stelle der großen Staaten, zwischen Italien, das es nahezu in der Volkszahl des Mutterlandes erreicht, und Frankreich, das es um fast 1,4 Millionen übertrifft), mit drei Großstädten von 1 135 801 (Fengtien) und 661 984 (Charbin), dann 544 202 (Hsingking, im raschen Wachsen) freiwillig je wieder in den Anhängselzustand der „drei östlichen Provinzen“ zurückkehre, den der Außenminister von Tschungking dafür proklamierte? Wer glaubt, daß es Binnenchina fertig brächte, Jugendverbände Großasiens aus Afghanistan, Chosen (Korea), Französisch-Indochina, Indien, Japan, Jung-China, Mandschukuo, Menchang (Innere Mongolei), Niederländisch-Indien, Philippinen, Südsee und Taiwan zu einer fruchtbaren Tagung zusammenzuführen, wie es die Ostasiensektion des Verbandes zur Unterstützung des Thrones in Japan tatsächlich fertig brachte?

So stemmen sich die Tatsachen dem Anspruch von Chungking entgegen, das Japan-Sowjetunion-Abkommen über die gegenseitige Anerkennung von Äußerer Mongolei und Mandschurei abzulehnen; Binnen-China versucht auf dem Papier einen Anspruch festzuhalten, der nur unter ganz anderen Umständen von China aus verwirklicht werden könnte. Kaum etwas beweist ja doch unwiderstehlicher nach außen, wer zur Zeit die Führung beim Neubau Ostasiens hat, als die völlige Blockade der chinesischen Küste durch Japan, das Abschneiden des letzten Binnenwegs über Futschau. Was vom Küstenmeerkorridor aus noch landeinwärts reist, sind die Tramp- und Zufallsbeiträge auf Schmuggelpfaden, wie sie etwa zur Zeit von Napoleons Kontinental Sperre nach Europa hereintröpfelten.

Geschichtliche Erinnerung sagt freilich dem Europäer, daß diese Sperre wenig mehr als ein Jahrzehnt zu halten war, und daß der Träger des Gedankens niederbrach und sein Gedanke mit ihm, aber auch, daß diesem Niederbruch eine menschenalterlange Ausbeutung des Festlandes durch ein klug geführtes Inselreich folgte. Weltgeschichte wiederholt sich nie in den gleichen Formen; aber sie gestattet Analogieschlüsse auf ähnliche Vorgänge; und schon in den letzten Tagen der Meijizeit sagte ein hoher japanischer Seeoffizier: „Nur wenn wir unsere verehrten Vorbilder ganz genau durchforschen und nachtiffeln, kommen wir auf ihre kleinen Schwächen.“ Japan hat vieler weißer Mächte kleine und große Schwächen sorgfältig beobachtet und zu meiden gesucht, nicht zuletzt bei seinem Erdteil-Aufbau-Verfahren für Großostasien.

Die ozeanische, pazifische Fassade dieses Baues einmal mit japanischen Augen, z. B. des Parlamentariers Yusuke Tsurumi (Japan Times Weekly, S. 487 und 498), zu sehen, mag nützlich sein, schon um sich klar zu machen, daß der Bau zwar auf zweieinhalbtausendjährigen Grundlagen, aber in nur 87 Jahren errichtet worden ist. Nicht einmal solange währte der 1513 von Balboa begonnene Versuch, den Pa-

zifik zu einem spanischen Privatmeer zu machen. Im Verlauf des Ringens darum schien in der Mitte des 18. Jahrhunderts, zu Cooks Zeit, die Möglichkeit britischer Vorherrschaft aufzutauchen. Aber seit 1582 hatte Rußland den Ural überschritten und sich in weniger als 80 Jahren zum Pazifik vorgearbeitet, ging nach Alaska über und schob sich längs der heutigen Küste von Kanada, im ganzen binnen 243 Jahren, bis zur Bucht von San Franzisko vor, wo Spanien 1825 mit ihm paktierte, während John Quincy Adams die USA. in den Pazifik vorwärtstriebe, damit er nicht ein russischer See werde. Davor bewahrte Rußlands amerikanischen Fühler der Zusammenbruch des Zarenreichs im Krimkrieg und der Verkauf Alaskas, 1867, eines der besten Terraingeschäfte der USA. Nun traten diese in den Vordergrund und sicherten sich bis 1899 die dafür nötigen Trittsteine, bis der Russisch-Japanische Krieg die Lage grundstürzend änderte. Für japanische Augen bahnte sich eine Drittelung des Pazifik zwischen USA., Japan und England an.

Alle Wechsel in der Vorherrschaft aber scheinen dem Japaner kurzfristige Angelegenheiten, mit Ausnahme der Verheißung, die vor mehr als 2600 Jahren Japan das Erstgeburtsrecht der Führung im Westpazifik und damit „eine klare Auffassung seiner Lage“ gegeben habe.

Wo aber ist die Südgrenze dieses Westpazifik vor Großasiens Wasserfront? Eben hier tritt die Begriffsspannung zwischen dem ostasiatischen Nanyo (Südozean), dem Südseebegriff der Westmächte und der USA. in scharfes Licht, nachdem der Norden in Ruhelage gegliedert scheint, weil sich Japan und Sowjetunion, wenn möglich, nicht mehr zur Freude Dritter bekämpfen wollen.

Da erinnert denn rechtzeitig ein anderer Japaner Australien daran, daß es „eine Insel im Pazifik“ sei und als solche so wenig abgeschleppt werden könne wie andere Inseln, sondern sich auf Teilung des Schicksals seiner Umwelt einrichten müsse.

Da scheine es schlecht angebracht, wenn Australien Japan Vorhaltungen über seine Bindungen an die Achsenmächte mache, sondern geopolitisch besser gedacht, ob Australien nicht seine Hand von brennenden Kastanien an Erdenstellen fernhalte, die es eigentlich nichts angingen.

Weder ein Teil der USA.-Boys mit ihrem mehr und mehr kriegslustigen Gehabe, noch der „Anzac“ (Australisch Neu-Seeländischer A. K.) scheint sich klar gemacht zu haben, daß die raumpolitische Ohnmacht der europäischen Achsenmächte von 1914 und die Isolierung des Japanischen Reiches von 1922, mit der Anglo-Amerikaner ihr Spiel treiben konnten, einer wenigstens die Alte Welt umspannenden Kräftezusammenfügung (Kombination) mit einem Raumgewicht und einem Menschenrückhalt gewichen ist, der mit dem starken Partner des Japanischen Reichs als stiller Teilhaber mit seinen 105 Millionen und den 44 von Mandschukuo willens- und zahlenmäßig wohl die stille Teilhaberschaft der USA. — die nachgerade sehr laut geworden ist — aufwiegt.

Wer aber sagt den Australiern, daß ihnen nicht im größeren pazifischen Rahmen von transpazifischen oder transatlantischen Unheilstiftern das Schicksal Norwegens, Hollands, Belgiens, Frankreichs, Südslawiens, Griechenlands zugeordnet ist, wenn sie sich noch lange in das Schicksal Ägyptens, Syriens, des Irak einmengen und die farbige Menschenflut Asiens gegen sich aufpeitschen? —

Die weiße Decke im indopazifischen Raum ist dünn!

Das sollten auch die Südafrikaner bedenken, denen im Heft V der Geopolitik von einem engeren Blutsgefährten holländischer Herkunft einige mahnende Blätter aus der eigenen Vergangenheit ins Stammbuch geschrieben wurden, das heute von britischem Imperialismus widerhallt, wie noch vor einem Menschenalter von den Klagen ihrer in den Konzentrationslagern verschmachtenden Frauen und Kinder, dem Todesschrei ihrer im Veldt gefallenen Besten.

Vielleicht genügen die blutigen Verluste an der Schwelle zum Indopazifischen Raum, um das runde Dutzend der darin herumschwimmenden weißen Millionen davon abzuhalten, auch ihn in Bewegung zu setzen und den Glückszuständen des Atlantischen Raums unter Englands glorreicher Führung entgegenzutreiben, was von den USA. aus für Juni angekündigt wird.

Kurznachrichten

KRIEGSEREIGNISSE. — Westen: Verschiedene Häfen und Rüstungszentren in England wurden schweren Luftangriffen unterzogen. Am 24. 5. versenkte das deutsche Schlachtschiff „Bismarck“ den britischen Schlachtkreuzer „Hood“, mit 42 000 t das größte Kriegsschiff der Welt, nach kurzem Gefecht in den Gewässern um Island. Am 27. 5. wurde das Schlachtschiff „Bismarck“ von einer feindlichen Übermacht 400 Seemeilen westlich von Brest versenkt. Mittelmeer: Am 20. 5. begann die größte Luftlandeaktion der bisherigen Kriegsgeschichte mit dem Einsatz von deutschen Fallschirmjägern und Luftlandetruppen gegen die Insel Kreta. Nachdem die aus der Luft gelandeten deutschen Streitkräfte die schwer befestigten Verteidigungsanlagen der Briten im Westteil der Insel niedergekämpft hatten, gelang mit Unterstützung von ebenfalls auf dem Luftweg herbeigeschafften Gebirgsjägern bereits am 29. 5. die Vereinigung mit den bei Rethymnon und Heraklion gelandeten Fallschirmtruppen und am 1. 6. die Vereinigung mit den am 28. 5. im Ostteil der Insel gelandeten Italienern. Am gleichen Tage wurde als letzter Hafen an der Südküste Sfakia eingenommen, womit die Eroberung der Insel beendet war. Es handelt sich bei der Eroberung Kretas um die erstmalige Einnahme einer Insel ohne Flotte allein aus der Luft. Die zur Unterstützung der britischen Streitkräfte auf Kreta herbeigeeilte britische Mittelmeerflotte erlitt unter den Schlägen der deutschen Luftwaffe gewaltige Verluste. Es wurden allein bis zum 26. 5. in den Gewässern um Kreta 7 britische Kreuzer von deutscher, 4 britische Kreuzer von italienischer Seite versenkt, dazu wurden 8 Zerstörer, 5 Schnellboote und 1 U-Boot vernichtet. Mehrere feindliche Einheiten, darunter ein Schlachtschiff, wurden schwer beschädigt. Auf der Insel selbst wurden rund 13 000 Gefangene gemacht. Afrika: Vorüber-

gehend in Sollum eingedrungene Briten wurden wieder zurückgeworfen. Der Ring um Tobruk wird immer enger, alle Ausfallversuche der Briten wurden abgeschlagen. Die deutsche Luftwaffe bombardierte erfolgreich Alexandria. Die italienischen Truppen bei Amba Aladschi (Ostafrika) mußten den Kampf einstellen, an anderen Stellen in Abessinien geht der Kampf weiter. Orient: Die Briten nahmen im Irak Bagdad und Mossul. Britische Lufteinheiten griffen wiederholt Syrien an. Am 8. 6. gingen britische Landtruppen in Verbindung mit Verbänden de Gaulles zum Angriff auf das Territorialgebiet Syriens über.

DEUTSCHES REICH. — Der Führer empfing den Vizepräsidenten des französischen Ministerrates, Admiral Darlan; den kroatischen Staatsführer Dr. Pawelitsch; König Boris von Bulgarien. Auf dem Brenner fand eine Unterredung zwischen dem Führer und dem Duce statt. — Die Grenze zwischen dem Reich und Kroatien, sowie die Wiederangliederung der Südsteiermark an das Reich wurden durch Vertrag festgelegt.

FRANKREICH. — Admiral Darlan gab bekannt, daß Großbritannien seit dem Waffenstillstand 167 französische Schiffe mit 792 000 BRT im Werte von 120 Milliarden Franken beschlagnahmt oder versenkt hat. — Britische Flugzeuge bombardierten den tunesischen Hafen Sfax.

GROSSBRITANNIEN. — Die Absicht der Regierung, in Nordirland die Wehrpflicht einzuführen, wurde angesichts der Volksstimmung aufgegeben. — Syrien und Libanon wurden in die Blockade einbezogen.

ISLAND. — Das Parlament (Althing) beschloß die Erhebung Islands zur selbständigen Republik.

ITALIEN. — Der ungarische Ministerpräsident und der kroatische Staatsführer weilten in Italien. — Auf kroatischen Wunsch wurde

der Herzog von Spoleto als Tomislav II. zum kroatischen König erhoben. — Durch Vertrag wurde die italienisch-kroatische Grenze festgelegt; Teile der dalmatinischen Inseln und Küstengebiete wurden an Italien übergeben. — Der italienische König besuchte Tirana.

JAPAN. — Die japanische Maioffensive in China setzte in fünf Provinzen gleichzeitig ein.

KANADA. — Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht wurde abgelehnt.

KROATIEN. — Siehe unter „Deutsches Reich“ und „Italien“. — Die Grenze zwischen Kroatien und Serbien wurde festgelegt. — Sicherheitsmaßnahmen wurden gegen die Matschek-Gruppe ergriffen.

PORTUGAL. — Die Besatzung der Azoren wurde weiter verstärkt. — Mit Spanien wurde

ein Abkommen über die Vereinfachung des Handelsverkehrs getroffen.

SPANIEN. — Es fand ein großes innenpolitisches Revirement unter den führenden Persönlichkeiten statt.

TÜRKEI. — Die Güterdurchfuhr nach dem Irak wurde gesperrt.

UNION DER SOZ. SOWJETREPUBLICEN. — Der bisherige Vorsitzende des Rates der Volkskommissare, Molotow, wurde seines Amtes enthoben. Den Vorsitz übernahm Stalin. — Die USSR anerkannte die gegen England Krieg führende irakische Regierung.

VER. STAATEN VON NORDAMERIKA. — Amerikanische Militärattachés wurden für Südafrika ernannt.

(Abgeschlossen am 8. 6. 1941.)

WOLFGANG SCHWARZ:

Späne

Papierkrieg und Blitzkrieg

„Das Paradoxe des gegenwärtigen Krieges ist“, so schrieb der Vertreter der „Göteborgs Handels- och Sjöfarts-Tidning“ zu Rom im März dieses Jahres gedankenvoll nieder, „daß anscheinend mehr Waffen hergestellt werden, um sie gegeneinander aufzufahren, als um mit ihnen zu kämpfen. Die kriegführenden Mächte weichen Zusammenstößen aus; sie sind damit zu der mittelalterlichen Kampfesweise zurückgekehrt, die Machiavelli in seiner Geschichte von Florenz beschrieb. Damals trafen Carmagnola, Francesco Sforza, Niccolo Piccinino und andere, gegeneinander im Felde liegende Truppenführer miteinander kunstgerechte Abkommen, die es ihnen ermöglichten, Schlachten zu vermeiden und gleichzeitig doch militärische Entscheidungen zu erreichen. Wenn die strategische Lage sich so zugespitzt hatte, daß der Kampf Mann gegen Mann unmittelbar bevorstand, stellten sie ihre gegenseitige Stärke an Soldaten, Pferden und Bewaffnung fest; wer dem anderen zahlenmäßig überlegen war, wurde zum Sieger erklärt. Auf diese Weise waren Schlachten und Kriege ohne Verluste kostbaren Menschenlebens möglich.“

Der Verfasser macht also kein Hehl daraus, wie sehr ihm eine solche fast schon zauberhafte Verwandlung des Krieges in einen Papierkrieg gefiel: Der weltdemokratische Idealzustand wäre in der Tat erreicht, wenn es gelänge, das Reich durch die bloße Aufstellung drohender Rüstungskapazitäten zum Weichen zu bringen. Doch als die römische Epistel des schwedischen Staatsbürgers am 9. April in seinem Göteborger Heimatblatte erschien, hatte das deutsche Rüstungspotential

sich bereits seit dem 6. April als Blitzkrieg auf dem Balkan zu entladen begonnen. Denn „das Unglück schreitet schnell“...

Pferde, Banderillo, Matador und Stier

Im Herbst 1939 verglich die Züricher „Weltwoche“ die Rolle Polens im Krieg mit der Rolle des Pferdes im Stierkampf. „Das Pferd kann den Stier nicht besiegen, aber es schwächt ihn, indem es sich ihm entgegenstellt; sein Opfer trägt zur Niederlage des Stieres bei.“ Dieser Vergleich ist so schön, daß die Schweizer Wochenschrift jetzt, nach anderthalb Kriegsjahren, auf ihn zurückkam. Sie schrieb (am 18. April): „In dem gewaltigen Stierkampf, den dieser Krieg darstellt, haben die tragische Rolle des Pferdes, teils freiwillig, teils unfreiwillig, nach Polen auch noch Norwegen, Holland, Belgien und Frankreich gespielt; jetzt sind Jugoslawien und Griechenland an der Reihe. England aber spielt die Rolle des Banderillos, der den Stier ermüdet und reizt, indem er ihm, geschickt vor- und rückspringend, seine Fähnchen in die Flanken steckt. Amerika aber möchte, darüber lassen die Reden seiner Staatsmänner keinen Zweifel, in diesem Stierkampf die Rolle des Matadors spielen, welcher dem abgekämpften Stier zuletzt den tödlichen Degen ins Genick treibt. Aber es ist durchaus nicht sicher, ob Amerika je die von ihm erstrebte Rolle spielen wird: gibt es doch bekanntlich auch Stierkämpfe, wo zuletzt nicht der Matador Sieger bleibt, sondern wo ein besonders starker Stier Pferde, Banderillo und zuletzt sogar den Matador über den Haufen rennt, um endlich als alleiniger Sieger aus dem Drama hervorzugehen.“

Elf Hauptstädte . . .

Marschtritt und Musik deutscher Truppen hallen in mehr außerdeutschen Hauptstädten wider als je in der Geschichte; die einen wurden im Sturm genommen, die anderen öffneten als Freunde ihre Tore. Nach der Einnahme Athens, am 29. April, zählte „Vanguardia Española“ (Barcelona) sie alle auf:

„Warschau: an den Ufern der Weichsel breit hingelagert, schon wieder über siegreiche Fremdlinge und das eigene Unglück bekümmert. Oslo: hell und kühl zwischen Meer und Bergen gelegen. Kopenhagen: mit seinen Palästen, die an Hamlet und den Geist Bankos erinnern. Den Haag: am Meere zusammengedrängte, hübsche, kleine Residenzstadt. Luxemburg: mittelalterlich und zugleich modern, von Hochöfen und vom großherzoglichen Schlosse überschattet. Brüssel: seine herrlichen Plätze halten die Erinnerung an Spaniens stolze Krieger fest. Paris: die Lichtstadt im Dunkel, gestern noch vor Reichtum und Schönheit glänzend, heute arm, hungrig und finster. Bukarest: das ‚Paris des Ostens‘ verträumt. Sofia: verstaubt und doch in stillem Stolz. Belgrad: vor kurzem noch übermütig, seine Größe in einem Augenblick ins Nichts verwandelt, nun im Elend. Schließlich Athen: Minervas Stadt, im Kranz von Olivenhainen unter der strahlenden Mittelmeersonne, reich an Geschichte und Ruinen. Dem Reigen der Hauptstädte hat sich nur noch eine nicht zugesellt, die reichste von allen: an dem Tage, an dem sie das Dutzend voll macht, ist der Krieg zu Ende.“

Auf dem Wege zum Wasserkopf

„Die Washingtoner Telefonfräuleins sind so gewöhnt, ‚Leitung besetzt‘ zu erwidern, daß sie das neuerdings häufig schon tun, bevor man überhaupt die Nummer der gewünschten Verbindung genannt hat: so sehr sind die Telefon-

zentralen der Landeshauptstadt von Anrufen überlastet. Als man zu Ostern das Kirschblütenfest feierte und ‚Die Töchter der amerikanischen Revolution‘¹⁾ zu ihrer alljährlichen ‚Konterrevolution‘ zusammentrafen, brach die Besucherflut alle Dämme. In den 28 Hotels ersten Ranges war ohne Vorbestellung nicht ein Zimmer zu haben, im ganzen ‚District of Columbia‘ kein unbesetzter Raum zu finden, viele Betten in zwei Schichten vermietet. 200 000 Menschen waren in eine Stadt eingebrochen, die an sich schon übevölkert ist.

Durch die New Deal-Behörden ist die Einwohnerschaft Washingtons in zehn Jahren um 36,2% angeschwollen. Im Frühjahr 1940 hatte sie die 663 000 überschritten. In den letzten zwölf Monaten zogen weitere 70 000 Personen zu. Der Staat stellt jeden Monat 4000 Frauen und Männer neu in seine Dienststellen ein. Banken, Bars, Dirnen, Hotels, Gaststätten, Grundbesitzer sind die Hauptnutznießer des ‚Booms‘. Mit 23 Dollar steht Washington an der Spitze der Welttrangliste des Durchschnittswochenlohnes je Kopf. Am 1. und 15. werden dort 20 Mio Dollar Gehälter und Löhne aus den Staatskassen an Arbeiter, Angestellte und Beamte gezahlt. Die Warenhausverkaufsziffern stiegen in fünf Jahren von 57 auf 85 Mio Dollar jährlich; ein Einheitspreisgeschäft setzte im Laufe eines Jahres 40 000 Weckeruhren ab. Der städtische Verkehr lag 1940 um 108% über dem von 1933. Die Parkplätze quellen von Privatwagen über; sie schleichen Stoßstange an Stoßstange mit 4000 Kraftdroschken im Schrittempo durch die Straßen. Die Makler sind auf der Jagd nach Grundstücken für sechs neue öffentliche Riesengebäude. Stahlgerüste neuer Mietskasernen, Hotels, Privathäuser recken sich in den lauen Frühlingshimmel. Eine ganze Kriegsflut von Beschäftigten, Geschäftemachern und Geschäftsleuten sucht in Washington Unterkunft (‚Time‘, 21. 4.).“

1) Der in der Tradition von 1776 erstarrte feudalste Frauenklub der USA.

HEINZ K. HAUSHOFER

Ländliche Arbeitsverfassung, Landflucht und Siedlung

Die Tatsache der Abwanderung von 1,5 Millionen Deutschen aus der Landwirtschaft in den letzten Jahren hat das Verhältnis zwischen ländlicher Arbeitsverfassung und Landflucht brennender gemacht, als es jemals in der deutschen Geschichte war. Das Schrifttum zu dieser Frage zeigt, ganz konsequent, eine Entwicklung von der allgemeinen Problemstellung zum Konkreten, die am Beispiel zu zeigen ist.

Noch M. Hainisch muß sich in seinem ersten und deshalb auch noch heute dankenswerten Buch über „Die Landflucht“ von 1924 sehr allgemein, teils begrifflich, teils historisch mit der Frage auseinandersetzen. Auch noch Quante muß sich 1933 eingehend mit den vorhergegangenen Theorien beschäftigen, ehe er auf Grund des Tatsachenmaterials der preußischen Statistik den bisher gebräuchlichen Begriff „Landflucht“

auch im Titel seines Buchs umstellt auf „Die Flucht aus der Landwirtschaft“. Die Aufgabe des Statistikers, bevölkerungspolitische Grundtatsachen zur Lösung der Frage bereitzustellen, wird dann durch Burgdörfers „Zurück zum Agrarstaat“ von 1933 bestätigt.

Die beiden grundsätzlichen Neuerscheinungen von 1940 und 1941 zur Flucht aus der Landwirtschaft, die hier zu besprechen sind, belegen die Tatsache, daß heute nur der ein Recht hat, zu dieser Frage zu schreiben, der konkret in den wirklichen Ablauf des Vorgangs der letzten Jahre einzudringen in der Lage ist. In den Jahren 1938 bis 1940 ist im Auftrage der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung das Gemeinschaftswerk „Die ländliche Arbeitsverfassung im Westen und Süden des Reiches“ entstanden¹⁾, das von Konrad Meyer mit seinen Mitarbeitern Thiede und Froese herausgegeben und bearbeitet wurde. Der vorliegende Band stellt den vor dem Kriege fertiggestellten ersten Teil eines größer geplanten Gesamtwerks dar, der eine Tatsachen- und Problemdarstellung der einzelnen Teilräume bringt. Vorgesehen war weiterhin, den Neuaufbau der Lebens- und Arbeitsordnung auf dem Lande darzustellen und zuletzt die gleichen Fragen bei fremden Völkern zu untersuchen. Der vorliegende Teil schließt den deutschen Nordosten wegen der tiefgehenden Veränderungen durch den Krieg aus.

Die Arbeit ist gegliedert in die größeren Teilräume Niederdeutschland, Mitteldeutsches Bauernland, Rheinland und Oberdeutscher Westen, Alpenvorland und Alpenraum; diese sind wieder z. T. nach Ländern, z. T. nach Landesbauernschaften untergegliedert. Ein näheres Eingehen auf diese Unterabschnitte ist — so erwünscht es wäre — aus Platzgründen unmöglich. Grundsätzlich läßt der Vergleich der einzelnen Landschaften und ihrer Probleme wieder erkennen, wie außerordentlich verschieden sie innerhalb des Deutschen Reiches liegen — so daß es zwar ein agrarpolitisches Ziel, aber sehr vielfältige Wege geben muß, um es zu erreichen. Zusammenfassend ist zu sagen, daß der (410 Seiten starke) Band als gedrängteste Darstellung des Standes vor dem Kriege, zugleich der Leitfaden für die Inangriffnahme nach dem Kriege sein wird.

Das fränkische Land ist im besprochenen Sammelwerk durch einen Beitrag von K. Seiler und W. Hildebrandt vertreten. Dieser Bericht stellt einen Auszug aus der umfangreicheren Arbeit der beiden Verfasser „Die Landflucht in Franken“ dar²⁾, die auf Vorarbeiten aus den Jahren 1935—1937 zurückgeht, und damit die neue Landflucht vom Zeitpunkt ihrer Entstehung an verfolgt hat. Die Drucklegung erfolgte gleichfalls auf Anregung des Obmanns der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung. Die Arbeit darf als die bisher gründlichste auf diesem Gebiet gelten. In einem ersten Teil ist Umfang und Verlauf der Landflucht in Franken mit aller nur wünschenswerten statistischen Exaktheit dargestellt, in einem zweiten Teil deren Ursachen. Hier gehen die Verfasser bis zu den letzten betriebswirtschaftlichen und psychologischen Wurzeln der Landflucht zurück, als deren hauptsächlich erscheinenden: die Verbreitung der Landmaschine mit ihrer Revolutionierung des Arbeitseinsatzes im Betrieb, Verkehrserschließung und Marktverflechtung, Angst vor der Proletarisierung im Zusammenwirken mit der zunehmenden Arbeitsüberlastung und das Zurückbleiben des Lebensstandards.

Daß diese Nachtseiten der heutigen Lebenswirklichkeit des Bauern nach Beendigung des Krieges mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft und abgeschwächt werden müssen, steht außer Zweifel. Die politische Durchsetzung der notwendigen Mittel verlangt Einsicht des Gesamtvolks. Dem Zweck, die Grundlagen dafür zu geben, dient „Der Bauernspiegel Großdeutschlands“, herausgegeben und zum Teil geschrieben von K. Springenschmid und S. Strohmeier³⁾. In 14 Lebensbildern werden deutsche Bauernhöfe mit dem Leben auf ihnen herausgegriffen: Alpenbauer, Heidebauer, Marschbauer, Gemüsebauer (aus dem Spreewald), Weinbauer von der Mosel usw. bis zum deutschen Bauern im Südosten. Durchwegs ist eine Verbindung von sachlich einwandfreier Betriebs- und Landschaftsschilderung mit typischen Abläufen des bäuerlichen Tages und Lebens angestrebt und weitgehend erreicht worden. Der Reichsbauernführer be-

1) Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung. Die ländliche Arbeitsverfassung im Westen und Süden des Reiches. Beiträge zur Landfluchtfrage. Heidelberg, K. Vowinkel Verlag, 1941. 410 S.

2) K. Seiler-W. Hildebrandt, Die Landflucht in Franken (Berichte zur Raumforschung und Raumordnung, Band III). Leipzig, K. F. Koehler Verlag, 1940. 141 S.

3) K. Springenschmid-S. Strohmeier, Der Bauernspiegel Großdeutschlands. Geleitwort von R.W. Darré. Leipzig, Verlag Ph. Reclam jun., 1940. 350 S.

grüßt in seinem Geleitwort zu Recht, „daß das deutsche Volk in einen Spiegel schauen kann, aus dem sein eigenes bauerliches Blut zu ihm spricht.“

Dieses Spiegelbild ist keine blasse Reminiszenz aus der Vergangenheit des deutschen Volkes und kein unerfüllbarer Wunschtraum in seine Zukunft. Den handgreiflichen Beweis für seine heutige Möglichkeit und Verwirklichung erbringt das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft mit seinem Rechenschaftsbericht über seine Siedlungstätigkeit 1933—1939: „Neubildung deutschen Bauerntums im nationalsozialistischen Deutschland“⁴). Der Bericht enthält 35 Abbildungen neuer Bauernhöfe und Bauerndörfer, die 1933—1939 entstanden sind, und ermöglicht damit einen Eindruck von Lebensfähigkeit, Zweckmäßigkeit und — Schönheit dieser 21 000 neu gegründeten Höfe — ein Eindruck, der wegen ihrer Zerstreutheit und Abgelegenheit dem einzelnen vielfach verschlossen war. Dieser Eindruck kann ganz wesentlich dazu beitragen, diesem großen Werk im Herzen des Volkes den Platz zu sichern, der ihm vor seiner Geschichte zukommt. Denn es darf nicht verhehlt werden, daß die Neugründungen von Bauernhöfen hinsichtlich des erweckten Eindrucks und damit ihrer Volkstümlichkeit hinter anderen technischen Großleistungen zurückstehen — ein Umstand, der keine deutsche Eigentümlichkeit, auch nicht eine solche des 20. Jahrhunderts ist. Wohl aber handelt es sich um ein Symptom, dem Aufmerksamkeit zu widmen ist. Dem Bericht des Reichsernährungsministeriums ist darum die weiteste Verbreitung zu wünschen.

Das großartigste Beispiel für die Neubildung von Bauerntum im germanischen Raum ist die Besiedlung der Zuidersee, über die nun eine erste eingehende deutsche Arbeit von J. H. Haefs vorliegt⁵), die mit Kartenskizzen, Landaufteilungsplänen, Baugrundrissen, Flugbildern und Ansichten genügend ausgestattet ist, um einen vollständigen Eindruck dieses beispielhaften Unternehmens zu geben. Haefs arbeitet auch die geistigen Triebkräfte gut heraus, die zu diesem (lange Zeit so

genannten) „nationalen Plan“ geführt hatten und ihn zu einem wesentlichen Teil auch zur Vollendung kommen ließen, trotzdem eine rein kaufmännische Abrechnung über das Zuiderseewerk bis heute noch nicht möglich war. Es war also nicht Rücksicht auf die erwartete Wirtschaftlichkeit des Unternehmens, welche das Werk auch durch alle Klippen parlamentarischer Entscheidungen hindurchführte, sondern der zähe Wille des holländischen Volkes zur Landgewinnung, das in diesem Zusammenhang „das Geld als einen unbrauchbaren Maßstab“ empfand (van den Briel). Echter bauerlicher Sinn äußert sich dabei in dem Ausspruch: „Man wint het Land voor de deerde Hand“, d. h. für den Enkel. Die Überwindung der Schwierigkeiten der endlichen Besiedlung und Nutzbarmachung des neugewonnenen Landes zeigt das musterhafte Zusammenwirken von Praxis und Wissenschaft, das wir schon von holländischer Koloniallandwirtschaft kennen. (Wir verweisen auf die Besprechung des Berichts von Gretzer im Maiheft 1940 der Z. f. G., Seite 247!) Die Prüfung des Verhältnisses zwischen dem kolonialen Lebensraum Hollands und der Landgewinnung für den eigenen Volksboden läßt den gesunden Instinkt des Holländers auch für die deutsche Bodenpolitik unter Berücksichtigung späterer eigener kolonialer Möglichkeiten beispielhaft erscheinen. Auch die größten kolonialen Möglichkeiten entbinden nicht davon, die als richtig erkannte Siedlungspolitik im eigenen Land unbeirrbar fortzuführen. Ein Beweis für die Anerkennung dieses Grundsatzes durch das Deutsche Reich ist allein schon der Umstand, daß die Trockenlegungsarbeiten im Gebiet der Zuidersee auch nach dem deutschen Einmarsch und der Kapitulation Hollands fortgesetzt werden!

Zur deutschen Siedlungsgeschichte liegen drei neue Arbeiten aus dem ostdeutschen Raum vor: aus Schlesien, der ehemaligen Grenzmark Posen-Westpreußen und aus Pommern, die erstere aus der Breslauer Schule von H. Aubin, die letztere aus dem Wirtschaftsgeographischen Institut der Handelshochschule Königsberg (Prof. Scheu). Es sind die folgenden: „Siedlung und Wirtschaft im Isergebirgslande“ von W. Trillmich⁶); „Die zweite deutsche

4) Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Neubildung deutschen Bauerntums im nationalsozialistischen Deutschland. Berlin, Reichsdruckerei, 1940.

5) J. H. Haefs, Die Besiedlung der Zuidersee. 220 000 Hektar Neuland in Holland (Schriften für neues Bauerntum, herausgegeben vom Forschungsdienst, Heft 56). Deutsche Landbuchhandlung Berlin, 1940, 113 S.

6) W. Trillmich, Siedlung und Wirtschaft im Isergebirgslande bis an die Schwelle des Industriezeitalters. Ein Beitrag zur kulturellen Gemeinschaft im gesamtschlesischen Raum (Breslauer Historische Forschungen, Heft 11). Breslau, Verlag Priebatsch's Buchhandlung, 1939. 139 S.

Ostsiedlung im Drage- und Küddow-Gebiet“ von H.-G. Ost⁷⁾ und „Der Kreis Lauenburg in Pommern“ von H. Kopittke⁸⁾. Bei allen drei Arbeiten handelt es sich um methodisch einwandfreie, auf den Quellen (Hufenregister u. a.) beruhende Untersuchungen über die stufenweise Ausgestaltung des Siedlungsraumes, dessen eigentliche Geschichte mit seiner

7) H.-G. Ost, Die zweite deutsche Ostsiedlung im Drage- und Küddow-Gebiet (Grenzmark Posen-Westpreußen), 1. Teil: Wandlungen im Siedlungsbild eines Abwanderungsgebietes (Deutschland und der Osten, Band 14). Leipzig, Verlag Hirzel, 162 S., Karten und Pläne.

8) H. Kopittke, Der Kreis Lauenburg in Pommern. Entstehung und Leistung von Großgrundbesitz und Bauertum. 1. Teil: Der Siedlungsraum (Wirtschaftsgeographische Arbeiten, Heft 4). Breslau, Verlag F. Hirt, 1940, 111 S.

deutschen Zeit beginnt. Der späteren Wirtschaftsentwicklung entsprechend endet Trillmich bei der Auseinandersetzung zwischen bauerlicher und handwerklich-industrieller Lebensform, während bei Ost und Kopittke die Spannung zwischen Bauer und Grundherr die späteren Veränderungen des Siedlungsbildes mitbestimmt (wie dies im Untertitel bei Kopittke zum Ausdruck kommt: „Entstehung und Leistung von Großgrundbesitz und Bauertum“). Solche Arbeiten, die sich im ostdeutschen Raum zu einem mehr oder minder dichten Netz verbinden, bedeuten letzten Endes nichts anderes, als eine zweite geistige Landnahme — und das verleiht ihnen, über die jeweils bearbeitete Landschaft hinaus, ihren geschichtlichen Wert.

„Kieler Blätter“ und Geopolitik

Vor uns liegt mit Heft 3/4 der „Kieler Blätter“ (Jahrg. 1940, Karl Wachholtz Verlag, 405 S., RM. 4.—) ein stolzer Beweis, was eine Hochschule für Volkserziehung zu politischem Verständnis an Zusammenbau leisten kann, wenn sie einig ist, zielbewußt geführt wird und der Universitas im edelsten Sinn dienen will, wobei notwendig für die Geopolitik in ihrem weltumspannenden Streben viel abfallen muß.

Das beginnt mit dem Heldenlied auf Schöneemann, den jung gefallenen hervorragenden Südostkenner, das wunderbar Persönliches und Sachleistung zur Einheit schmiedet. Ritterbusch führt den Faden fort mit Geschichte (und Geopolitik!) des Intelligence Service (dessen Spuren wir in Indien, Malaya, Japan,

China und Mitteleuropa oft genug gekreuzt haben, um zu wissen, welches Verdienst ihre Beleuchtung ist). Verwandte Wege wandeln Weinhandt, Hildebrandt, Naumann, Bock, Redcker, Dietze, Becker (dessen größeres Werk jüngst hier besprochen ward), Ihlenburg, Hoffmann, Boyens, Glatzel: immer fallen dabei kostbare Handstücke für das geopolitische Weltbild ab, die mit reichem Wert ihre Einfügung lohnen.

Was darüber hinaus die Seele erfrischt, ist der Eindruck einer Lebendigkeit, eines geistigen Führungswillens, der an die besten Zeiten deutscher Hochschulen in den Befreiungskriegen und der Entstehung der ersten Kieler Blätter gemahnt.

K. Haushofer.

EINZELBESPRECHUNGEN

Brief an Ralph Colin Roß

Lieber Ralph Colin Ross,
als ich dieser Tage von Ihrem Verlag mit einigen höchstpersönlichen Zeilen Ihr Buch: Von Chicago nach Tschunking¹⁾ übersandt erhielt, stieg als erstes die Frühlingswiese wieder vor mir auf, auf der wir uns bei unserem ersten längeren Zusammentreffen herumgetollt haben,

1) Ross, Ralph Colin: Von Chicago nach Tschunking, Berlin 1941, Verlag „Die Heimbücherei“, RM. 5,80.

— jene Wiese hinter dem Haus, das Ihre Eltern oberhalb Montreux als zeitweise Herberge bezogen hatten, und wohl einer jener Erdenflecke, der auch in Ihrer, durch die Schönheiten der ganzen Erde verwöhnten Familie wegen der gewaltigen und doch lieblichen Schönheit seines Blickes über den Genfer See und die Savoyer Alpen seine Erinnerung bewahren wird. Dort waren Sie ein richtiger, prachtvoller Lausebengel und noch längst nicht zu dem gesitteten „Sie“ heran-

gewachsen, das heute unsere Beziehungen ins Männlich-Erwachsene verwandelt hat.

Heute nun — es scheint mir gar nicht so viele Jahre her — liegt Ihr erstes Buch vor mir, und Sie wollen wissen, was ich dazu zu sagen habe.

Daß Sie mit Ihrer frischen Art zu sehen, die Wahrnehmungen in die Hand zu nehmen, umzuwenden und auf ihren Gehalt zu betrachten, — daß Sie bei Ihrer seit früh hervortretenden Fähigkeit, diesen Wahrnehmungen Ausdruck zu geben, bald ans Schreiben kommen würden, war Ihren Freunden klar. Sicher aber war es ein großer Entschluß von Ihnen, selbst mit einem Buch hervorzutreten, zumal ja Ihr Vater den gleichen Erlebnisstoff in Aufsatz, Buch und Film behandelt hat. Es war gut, daß Sie Ihrer Bescheidenheit diesen Entschluß abgerungen haben. Denn Sie haben zwar vieles von Ihrem Vater gelernt; aber das Eigentliche dieses Buches sind doch Sie selbst. Es liegt ein ganz besonderer Reiz darin, die Veröffentlichungen Ihres Vaters mit Ihren Anschauungen zu vergleichen: es ist, bei gleichen Tatsachenunterlagen, bei oft ähnlicher Technik, das um eine Generation verschobene Bild.

Darum sprechen Sie auch so deutlich zur Jugend. Was Sie zu sagen haben, kommt aus ihrem Blickfeld, macht bewußt halt vor Fragen, die sich erst dem reiferen Alter erschließen, und ist gerade darum geschlossen und auch dem Erwachsenen wichtig.

Und noch eines, was mich an Ihrem Buch besonders ansprach: Sie photographieren auffallend gut. Die Bilder, die Sie zeigen, haben durchweg Blick für das Wesentliche, dabei aber ein ausgeprägtes Gefühl für Aufbau und Aufteilung des Bildganzen, sind durchweg klar und darum überzeugend in dem, was sie sagen sollen.

Sie sehen, lieber Ralph, Sie haben mir mit der Übersendung dieses Buches eine Freude bereitet. Ich hoffe und weiß, daß nicht nur ich es gern und mit Anteilnahme lese, sondern ein großer Kreis von Jugend und Erwachsenen. Möge dieser Erstling, gewachsen und gestaltet in einer Zeit, die mehr noch als der Krieg 1914—1918 das ganze Gesicht der Welt umwühlt, ein guter Auftakt sein für das spätere Schaffen, das hinter Ihrer jetzigen Soldatenzeit liegt.

Ihr

Kurt Vowinckel.

Richard v. Kühlmann: Die Diplomaten.

Verlag Reimar Hobbing, Berlin 1939. 200 S.

Verf. unternimmt eine reizvolle Kreuzfahrt durch das Wesen der Diplomatie, die er mit einem kurzen Rückblick auf vier hervorragende Diplomaten — Metternich, Talleyrand, Cavour, Bismarck — und mit kurzen biographischen Skizzen über „die Botschafterin“ Fürstin Pauline Metternich sowie einige führende Diplomaten der neueren Zeit beginnt. Der zweite Teil des Buches ist dem Wesen der zeitgenössischen Diplomatie, der diplomatischen Laufbahn und den Auslandsmissionen gewidmet. Ein sehr reizvolles Kapitel über den Unterschied zwischen militärischem und diplomatischem Denken beschließt eigentlich das Buch. Man erhält einen sehr aufschlußreichen Einblick in die Tagesarbeit und Technik der Diplomatie, und wenn auch die philosophischen Hintergründe des diplomatischen Denkens und Handelns nur sehr zart und vorsichtig am Rande gestreift werden, so erhält man doch aus der sehr flüssigen Darstellung eine Ahnung davon, wie sich in der Diplomatie der nüchterne Alltag mit jenen großen Dingen vereinigt, die eigentlich Gegenstand der Diplomatie sind.

R. v. Schumacher.

Dr. Theodor Weiter: Nationale Autonomie. Verlag Wilhelm Braumüller, Wien-Leipzig 1938. 316 S., RM. 9.60.

Wir weisen auf dieses Buch besonders hin, weil es eine systematische Behandlung des gesamten Autonomierechts liefert und außerdem eine Übersicht über alle wichtigen verwirklichten Autonomien wie auch über die Vorschläge und Entwürfe hierzu gibt. Dabei sind nicht einmal so abseitige Themen wie die Autonomie der nichtgriechischen Klöster auf dem Berge Athos vergessen. Heute hat sich allerdings viel geändert, und die Zukunft wird sicherlich mit ganz neuen Formen nationaler Autonomie rechnen müssen. In einem umfangreichen Materialienanhang sind die Texte wichtiger Autonomie-Urkunden wörtlich wiedergegeben. Auf das umfangreiche Schrifttumsverzeichnis sei besonders hingewiesen.

R. v. Schumacher.

Nikolaus Negrelli-Moldelbe: Die Lüge von Suez. Der Lebenskampf des deutschen Ingenieurs. Vorwerk-Verlag Darmstadt/Berlin 1940. 270 S.

Nachdem über den Suezkanal bzw. seine Gründer, seine Bedeutung und seine Macht

eine ganze Reihe von Schriften erschienen sind, war es gut, daß man sich wiederum des Ostmärkers Alois v. Negrelli erinnert, der der eigentliche Schöpfer des Suezkanals ist. Verfasser der Biographie, die im Vorwerk-Verlag Darmstadt vorgelegt wird, ist der Urenkel des ersten Planers des im vorigen Jahrhundert erbauten Suezkanals. Er will den Namen seines Vorfahren dem deutschen Volk in die Erinnerung zurückrufen, um das Bewußtsein an die Tatsache zu erhalten, daß nicht der Franzose Lesseps derjenige war, der die geniale Schöpfung dieses Kanals konzipierte, sondern daß ein Deutscher zuerst endgültig die Möglichkeit eines Kanalbaues nachwies und auch die gesamten Pläne hierzu entwarf. Man hat ihm diesen Plan geschickt entwun-

den, so daß ein Fremder sich mit den geistigen Leistungen eines Deutschen schmücken konnte. Erst spät hat man sich Negrellis erinnert, man hat ihm schließlich ein Denkmal gesetzt, aber Gerechtigkeit ist ihm doch nicht widerfahren. Heute, wo der Kampf um den Suezkanal in sein entscheidendes Stadium getreten ist, ist es an der Zeit, daß man sich seiner Persönlichkeit erinnert, die ihren Zeitgenossen wohlbekannt war, in den Augen der Nachfahren aber durch das Glück eines geschickten Routiniers überschattet wurde. Der Verfasser bemüht sich mit viel Geschick um diesen großen Deutschen. Eine interessante, gute, fleißige, mit Begeisterung geschriebene und mit vorzüglichem Bildmaterial ausgestattete Biographie.

R. v. Schumacher.

Diesem Heft liegen ein Prospekt vom Verlag DIETRICH REIMER (Andrews & Steiner), Berlin SW 68, und ein Prospekt des KURT VOWINCKEL VERLAGES, „Geopolitik im Kartenbild“, bei, die wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.

Kurt Vowinkel Verlag, Heidelberg—Berlin — Druck: Spamer A.-G., Druckerei, Leipzig O 5 — Verantwortlich für den Inhalt: Professor Dr. Karl Haushofer, Generalmajor a. D., München O 27, Kolberger Str. 18 — Schriftleitung: Kurt Vowinkel, Heidelberg — Verantwortlich für die Anzeigen: Werner Wachsmuth, Berlin — Zur Zeit P. L. 4 gültig

HANS PFLUG
**Deutschlands
Raumschicksal**

AUS DEM INHALT:

Soldaten erleben Deutschland
Lebensraum und Raumschicksal
Das Land in der Mitte Europas
Der Bodenaufbau als Raumschicksal
Deutschland und das Meer
Raumschicksal unter der Erde
Das deutsche Land in der Geschichte
Raumschicksal als Aufgabe

48 Seiten Text mit fünffarb. Reliefkarte

RM 1.50

Kurt Vowinkel Verlag
Heidelberg — Berlin — Magdeburg

**Wolk
und
Reich**

Politische Monatshefte

Die aktuelle Berichterstattung im Heft 4 über:

SIEG IM SÜDOSTEN

Waldemar Wucher: Sieg im Südosten /
Karl C. von Loesch: Croatia restituta /
Berend Freiherr von Tiesenhausen: Grie-
chenlands Politik bis zum Kriege / Rudolf
Ritter von Xylander: Griechenlands stra-
tegische Lage im östlichen Mittelmeer /
Josef März: Griechenland und der Balkan /
Antonio Tovar: Werk und Aufgabe der
Falange / Ferdinand Oscar von Cles:
Italien in Afrika / Georg Stadtmüller: Von
den deutsch-bulgarischen Beziehungen /
Prinz Eugen — Sarajevo — Bildbericht.

Einzelheft RM 1.50

VOLK UND REICH VERLAG
BERLIN W 9

HANS GRIMM

Was wir diesem Manne danken vor allem andern,
ist, daß er uns sehen gelehrt hat mit dem Blick von draußen, mit dem Blick über die
Zäune der Welt. Er brach das Schneckenhaus auf, in das wir uns, aus vielen Wunden
blutend, verkrochen hatten. Er hat uns damit den Blick für den Rang wiedergegeben,
den weltpolitischen Rang als Volk unter Völkern, als Nation unter Nationen, die sich
und anderen dient, wenn sie Lebensrecht und Lebensraum verlangt. *Elbinger Zeitung*

Der Roman des deutschen Schicksals

VOLK OHNE RAUM

Einbändige Dünndruckausgabe, 1299 S. in Leinen 8.50 RM

Gesamtauflage über 500 000

Das Werk erscheint zur Zeit in japanischer Übersetzung

Nicht weniger bedeutend als dieses Buch sind Hans Grimms zahlreiche, mit höchster
künstlerischer Meisterschaft gestalteten Novellen. Ihr Buchhändler wird Ihnen
gerne ein ausführliches Verzeichnis sämtlicher Werke des Dichters vermitteln.

VERLAG ALBERT LANGEN / GEORG MÜLLER MÜNCHEN

DR. W. JANTZEN

Geopolitisches zur Weltlage

Beispiele aus dem Gegenwartsgeschehen

64 Seiten Text mit 15 Kartenskizzen. Broschiert RM 1.-

Aus dem Inhalt:

DER KAMPF UM DEN ERDBALL

Der Erdball / Die Aufteilung der Erde / Der Niedergang der Weltwirtschaft / Drei Großmächte als die Rohstoffbesitzer der Welt.

SEEHERRSCHAFT

Meer und Macht / Meere und Europa / Der Atlantische Ozean.

VOLKER STEHEN AUF

Indien – Volk ohne Recht / Aufbruch der arabischen Welt?

DER RAUM IM KAMPF DER POLITIK

Versailles und St. Germain / Deutschlands Fesselung / Blockade / Großraumpolitik / Tabellen.

In schlichtester Form weist die kleine Schrift auf die geopolitischen Grundzüge der jetzigen Weltlage hin. Damit dringt sie durch das Bild der Tagesereignisse vor und erschließt den Weg zu einem vertiefteren Verstehen des Krieges und der Stellung in der Welt, die wir uns jetzt erkämpfen.

KURT VOWINCKEL VERLAG

Heidelberg – Berlin – Magdeburg

Hier abschneiden und ausfallen!
Aus dem Kurt Vowinckel Verlag, Heidelberg
erbitte ich durch die Buchhandlung
Stück Jantzen / Geopolitisches zur Weltlage
(RM 1.-)

Name _____

Anschrift: _____

zum Auslesen, Kündigen, Bestellen